



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags:

Landkreise zukunftsfit gestalten

Die Folgen der Coronapandemie für Staat und Kommunen standen im Mittelpunkt der virtuellen Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags im Landratsamt München.

In seiner Grundsatzrede konzentrierte sich Präsident Christian Bernreiter dabei auf vier Megathemen: Corona, Wirtschaft, Klima und starke Landkreise bilden nach den Worten als Fundament des Staates.

„Zunächst gilt es, die Corona-Pandemie zu überwinden und die Gesellschaft zu einen. Es geht darum, in der Pandemie sicher über die Ziellinie zu kommen“, betonte Bernreiter. „Trotz vieler Herausforderungen haben wir in den vergangenen Monaten bereits erfolgreich bewiesen, dass in der Pandemie auf das überragende Engagement der Landratsämter nicht verzichtet werden kann.“

Normales Leben mit dem Virus ermöglichen

Die Langzeitstrategie ziele darauf ab, ein vertretbares normales Leben mit dem Virus zu ermöglichen. Impfstoff müsse in ausreichender Menge bereitstehen und gleichmäßig verteilt werden. Gebiete mit geringer Ärztedichte dürften nicht benachteiligt werden, weil dadurch ein Keil in die Gesellschaft getrieben würde. Der Präsident plädierte überdies für eine schnelle Stabilisierung der Wirtschaft.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

650 Mio. Euro für kommunale Investitionen

Der Freistaat ist und bleibt starker und zuverlässiger Partner für seine Kommunen. Um weitere 50 Mio. Euro auf die Rekordsumme von nunmehr 650 Mio. Euro wurden die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus erhöht, wie Finanzminister Füracker mitteilte.

Damit werden Baumaßnahmen im ganzen Land unterstützt. Dazu zählen u.a. der Neubau eines Schulschwimmbades in Erbdorf (Oberpfalz) mit 1,5 Mio. Euro, die Generalsanierung der Grundschule in Rödental (Oberfranken) mit 1,5 Mio. Euro, die Erweiterung und Generalsanierung des Gymnasiums in Zwiessel (Niederbayern) mit 1,1 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Aschaffenburg (Unterfranken) mit 2,9 Mio. Euro, die Generalsanierung und Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums in Geretsried (Oberbayern) mit 1,0 Mio. Euro, der Neubau einer Kindertageseinrichtung in Diethenhofen (Mittelfranken) mit 880.000 Euro sowie der Umbau und die Sanierung der Staatlichen Realschule in Obergünzburg (Schwaben) mit 1,5 Mio. Euro.

Für Finanzausgleichsleistungen stehen 2021 insgesamt über 10,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit erreicht der kommunale Finanzausgleich die Größenordnung von 2020 und liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau von 2019. **DK**

Neue Steuerschätzung für Bayern:

Geringeres Defizit als befürchtet

Während es in medizinischer Hinsicht echte Lichtblicke gibt, bleibt die finanzielle Lage im Freistaat weiterhin angespannt. Wie Finanzminister Albert Füracker bei der Vorstellung der regionalisierten Steuerschätzung in Nürnberg feststellte, muss Bayerns Staatshaushalt in den Jahren 2021 bis 2023 mit insgesamt 7,3 Mrd. Euro weniger Einnahmen auskommen, als vor der Corona-Krise angenommen wurde.

Die gute Nachricht: Bayern wird in diesem Jahr um rund 1,1 Mrd. Euro mehr an Steuern einnehmen als im November geschätzt. Bis das Niveau vor der Krise erreicht ist, liegt laut Füracker vor dem Freistaat allerdings noch ein weiter Weg.

Zukunftsinvestitionen

Grundsätzlich wirkten Bayerns kluge Politik, Investitionen auf höchstem Niveau und effiziente Maßnahmen. „Dennoch liegen wir für 2021 immer noch rund 3 Milliarden Euro unter dem letzten Schätzergebnis vor der Krise“, kommentierte Füracker das Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung. Auch für die Folgejahre prognostizierten die Steuerschätzer zumindest ein Ende des Abwärtstrends. „Unser Weg ‚Investieren statt blindes Sparen‘ ist richtig und erfolgreich. Wir setzen weiter auf erfolgreiche Zukunftsinvestitionen für eine bestmögliche Krisenbewältigung!“, unterstrich der Minister. Die Steuerschätzer führen das im Vergleich zur letzten Schätzung im November 2020 etwas geringere Defizit darauf zurück, dass zum einen der konjunkturelle Einbruch im Jahr 2020 nicht so hoch wie zunächst befürchtet ausgefallen ist. Zum anderen wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaft die Corona-bedingten Verluste spätestens im Jahr 2022 wieder auf-

holen kann. Für die Jahre 2022 und 2023 soll sich der Steuerausfall leicht um 0,8 bzw. 0,9 Mrd. Euro im Vergleich zur November-Steuerschätzung vermindern. Als Grundlage dient die Annahme, dass das Bruttoinlandsprodukt heuer um 3,5 und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zulegt. 2020 war es um 4,9 Prozent zurückgegangen. Insgesamt befinden sich die Steuereinnahmen für Bayern laut Füracker damit in stabiler Seitwärtsbewegung auf noch zu niedrigem Niveau.

Haushalt 2022

Das Schätzergebnis der Mai-Steuerschätzung 2021 findet Eingang in die gerade angefallene Konzeption des Haushalts 2022 durch die Bayerische Staatsregierung. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unwägbarkeiten zum Fortgang der Krise wird die Staatsregierung auch für 2022 einen Ein-Jahres-Haushalt vorlegen. „Serious Planung ist die Kernessenz bayerischer Finanzpolitik. Wir sollten nicht mit Einnahmeprognosen kalkulieren, die mit großen Unsicherheiten behaftet sind“, erklärte Füracker. „Bereits jetzt ist klar: Die Krise wird uns noch länger fordern; eine Schuldenaufnahme im Haushalt 2022 aufgrund der Corona-Pandemie wird leider erneut nötig sein.“

Trotz Neuverschuldung zeige Bayern die größte finanzpoliti-

sche Stabilität aller Bundesländer, machte Füracker deutlich. So habe die renommierte Agentur Moody's Bayerns herausragende Finanzkraft festgestellt und bestätige dem Freistaat genauso wie Standard & Poors als einzigem Land die Bewertung „Triple A mit stabilem Ausblick“.

„Die Corona-Pandemie stellt uns vor historisch einmalige Herausforderungen – gesellschaftlich, wirtschaftlich und finanziell. Unser Ziel ist eine schnellst- und bestmögliche Bewältigung dieser Krise. Die führenden Finanzmarktakteure beurteilen unsere wohl überlegten und vorausschauenden finanziellen Anstrengungen ausnahmslos positiv“, hob der Minister hervor. Eine solide Fiskal- und Haushaltspolitik sei das Markenzeichen der bayerischen Staatsregierung. „Vor Corona haben wir 14 Jahre in Folge keine neuen Schulden im Allgemeinen Staatshaushalt gemacht - im Gegenteil: Wir haben sogar insgesamt 5,6 Milliarden Euro zurückgezahlt. Diese Ziele haben wir auch nach der Überwindung der Pandemie wieder fest im Blick“, stellte Füracker klar.

Innovationsprogramme

Zur soliden Finanzpolitik Bayerns gehöre auch die geschickte Förderung des bayerischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts: Mit den umfangreichen und gezielten Investitions- und Innovationsprogrammen lege Bayern bereits jetzt den Grundstein für eine schnelle und anhaltende Erholung Bayerns nach der Krise. Ziel sei es, den Menschen zu helfen und gleichzeitig langfristig die Finanz- und Wirtschaftskraft des Freistaats zu sichern. **DK**

Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags:

Klimaschutz und Wohnraumoffensive

Die Schaffung von mehr Wohnraum sowie umweltpolitische Themen, die den Kommunen auf den Nägeln brennen, standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags. Hierzu unterstrich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber, dass der Klimaschutz derzeit das umweltpolitische Thema Nummer Eins ist. Beim aktuellen und den künftigen Klimaschutzgesetzen müssten sich Bund und Freistaat intensiv abstimmen, um ein Höchstmaß an Effizienz zu erreichen.

Glauber plädierte für einen schnellen Windkraftausbau im Freistaat, forderte mehr Photovoltaik auf den Dächern von Gebäuden und rief die Kommunen dazu auf, mehr Flächen für Maß-

nahmen zugunsten von Photovoltaik, Artenschutz und Regenrückhaltung zu verwenden. Mit den meisten seiner Positionen traf er bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Präsidiums auf Verständnis. Allerdings bat das Gremium, frühzeitig und intensiv in die kommenden staatlichen Planungen zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele eingebunden zu werden.

bekommen müsse. Ein klarer Dissens bestand bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes an Bayerns Flüssen, den sog. Gewässern I. und II. Ordnung. Besonderen Unmut erregt in den Gemeinden und Städten die staatliche Festlegung des Mitfinanzierungsanteils der Kommunen auf 50 Prozent bei staatlichen Gewässerausbaumaßnahmen. Auch beim Thema der Niederschlagswasserabgabe zeigte sich Minister Glauber reserviert. Dennoch vereinbarte man, gerade bei den beiden letzten Themen im Gespräch zu bleiben und nach konstruktiven Lösungen für derzeit strittige Fragen zu suchen.



Dr. Uwe Brandl.

„Taten statt Worte das Gebot der Stunde“. Regelmäßig habe sein Verband konstruktive und praxisge-

Schaffung von mehr Wohnraum

Geht es um die seit vielen Jahren von Bundes- und Landespolitik geforderte Schaffung von mehr Wohnraum, so sind nach Auffassung von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, „Taten statt Worte das Gebot der Stunde“. Regelmäßig habe sein Verband konstruktive und praxisge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Als Individualist verfügt der Rathauskater natürlich über völlige Entscheidungsfreiheit. Er hofft auch für seine Menschenfreunde auf eine baldige Rückkehr zur Normalität. **Seite 19**

Dissens bei Finanzierung des Hochwasserschutzes

Weniger Konsens ließ sich beim Thema Wasserwirtschaft erzielen. In punkto staatliche Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen der Gemeinden gibt es bei der Auszahlung von Fördergeldern laut Präsidium erste Engpässe im Wasserbereich, die der Landesgesetzgeber dringend in den Griff

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion	2
Wie Bayern sich verändert	2
AKDB feiert 50. Geburtstag	3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Sehnsucht nach Freiheit und Normalität	3
PAG: Verbesserungen gefordert	3
GZ-Akademie – die aktuellen Online-Veranstaltungen	4
Kommunale Gesundheitsthemen	5-6
Kommunale Finanzthemen	7-8
Kommunale Energiethemen	9-11
Kommunale Bauthemen	12-17
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

Stark aus der Krise

Eine Halbzeitbilanz der aktuellen Legislaturperiode sowie Konsequenzen aus der Pandemie standen im Mittelpunkt der dreitägigen Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in München. In verschiedenen Gesprächen mit Experten wie dem Präsidenten des ifo-Instituts Prof. Dr. Clemens Fuest, dem Risikoforscher Prof. Dr. Ortwin Renn, vbw-Präsident Wolfram Hatz, Sparkassenverbands-Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter und dem Wacker-Vorstandsvorsitzenden Dr. Rudolf Staudigl wurde Ökonomie und Ökologie gemeinsam gedacht.

„Vernünftiger Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn wir wirtschaftlich stark bleiben“, betonte CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer. Dieses Leitbild spiegelt sich auch in den Resolutionen „Stark aus der Krise – Damit die bayerische Wirtschaft weiter an der Spitze bleibt“ und „Klimaschutz – Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht werden“ wider. Darin fordert die CSU-Fraktion unter anderem „Liquidität und Planungssicherheit für die Wirtschaft“. Aus einem Antrag zur Überbrückungshilfe dürfe kein finanzielles Risiko für das Unternehmen werden, weshalb Unklarheiten in den Fördermodalitäten in der Überbrückungshilfe III rasch und verbindlich geklärt werden müssten. Zudem solle der Bund endlich die Möglichkeit des steuerlichen Verlustrücktrags in den Unternehmen auf drei Jahre ausweiten.

Steuersenkungen

Standortfaktoren für Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum durch Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 %, zudem günstigere Strompreise, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle sowie die Klärung der strukturellen, arbeitsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Homeoffice sind weitere Forderungen der CSU-Landtagsfraktion. Abgeschafft werden soll der Solidaritätszuschlag, auch sollen keine weiteren Belastungen und Sonderauflagen für die Wirtschaft entstehen. Darüber hinaus müsse Entbürokratisierung endlich auch vollzogen werden, insbesondere bei der Neugründung von Unternehmen.

Des Weiteren sei mehr Tempo beim Klimaschutz angesagt: „Unser Maßstab ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO₂-Emis-

sionen um mindestens 65 Prozent bis 2030. Wir wollen neue Technologien und Digitalisierung nutzen“, heißt es der Resolution. Konkret geht es dabei um den Ausbau und die verstärkte Förderung des Anteils erneuerbarer Energien.

Klimaneutrales Bayern

Dazu zählen u.a.: Photovoltaikpflicht für alle Neubauten in Bayern ab 2022; Ausbau Photovoltaik im Verkehrssektor; Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen; verstärkte Forschungsaktivitäten für intelligente Energiespeicher; Ausbau und Erforschung verschiedener Energiespeicherarten wie Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher, saisonale Speicher sowie von Ultrakondensatoren; beschleunigtes Ende der Kohleverstromung noch vor 2038; mehr Tempo beim CO₂-Emissionshandel; schnellere Umrüstung auf alternative Antriebe; Verbesserung der Effizienz und Umweltbilanz von alternativen Kraftstoffen sowie Förderung von Clean Economy für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft.

Wertschätzung für Familien

In der Resolution mit dem Titel „Familien – das Rückgrat unserer Gesellschaft“ drückten die Abgeordneten ihre Wertschätzung für den herausragenden Beitrag der Familien und Frauen aus. Der Anspruch auf Elterngeld soll um weitere zwei Monate (12+4) steigen, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. Auch gelte es, die Kindertagesbetreuung qualitativ hochwertig auszubauen: „Wir investieren weiter in die Kinderbetreuungsangebote, orientiert am Bedarf der Familien. Mit dem 4. Sonderinvestitionsprogramm fördert Bayern insgesamt 73.540 neue Plätze für Kinder bis zur Einschulung. Wir

Wie sich Bayern verändert

- In Ballungsräumen und benachbarten Landkreisen tauscht sich die Bevölkerung in vier Jahren zu etwa einem Drittel aus. In München hatte schon im Schuljahr 2017/18 jeder zweite Grundschüler Migrationshintergrund. In den Münchner Mittelschulen haben drei von vier Schülern Migrationshintergrund.
- In den vergangenen 20 Jahren wuchs die bayerische Bevölkerung um 7,3 %, in Oberbayern waren es 15 %. In den vergangenen zehn Jahren haben die zehn größten Städte Bayerns um 230.000 Bewohner zugelegt.
- Über eine Million Menschen sind in den vergangenen 20 Jahren in Bayern aus der Kirche ausgetreten. 42 % der bayerischen Haushalte sind Single-Haushalte.
- Bei der Landtagswahl 2018 verlor die CSU 240.000 Wähler an die Friedhöfe, bei den erstmals Wahlberechtigten dagegen wählten nur 90.000 die CSU. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Klimawandel genauso gefürchtet wie Terroranschläge.

DK

werden gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen.“

Der zulässige Höchstbetrag für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten soll von 4.000 Euro auf 6.000 Euro angehoben werden. Mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat „haben wir in der Corona-Pandemie das bayerische Kommunalrecht bereits so angepasst, dass Hybridsitzungen zunächst bis Ende 2022 ermöglicht werden können. Auch danach wollen wir dies ermöglichen und damit Müttern und Vätern mehr Flexibilität bieten“, heißt es weiter.

Daneben wurden Resolutionen aus den Bereichen Bildung („Rückstände aufholen – Bildungschancen eröffnen“) und Gesundheit („Gesundheit stärken, Corona besiegen, Folgen beherrschen“) verabschiedet. Zudem warfen die Mitglieder der CSU-Fraktion einen Blick auf die Entwicklungen in Berlin. Fraktionsvorsitzender Kreuzer betonte: „Unser Ziel für die Bundestagswahl lautet: Die CSU muss in Berlin weiterhin stark sein. Nur dann sind die bayerischen Interessen auch im Bund repräsentiert.“

Verschärfungen im Abgeordnetenrecht

Ebenfalls erörtert wurden die notwendigen Verschärfungen im Abgeordnetenrecht. So sollen Einkünfte aus Nebentätigkeiten künftig ab dem ersten Euro beitragsgenau veröffentlicht, Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften ab 5 Prozent offengelegt werden. Neu und somit in Bayern deut-

lich strikter als im Bund sind Regelungen, die entgeltliche Nebentätigkeiten betreffen. Diese werden weiterhin möglich sein, aber es gibt Bereiche, die ausgeschlossen werden sollen, um mögliche Interessenkonflikte zu verhindern. Im Detail müssen die Regelungen nun mit dem Koalitionspartner und den anderen Fraktionen abgestimmt werden.

Veränderungen in der politischen Kommunikation

Mit Blick auf die Grünen riet der CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatztrede zu einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung bei vermeintlich grünen Themen: „Das, was sie an moralischem Anspruch vorgeben, sind sie nicht in der Lage im Alltag einzulösen.“ Es gebe große Zweifel an den Grünen, diese müsse die CSU nutzen, so Söder. In diesem Zusammenhang richtete er das Augenmerk auf die längst begonnenen Veränderungsprozesse in Bayern. Der Freistaat wachse und werde vielfältiger: Dabei veränderten sich auch die Werte und Einstellungen der Menschen (siehe Kasten).

Schließlich verändere auch die Digitalisierung die Demokratie, so Söder. Wenn pro Minute 440.000 Tweets abgesetzt, 400 Stunden Videomaterial auf YouTube hochgeladen und auf Instagram 2,9 Millionen Likes abgesetzt werden, sei dies mit enormen Veränderungen für die politische Kommunikation verbunden. Söder warb eindringlich dafür, diese Veränderungen ernst zu nehmen. Das sei der Schlüssel, um auch künftig erfolgreiche Volkspartei zu sein und Mehrheiten zu erringen. DK

Ganztagsanspruch für Grundschüler:

Kommunen dürfen nicht die Gekniffenen sein

Der Deutsche Landkreistag fordert den Bundesgesetzgeber auf, von seinem Gesetzentwurf zur Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler ab 2026 in der jetzigen Form Abstand zu nehmen.

„Es ist höchst fraglich, ob der Bund hierfür überhaupt eine Kompetenz hat. Auch sind die Investitionskosten sowie die jährlich anfallenden Betriebskosten der Kommunen in Milliardenhöhe in keiner Weise abgesichert. Noch dazu sollen Bundestag und Bundesrat wieder einmal in einem besonders eiligen Gesetzgebungsverfahren beschließen. Dieses Vorhaben hat massive Konsequenzen und Kostenfolgen für die Landkreise und Städte. Es muss daher unter enger Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände behandelt werden und darf bei der Frage der Finanzierung keine zehnstelligen Finanzierungslücken enthalten, die den Kommunen auf die Füße fallen“, sagte Präsident Landrat Reinhard Sager gegenüber der Funke Mediengruppe.

Zwar sei der Bund bereit, sich an den Kosten gegenüber den Ländern zu beteiligen, aber das reiche bei Weitem nicht aus. „Allein die Betriebskosten betragen rund 4 Mrd. Euro pro Jahr und nehmen dynamisch zu. Auf die Frage der Finanzierung muss eine Antwort gefunden werden, die Landkreise und Städte nicht im Regen stehen lässt, sondern deren berechtigter Sorge angemessen Rechnung trägt.“

Zwar seien die kommunalen Steuerausfälle im vergangenen Jahr von Bund und Ländern kompensiert worden, in diesem Jahr aber bislang nicht. „Das bedeutet, dass uns am Ende des

Jahres 12 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen.“ Eine tragfähige Lösung bestünde darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuerpunkte überließe. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bekennen.“

Laut Sager bestünden bereits grundsätzliche Bedenken für ein Tätigwerden des Bundesgesetzgebers: „Auch wenn es dogmatisch klingt: Bildung ist – anders als die öffentliche Fürsorge – Ländersache. Wenn die Grundschul Kinder auch am Nachmittag Angebote wahrnehmen und dazu auf dem Schulgelände bleiben, ist das ganz klar vom Bildungsauftrag der Länder umfasst und gerade nicht so etwas wie die Betreuung von Kita-Kindern.“ Schon von daher stehe das Gesetzgebungsvorhaben verfassungsrechtlich auf tönernen Füßen. □

Betroffenenbericht einer Jugendlichen:

Einsamkeit und Isolation

Was die Corona Pandemie mit uns macht

Von Karla Heggen

Aufgrund des Covid-19 Virus leben wir schon seit über einem Jahr eingeschränkt und zwangsläufig isoliert, wobei die Einsamkeit Jugendliche am härtesten trifft. Dazu kommt, dass die Maßnahmen, die die Teenager betreffen, die strengsten in unserer Gesellschaft sind.

Während Kleinkinder mit ihren Eltern den Spielplatz besuchen können, bleibt der Skatepark geschlossen. Am beliebtesten Ort zum „Abhängen“, wo normalerweise herzliches Lachen, Euphorie und Freude den Platz füllen, herrscht jetzt Stille. Viele Angebote, die Heranwachsenden früher Kontakt- und Entwicklungsmöglichkeiten boten, können jetzt nicht mehr genutzt werden. Und das gerade in den Jahren, in denen sich die jungen Erwachsenen am meisten entwickeln und (normalerweise) ein gesundes Sozialverhalten gefördert wird.

Treffen zu fünf – aus maximal zwei Haushalten

Jedoch ist es Jugendlichen nur erlaubt, sich mit vier anderen Personen gleichzeitig zu treffen, vorausgesetzt sie stammen alle aus dem gleichen Haushalt. Und da das doch relativ selten vorkommt heißt es nun wieder man trifft sich nur zu zweit. Hinzu kommt, dass das Corona-Virus für Kinder und Jugendliche, sofern sie nicht vorerkrankt sind, am wenigsten gefährlich ist. Dennoch sind sie es, die die Einschränkungen am meisten beeinträchtigen.

Verschlechterte Lebensqualität, gesteigerte Sorgen und Ängste

Die Pandemie gilt auch als Auslöser einer Triade in Psychiatrie. Der Bedarf an Jugendpsychologen ist so hoch wie noch nie. Laut der Copsy-Studie der UKE 2020 in der online über 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren und deren Eltern – ungefähr 1.600 Erwachsene – zur psychischen Gesundheit der Kinder befragt wurden, stellte sich heraus, dass jedes dritte Kind seit der Pandemie mit psychischen Auffälligkeiten zu kämpfen hat. Zudem geben vier von fünf der Befragten eine verschlechterte Lebensqualität und gesteigerte Sorgen und Ängste an. Auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden nahmen deutlich zu.

Ebenfalls veränderte sich die physische Gesundheit von Heranwachsenden stark. Es wird

Jahres 12 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen.“ Eine tragfähige Lösung bestünde darin, dass der Bund den Ländern für diese Milliardenaufgabe dauerhaft Umsatzsteuerpunkte überließe. „Dies würde auch der Dynamik der Ausgabenentwicklung gerecht werden. Die Länder wiederum haben gegenüber den Kommunen vollständig für die Finanzierung der neuen Aufgabe einzustehen und müssen sich dazu auch klar bekennen.“

Laut Sager bestünden bereits grundsätzliche Bedenken für ein Tätigwerden des Bundesgesetzgebers: „Auch wenn es dogmatisch klingt: Bildung ist – anders als die öffentliche Fürsorge – Ländersache. Wenn die Grundschul Kinder auch am Nachmittag Angebote wahrnehmen und dazu auf dem Schulgelände bleiben, ist das ganz klar vom Bildungsauftrag der Länder umfasst und gerade nicht so etwas wie die Betreuung von Kita-Kindern.“ Schon von daher stehe das Gesetzgebungsvorhaben verfassungsrechtlich auf tönernen Füßen. □



Die 15-jährige Karla Heggen besucht das Rainer-Maria-Rilke-Gymnasium in Icking. In der Woche vor Pfingsten absolvierte sie in der Redaktion der Bayerischen Gemeindezeitung ihr Schülerpraktikum. In ihrem ersten Zeitungsartikel beschreibt sie als Betroffene die Situation junger Menschen in Bayern durch Corona-Einschränkungen.

sich die Bildschirmzeit des Kindes natürlich verlängert.

Frustrationen im Online-Unterricht

Zu großer Frustration führen oft auch Hindernisse im Online-Unterricht, zum Teil technische Probleme aber auch Verständnisschwierigkeiten des zu geführten Wissens.

Vielen dieser Probleme versucht die Kommunalpolitik bereits auf den Grund zu gehen, doch auch sie hat in diesen Tagen nur begrenzte Möglichkeiten und Freiheiten.

Wünsche an die Politik

Mein Wunsch ist, dass die Kommunalpolitik die Anliegen der jungen Bürger*innen hinsichtlich größerer Freiheiten im Rahmen vorgegebener Regeln und Hygienemaßnahmen besser unterstützt. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten der Kontaktpflege eingeräumt werden, Öffnungen/Lockerungen eingeschlossen. Natürlich muss dabei die Gesundheit im Fokus stehen. Soziale Bindungen sollen wieder aufleben, aber mit dem Grundsatz die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

Auch ich als betroffene Jugendliche fühle mich durch die Corona Pandemie eingegrenzt, aber wir müssen zur Zeit alle einen Schritt zurücktreten, um unser aller Sicherheit willen. Und doch würde ich mich gerne wieder mit Freunden treffen und an gesellschaftlichen Angeboten teilnehmen.

Mir ist es lieber, ich akzeptiere klare Hygiene- und Abstandsregeln und damit verbundene Einschränkungen, als dass ich gar keine Chance habe, meine Freunde zu treffen. Der Mensch ist ein „Herdentier“; wir Jugendlichen brauchen den Kontakt zu anderen Gleichaltrigen, um uns auszutauschen und weiterzubilden. Also halten wir uns alle an bestehende Regeln und warten geduldig ab, damit Veranstaltungen in Zukunft endlich wieder stattfinden können. KH

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Schlier
97241 Bergtheim
am 15.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Abel
87647 Kraftsried
am 1.6.

Bürgermeister Manfred Nerlinger
86517 Wehringen
am 10.6.

Bürgermeister Gerhard Rammler
91595 Burgoberbach
am 14.6.

Bürgermeister Gerhard Karl
97282 Retzstadt
am 28.5.

Bürgermeister Robert Aßmus
83558 Griesstätt
am 31.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schöner
95695 Mähring
am 5.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Hasenöhrl
94124 Büchlberg
am 6.6.

Oberbürgermeister
Markus Pannermayr
94315 Straubing
am 28.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Markus Koneberg
86498 Kettshausen
am 12.6.

Bürgermeisterin
Vanessa Voit
82488 Ettal
am 13.6.

Bürgermeister Heinz Pollak
94065 Waldkirchen
am 16.6.

Bürgermeister
Stefan Scheider
86465 Welden
am 30.5.

Bürgermeister Eric Ballerstedt
88161 Lindenberg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Matthias Obernöder
91792 Ellingen
am 13.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Großveranstaltung in Corona-Zeiten: Studioatmosphäre beim Festakt 50 Jahre AKDB

Bild: AKDB

AKDB feiert 50. Geburtstag

„2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen!“

Einhalb Stunden dauerte die digitale 50-Jahr-Feier der AKDB, an der über 1.000 geladene Gäste teilnahmen. Darunter Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Beschäftigte des AKDB-Unternehmensverbundes. Mit von der Partie: der Bundes-CIO Dr. Markus Richter, die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach sowie zahlreiche Bürgermeister, Landräte und Vertreter aus Ministerien. Doch es gab neben Reden auch so manche Überraschung, eine Portion Entertainment und einen optimistischen Blick in die spannende Zukunft der Verwaltung.

Wegen der Corona-Pandemie fand auch die große AKDB-Jubiläumsfeier am 20. Mai 2021 virtuell und im Live-Stream statt. Auf der Veranstaltung, an der über 1.000 Teilnehmer aus dem AKDB-Unternehmensverbund, aus Kommunen, Politik und Wirtschaft teilnahmen, gab es unter anderem Beiträge von „Kunden der ersten Stunde“ sowie Grußworte der bayerischen Digitalministerin Judith Gerlach und des IT-Beauftragten der Bundesregierung, Dr. Markus Richter. Während Judith Gerlach sich „auf weitere erfolgreiche 50 Jahre mit der AKDB“ freut, nannte Bundes-CIO Dr. Markus Richter die AKDB „eine Bereicherung nicht nur für die IT-Landschaft in diesem Land, sondern vor allem für die Menschen“.

Kreatives Feuerwerk

Moderiert wurde die Veranstaltung von Schauspielerinnen und Lyrikerin Dominique Macri. Im Rahmenprogramm sorgte die Eddy Miller Band für Stimmung. Bei einem kleinen interaktiven Quiz konnten die Gäste ihr Wissen zum Thema E-Government testen. Der bekannte iPad-Magier Andreas Axmann wiederum versetzte mit seinen Kunststücken alle in Staunen und zeigte, dass auch der modernsten Technik ein Zauber innewohnt. Dass in der AKDB das eine oder andere kreative Talent schlummert, bewies der selbst komponierte Jubiläums-Song und ein eigens für den Anlass kreierter und live gemixter AKDB-Cocktail mit dem passenden Namen „Passion in Blau-Weiß“.

2025 soll niemand mehr aufs Amt müssen

Im Namen der AKDB-Gremien gratulierten der Oberbürgermeister der Stadt Germering, Andreas Haas, sowie dessen Amtskollege Markus Pannermayr aus Straubing und betonten den Stellenwert der AKDB für Kommunen. OB Pannermayr zollte der AKDB in seinem Beitrag „höchste Anerkennung und Wertschätzung für ihren Dienst an den bayerischen Kommunen und damit auch an unseren Bürgerinnen und Bürgern“. In die Zukunft blicke er gelassen, „mit der Gewissheit, die AKDB als zuverlässigen und innovativen Partner an unserer Seite zu haben“. Germerings Oberbürgermeister Haas erinnerte an die lange Zusammenarbeit seiner Heimatstadt mit der AKDB und brachte seine Freude zum Aus-

druck, „mit der AKDB ein kommunales Familienmitglied in unserem Kreis zu haben, das uns bei allen Digitalisierungsherausforderungen positiv nach vorne schauen lässt“. Die AKDB sieht sich auch für die Zukunft gut gerüstet. Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner: „Mit KI-gestützten Verwaltungslösungen, Automatisierung und Blockchain-Anwendungen machen wir die kommunale Familie fit für die digitale Verwaltung der Zukunft. Die Fachkräfte in den Verwaltungen sollen sich künftig noch besser ihren Kernaufgaben widmen können. Unser Ziel: Schon 2025 soll niemand mehr aufs Amt gehen müssen!“

lich und sichert mehr als 1.900 Arbeitsplätze. Auf der Jubiläums-Website www.akdb.de/next50 findet jeder Interessierte digitale Kurzevents zum AKDB-Jubiläum. Die Möglichkeit, hier digitale Glückwunschschaften zu hinterlassen, nutzten zahlreiche Vertreter aus Politik und Verbänden. Videogrüße kamen etwa vom Bayerischen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann, von den Landräten der Landkreise Altötting und Deggendorf, Erwin Schneider und Christian Bernreiter, vom IT-Referenten der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig und von Dr. Uwe Brandl vom Bayerischen Gemeindetag.

Verwaltungsdigitalisierung: Über 360 Millionen Euro eingespart

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer freute sich über den großen Zuspruch zur Veranstaltung. Er dankte den Wegbegleitern der vergangenen 50 Jahre, allen Kunden, Mitarbeitern und Partnern. Das Jubiläums-Motto „AKDB next50 – Wir (i)eben digitale Verwaltung“ ist nicht nur ein Lippenbekenntnis: „Durch die Produktivitäts- und Effizienzvorteile unserer digitalen Tools haben Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen deutschlandweit allein im Jahr 2020 mehr als 360 Millionen Euro eingespart“, so Schleyer.

Ungebrochene Leidenschaft für die kommunale Welt

Aber zurück zu den Anfängen: Am 12. Mai 1971 wurde im Münchner Rathaus die Gründungsurkunde unterzeichnet. Die AKDB sollte mit damaligen Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung zur Automatisierung der Verwaltung beitragen. AKDB-Chef Schleyer: „50 Jahre sind in Zeiten der Digitalisierung Lichtjahre.“

Gleich geblieben in dieser Zeit sind aber erstens unser Gründungsauftrag – nämlich Kommunen zu digitalisieren und sie zusammen mit dem Freistaat dabei zu unterstützen; und zweitens die Leidenschaft, mit der sich die AKDB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich für das Funktionieren unseres Gemeinwesens engagieren.“ Der ökonomische Fußabdruck der AKDB ist allein schon im Freistaat beeindruckend: Dort schafft sie insgesamt 148 Millionen Euro Wertschöpfung jähr-

lich und sichert mehr als 1.900 Arbeitsplätze. Auf der Jubiläums-Website www.akdb.de/next50 findet jeder Interessierte digitale Kurzevents zum AKDB-Jubiläum. Die Möglichkeit, hier digitale Glückwunschschaften zu hinterlassen, nutzten zahlreiche Vertreter aus Politik und Verbänden. Videogrüße kamen etwa vom Bayerischen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann, von den Landräten der Landkreise Altötting und Deggendorf, Erwin Schneider und Christian Bernreiter, vom IT-Referenten der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig und von Dr. Uwe Brandl vom Bayerischen Gemeindetag.

Polizeiaufgabengesetz:

Verbesserungen gefordert

Rechtswissenschaftler und Polizeifachleute forderten im Innenausschuss des Bayerischen Landtags eine korrigierte Fassung des Polizeiaufgabengesetzes. Kritik löste vor allem der Begriff der „drohenden Gefahr“ aus. Er räumt der Polizei schon im Vorfeld bei einer möglichen Straftat weitgehende Einsatzrechte bis hin zur Telefonüberwachung ein. Innenminister Joachim Herrmann sieht in der Novelle des Gesetzes mehr Bürgerrechte und Transparenz gewahrt und gleichzeitig eine effektivere Gefahrenabwehr.

Der Landtag stimmte im Mai 2018 der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) mit den Stimmen der CSU-Mehrheit zu. Doch das neue PAG bleibt auch nach der von der Staatsregierung eingeleiteten Präzisierung und Entschärfung an mehreren Punkten in Politik und Fachwelt umstritten. Das wurde bei einer Expertenanhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport deutlich. Der Großteil der Experten forderte Verbesserungen. Im Zentrum der Kritik stand das unklare Handlungskriterium der „drohenden Gefahr“, sowie die Tatsache, dass Menschen zwei Monate lang in präventivem Gewahrsam behalten werden dürfen. Ebenfalls in der Diskussion: der Einsatz von Bodycams bei Polizeieinsätzen.

Klare Definition gefragt

„Es ist schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen Sicherheit und Überwachung liegt. Wie sollen die Polizeibeamten im Einsatz die unklaren Unterschiede zwischen drohender und konkreter Gefahr unterscheiden?“, fragte Christoph Degenhart, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Leipzig. Den unklar definierten Fall der „drohenden Gefahr“, der Polizisten dazu berechtigen soll, die Staatsgewalt physisch oder durch Überwachung auszuüben, nahmen auch die anderen Experten in den Blick. Ralf Poscher, geschäftsführender Direktor in der Abteilung Öffentliches Recht des Max-Planck-Instituts, kritisierte, dass die drohen-

KOLUMNE

Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

von Tag zu Tag fällt es mir ein bisschen schwerer, nicht doch einmal den Humor zu verlieren – zumindest für einen klitzekleinen Moment. Natürlich ist die Realität eine andere, aber es fühlt sich nach wie vor so an, als würde sich das ganze Berufs- und auch ein Großteil des Privatlebens um das allgegenwärtige Thema CORONA drehen. Selbst für jemanden wie mich, der voll und ganz hinter dem eingeschlagenen Kurs steht, ist es nicht immer einfach, den Bürgerinnen und Bürgern die aktuell geltenden Maßnahmen zu vermitteln und den Weg durch den sich ständig verändernden Regelungsdschungel aufzuzeigen.

Die Notbremse etwa endet, wenn ein Land-

Sehnsucht nach Freiheit und Normalität

kreis an fünf aufeinander folgenden Tagen den Inzidenzwert von 100 unterschritten hat. Die davon abhängigen Regelungen treten dann nach einem so genannten Karenztag frühestens am siebten Tag in Kraft.

Ebenfalls am fünften Tag unter der magischen Hundertergrenze kann ein Landkreis beim Gesundheitsministerium den Antrag stellen, weitere Öffnungsschritte anordnen zu dürfen. Für deren Umsetzung sind dann zwei Tage Bearbeitungszeit eingeräumt; sie treten demnach erst am achten Tag in Kraft. Mit der Folge, dass sich innerhalb nur eines Tages eine ganze Reihe an Bestimmungen erneut ändert.

Und dann die vielen Sonderfälle: Kontaktfreier Sport im Innenbereich ist erlaubt, Fitnessstudios

dürfen aber trotzdem nicht öffnen. Und was ist mit kontaklosem Tanzen im Innenraum, kontaklosem oder eben nicht kontaklosem Tanzen im Freien – das eine mit, das andere ohne den Nachweis eines negativen Coronatests? Ich kann gut nachvollziehen, dass man hier schön langsam den Durchblick verliert.

Und dann die vielen Fragezeichen, die die Impfpriorisierung aufwirft. Warum schaltet das Registrierungsportal Impftermine für junge, gesunde Menschen der Prio-Gruppe 3 frei, wenn noch hunderte der Prio 2 in der Warteschleife hängen. Auch mir erschließt sich hier vieles nicht, obwohl ich mich gefühlt Tag und Nacht noch immer mit nichts anderem als Corona beschäftige.

Es wird wirklich Zeit, dass der Sommer kommt! Es wird Zeit, dass wir endlich genügend Impfstoff bekommen und in den nächsten Wochen und Monaten möglichst allen impfwilligen Bürgerinnen und Bürgern ein Terminangebot machen können! Es wird Zeit, dass andere Themen wieder verstärkt in den Fokus treten.

Natürlich wissen wir alle, dass die Pandemie nicht so schnell überwunden sein wird. Wir wissen, dass wir uns noch eine ganze Zeit an strengere Regeln halten und vorsichtig sein müssen – zu unserem eigenen Schutz und zu dem unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und trotzdem muss es auch uns ewigen Mähern einmal erlaubt sein, sich nach einem Stückchen mehr Freiheit und Normalität zu sehnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen möglichst unbeschwerter Sommermonate – und bleiben Sie ja gesund!

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

er auf höchstens zwei Monate verkürzt und bei einem längerfristigen Gewahrsam von Amts wegen ein Rechtsanwalt beigeordnet. Darüber hinaus wird der Schutz für Opfer von Straftaten durch Datenübermittlungssperren verbessert.

Rechtsbeistand gewährleisten

Mit dem Thema der anwaltlichen Unterstützung im Fall des vorbeugenden Gewahrsams befasste sich Karl Huber, ehemaliger Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und früherer Vorsitzender der Expertenkommission zur Begleitung des neuen PAG. Ein Monat vorbeugender Gewahrsam mit richterlicher Verlängerungsoption solle erlaubt sein. Doch spätestens nach 48 Stunden in der Zelle müsse dem Verdächtigen ein Rechtsbeistand gestellt werden, meinte Huber, „und zwar ohne die Option des Verzichts, da sonst so manchem Betroffenen Angst durch den Kostenfaktor gemacht wird.“ Huber merkte auch an, dass im neuen PAG nicht alle Vorschläge der beratenden Expertenkommission übernommen worden seien. „Es wird spannend, wie nun die Gerichte urteilen werden. Immerhin geht es bei den kritischen Punkten um Maßnahmen an Menschen, die keine Straftat begangen haben“, sagte er.

Pandemie verändert Haltung

Mehrere Experten forderten zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit eine „Gesamtüberwachungsrechnung“. Die Bürger müssten wissen, wann und wo sie überwacht würden. Franz Lindner, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg, hatte die von Corona traumatisierten Bürger im Blick. „Frühere Gegner des PAG verlangen plötzlich schärfere Gesetze, die Diskussion um das PAG zum jetzigen Zeitpunkt ist schwierig. Ich könnte mir vorstellen, dass eine Kommission aus der Zivilgesellschaft den Prozess begleiten sollte.“

häusliche Gewalt und Einbruch sind häufige Einsätze“. Thomas Hampel, Polizeipräsident im Polizeipräsidium München, bestätigte, dass größerer Handlungsspielraum für die Polizei von den Bürgern erwartet werde. „Drohende Gefahr, das sind ausgesprochene Drohungen gegen mögliche Opfer oder auch Chats, die Straftaten vermuten lassen. Die Polizei muss hier handlungsfähig sein.“ Kyriell-Alexander Schwarz, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Würzburg beurteilte das PAG als gelungen: „Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen neueren Entscheidungen den Begriff der drohenden Gefahr übernommen, ohne verfassungsrechtliche Bedenken zu äußern.“ Außerdem habe der Gesetzgeber politische Gestaltungsfreiheit.

Mehr Bürgerrechte

Laut Innenminister Joachim Herrmann werde das neue PAG nicht nun bei der drohenden Gefahr transparenter und verständlicher. Auch die Regelungen zum gerichtlichen Verfahren seien künftig an zentraler Stelle in einem neuen Abschnitt im Gesetz zusammengefasst. So finden sich dort künftig beispielsweise eine Zusammenfassung der gesetzlich vorgesehenen Richter vorbehalt sowie zentrale Regelungen für richterliche Entscheidungen und Rechtsmittel, beispielsweise zur Einlegung einer Rechtsbeschwerde. Der Ausbau der Rechtsschutzmöglichkeiten für Bürger zeigt sich nach Herrmanns Darstellung auch an anderer Stelle: Bei DNA-Untersuchungen und für die spätere Nutzung von Aufzeichnungen bei einem Einsatz von Body-Cams in Wohnungen werden zusätzliche gerichtliche Kontrollen verpflichtend eingeführt. Außerdem wird die maximale Gewahrsamsdauer

Landkreise zukunftsfest ...

Mit großem Erfolg haben wir zwei Online-Expertenrunden zum Thema „Mobilfunkausbau und 5G“ durchgeführt. Unsere 200 Plätze waren innerhalb von 48 Stunden ausgebucht, eine dritte Veranstaltung ist in der Planung.

Wir haben uns entschieden, unser Online-Seminar-Angebot weiter auszubauen und freuen uns, Ihnen das GZ-Akademie-Programm vorzustellen. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Wir tagen über Cisco Webex. Ein eigenes Benutzerkonto brauchen Sie hierfür nicht, wir tagen über den Internetbrowser.

Datenschutz und Informationssicherheit – Warum es Chefsache ist.

8. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Datenschutz und Informationssicherheit sind nicht gerade „Lieblingsthemen“ in der täglichen Arbeit im Rathaus. Aber angesichts der Rechts- und der Bedrohungslage ist es umso wichtiger, dass sich die Leitung den Themen stellt. Nur einen Datenschutzbeauftragten oder einen Informationssicherheitsbeauftragten zu benennen ist noch keine Lösung; die Verantwortung der Leitung geht wesentlich weiter.

Seminarinhalte:

- rechtliche Grundlagen und Historie
- Verantwortung der Leitung
- wichtige Sofortmassnahmen
- wie die Bediensteten mitnehmen und sensibilisieren
- immerwährende Themen und Aufgaben
- nicht nur die Gemeinde, auch Kommunalunternehmen, Zweckverbände und andere
- Aufwand, Ressourcen, Kosten

Zielgruppe:

Bürgermeister:innen, Geschäftsführer:innen von Kommunalunternehmen, Vorsitzende Zweckverbände, geschäftsleitende Beamte, Verwaltungs- und Hauptamtsleiter:innen

Über den Referenten:

Ludwig Atzberger, kommunaler Datenschutzpraktiker mit langjähriger Erfahrung gibt in diesem Workshop eine kurze Einführung für die Verantwortlichen und versucht an ein paar Beispielen eine pragmatische Umsetzung der Anforderungen aus DSGVO und eGov darzustellen. Die Teilnehmer sollen die nötigen Massnahmen und den dafür nötigen Aufwand realistisch abschätzen können.

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MWST

Kommunaler Wohnungsbau für Einheimische und Fachkräfte

10. Juni 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Die große Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt führt zu weiter steigenden Mieten und einer Verdrängung von teils seit Jahrzehnten vor Ort lebender Bürger:innen. Kindererzieher:innen können nicht gewonnen werden. Junge Menschen, die von zuhause ausziehen möchten, müssen angesichts mangelnder erschwinglicher Mietwohnungen wegziehen. Damit gehen oftmals auch engagierte Bürger:innen der örtlichen Gemeinschaft in Vereinen und den Feuerwehren verloren. Das Webinar zeigt Wege auf, wie schnell und günstig Gemeindeförderung geschaffen werden können, die noch dazu wirtschaftlich sind.

Referent: Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MWST

Crailsheimer Urteil: Die Folgen für Gemeindeblatt und Website

17. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Das Urteil zur Staatsferne der Presse (Crailsheimer Urteil 2018) wirkt nun auch auf die Web-Auftritte von Kommunen. Besonders die Veranstaltungen-, Wirtschafts- und Sozialnachrichten sind in Gefahr. Welchen Stellenwert hat das Urteil für kom-

munale Kommunikation? Was wird aus Gemeindeblättern und touristischen Webseiten der Kommunen? Der Vortrag zeigt die wesentlichen Aussagen des Urteils und die zu erwartenden Folgen für die online-Kommunikation.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWST

Bürgerdialog „Die Akzeptanz ist nie so hoch wie danach“

22. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Akzeptanz für Infrastruktur, Ansiedlungen und kommunale Vorhaben. Wie Kommunikation im Projekt erfolgreich sein kann, Bürger einbindet und einen echten Dialog ermöglicht.

Referent:

Dr. Andreas Bachmeier, Engel & Zimmermann

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWST

Expertenrunde „Mobilfunkausbau und 5G“

24. Juni 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Eine Veranstaltung im Rahmen des Bayerischen Infrastruktur-Forums.

Mobiles Breitband mit 4G/5G erreicht die kleineren Städte und den ländlichen Raum.

Der Digitalisierung haben Hygienemaßnahmen und Abstandsgebot einen gewaltigen Booster verschafft. Alles spielt sich online ab: Schule, Arbeit, Freizeit. Zwar wurde diese Entwicklung durch Corona immens beschleunigt; aufzuhalten war sie aber auch schon vorher nicht.

Neue Technologien befördern eine stetig weiter voranschreitende grundsätzliche Vernetzung von Menschen und Maschinen. Die gesammelten Daten, die uns eines Tages das Leben erleichtern, erhöhen den Anspruch an unsere Infrastruktur. Ein stetiger Ausbau ist die Folge.

Kommunen bilden das Bindeglied zwischen Nutzern und Bereitstellern der Mobilfunk- und Datennetze. Auf der einen Seite suchen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen geeignete Standorte, andererseits müssen sie mit Sorgen aus der Bevölkerung umgehen. Bei Themen wie Mobilfunk und 5G, die technisch anspruchsvoll sind und bisweilen emotional diskutiert werden, erfordert dies eine sachlich fundierte Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk hat die Bayerische Gemeindezeitung ein Programm entwickelt, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientiert, rechtliche und technische Hintergründe erklärt, auf Anwendungsbeispiele eingeht und für Gesundheits- und Umweltfragen Argumentationshilfen bietet.

Sie haben eine Frage für unsere Referenten? Dann schreiben Sie eine Nachricht an news@gemeindezeitung.de

Programm & Registrierung: <https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de/>

Teilnahmegebühr: kostenfrei

(Fortsetzung von Seite 1) Öffnungsstrategie, ohne das Erreichte zu gefährden. „Nur wenn wir es schaffen, rasch zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückzukehren, sprudeln die Steuereinnahmen und bleiben die Sozialkassen durch hohe Erwerbstätigkeit geschont. Andernfalls dürften sich die finanziellen Herausforderungen in allen Bereichen – ob Klima, Gesundheit oder Pflege – kaum schultern lassen.“ Mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, das förmlich einen Wettlauf von Bund und Ländern über die zu erreichenden Klimaziele ausgelöst habe, verwies Bernreiter darauf, dass sich Intensität und Umsetzungsgeschwindigkeit der Vorgaben auch künftig an der praktischen Realisierbarkeit orientieren müssten. Die Mehrheit der Bevölkerung lebe im ländlichen Raum und werde einen Großteil der absehbaren Lasten zu tragen haben.

Der ländliche Raum bezahlt die Zeche

Ein prominentes Beispiel hierfür sei der Verkehr. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten und ausreichender Reichweite stünden zu erschwinglichen Preisen derzeit noch nicht zur Verfügung. Ein dicht getaktes ÖPNV-Angebot sei auf dem Land aufgrund der geringen Nutzerzahlen weder wirtschaftlich darstellbar noch ökologisch sinnvoll. Die Leidtragenden seien daher die Pendler, die über die CO₂-Bepreisung deutlich stärker belastet werden und über keine Alternative verfügen.

Voraussetzung für das Gelingen der Klimawende sei aber die Akzeptanz vor Ort. Daher müssten die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Es gelte, den Wohlstand und die industrielle Wertschöpfung zu sichern. Klimaschutz müsse als Wachstumchance verstanden und sozialverträglich ausgestaltet werden. Damit Landkreise als Fundament des Staates zukunftsfest gestaltet werden können, bedarf es laut Bernreiter einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen. Bund und Land hätten dies richtig erkannt und 2020 die Gewerbesteuer ausfälle im Freistaat in Höhe von 2,4 Mrd. Euro abgesichert. Gleichwohl sei auch für 2021 ein entsprechender Ausgleich erforderlich, um die Umlagekraft in 2023 zu stabilisieren. Eine weitere wertvolle Hilfe sei zudem der ÖPNV-Rettungsschirm im Umfang von bundesweit 5 Mrd. Euro, der von einer hälftigen Kostentragung durch Bund und Länder ausgeht. Der Verbandschef bedankte sich dafür, dass der Bund für das Jahr 2021 bereits eine Aufstockung um eine weitere Milliarde Euro in Aussicht gestellt hat, damit die pandemiebedingten Verluste infolge sinkender Fahrgastzahlen und hygienebedingter Mehraufwendungen ausgeglichen werden können.

Kernaufgabe Krankenhausversorgung

Apropos Gesundheitssystem: Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Krankenhausstruktur muss nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags die akute stationäre Krankenhausversorgung als Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge für alle Menschen gleichermaßen offenstehen – unabhängig von ihrem Wohnort. Dies gelte insbesondere für das Flächenland Bayern, in dem rund 70 Prozent der Bevölkerung im „ländlichen Raum“ leben. Vor allem Kostendruck und Fachkräftemangel, gepaart mit einem marktliberalen Verständnis von Gesundheitsökonomie, hätten die Vergütungssysteme zugunsten der großen Kliniken beeinflusst. So ziele das DRG-Fallpauschalensystem darauf ab, Erlöse einbußen über Mengensteigerungen auszugleichen, was eine Konzentration der Krankenhausstandorte auf deutlich weniger Schwerpunkt- und Maximalversorgungshäuser begünstigt.

Dass derartige Bestrebungen nicht zielführend sind, da-

eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bei gleichzeitiger Reduzierung der Nutzer des motorisierten Individualverkehrs als notwendig an, um die Klimaziele zu erreichen. Mindestens ebenso schwer wie die Einnahmen wiegen die Ausgaben, die den Landkreisen von Bund und Ländern aufgebürdet werden. Wie Bernreiter ausführte, hätten die Sozialausgaben bereits in wirtschaftlich „guten“ Jahren regelmäßig neue Rekordwerte erreicht. So seien die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2019 erstmals auf über 8 Mrd. Euro angestiegen. Dies entspreche einer Steigerung von 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (7,3 Mrd. Euro). Daneben gebe es zahlreiche weitere Beispiele für Zusatzbelastungen der Kommunen, wie die geplante Pflegeplatzgarantie in Bayern, das Bundesteilhabengesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das Ganztagsförderungsgesetz oder das Angehörigenentlastungsgesetz.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage sei eine differenzierte Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik dringend notwendig, um die künftige Kostenentwicklung gerade im Pflege- und Sozialbereich wirksam unter Kontrolle zu halten. „Der Staat kann nicht alles abnehmen. Wir müssen einer Vollkaskotalität entgegenwirken und die Eigenverantwortung stärken, um finanzielle Ressourcen für die drängenden Zukunftsfragen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und medizinische Versorgung freizuschaffen“, stellte der Präsident klar.

Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse

Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie eine adäquate ambulante und stationäre medizinische Versorgung zählen aus seiner Sicht nicht nur zu den Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern sind zwingend erforderlich, um in pandemischen Situationen bestehen zu können. „Ohne digitale Infrastruktur ist weder Homeoffice noch digitales Lernen möglich. Ohne ausreichende Kapazitäten zur medizinischen Versorgung schwebt über uns das Damoklesschwert einer Überforderung unseres Gesundheitssystems. Wir müssen uns in diesen Zukunftsfragen gut aufstellen“, machte Bernreiter deutlich.

Kernaufgabe Krankenhausversorgung

Apropos Gesundheitssystem: Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Krankenhausstruktur muss nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags die akute stationäre Krankenhausversorgung als Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge für alle Menschen gleichermaßen offenstehen – unabhängig von ihrem Wohnort. Dies gelte insbesondere für das Flächenland Bayern, in dem rund 70 Prozent der Bevölkerung im „ländlichen Raum“ leben. Vor allem Kostendruck und Fachkräftemangel, gepaart mit einem marktliberalen Verständnis von Gesundheitsökonomie, hätten die Vergütungssysteme zugunsten der großen Kliniken beeinflusst. So ziele das DRG-Fallpauschalensystem darauf ab, Erlöse einbußen über Mengensteigerungen auszugleichen, was eine Konzentration der Krankenhausstandorte auf deutlich weniger Schwerpunkt- und Maximalversorgungshäuser begünstigt.

Dass derartige Bestrebungen nicht zielführend sind, da-

rüber waren sich die anwesenden Landrätinnen und Landräte einig. Die aktuellen Entwicklungen stünden weder mit den vielfach geforderten gleichwertigen Lebensverhältnissen im Einklang, noch würden sie den Anforderungen im Katastrophen- oder Pandemiefall gerecht. Insbesondere wegen der Versorgungssicherheit im gesamten Land müsse die Ausdünnung der Krankenhausstrukturen über eine zunehmende Verknappung der Erlöse ein Ende haben.

Eine Refinanzierung der Vorhaltekosten müsse künftig über die zu erzielenden Vergütungen wieder möglich sein. Es gelte, die bestehende Schere zwischen Erlösen und Lohnkosten bei der Betriebskostenfinanzierung dauerhaft zu schließen. Darüber hinaus müsse sich auch der Freistaat zu einer auskömmlichen Investitionskostenförderung bekennen. Diese sollte in folgenden Punkten nachgebessert werden:

- Die Baunebenkosten, allen voran die Kosten nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), steigen immer weiter und erreichen in Einzelfällen bereits 30 Prozent der Antragssumme. Förderfähig sind jedoch nur 15 Prozent.
- Die nicht förderfähigen Kosten (Außenanlagen, Küchen, Apotheken usw.) müssen wieder in die Förderung einbezogen werden. Auch zahlreiche Kürzungen von förderfähigen Flächen im Raumprogramm (etwa im Verwaltungsbereich) müssen überprüft werden. Die

Klimaschutz und ...

(Fortsetzung von Seite 1) rechte Vorschläge gemacht, wie mehr Wohnraum sowohl im Ballungsraum als auch in den ländlichen Gegenden geschaffen werden kann. Sowohl die Bundesebene als auch die Bayerische Staatsregierung hätten diese Vorschläge zwar wohlwollend zur Kenntnis genommen, jedoch kaum etwas davon umgesetzt.

Beim kürzlich stattgefundenen Dialogforum „Wohnraumoffensive ländlicher Raum“ des Bayerischen Bauministeriums hatte der Gemeindegast erneut folgende Forderungen vorgebracht:

- Mobilisierungskomponente im Grundsteuerrecht schaffen (Grundsteuer C)
- Grundstücksveräußerung zur Wohnraumschaffung steuerlich privilegieren
- Mobilisierungs- und Zugriffsinstrumente im Bauplanungsrecht stärken
- Beschleunigung und Vereinfachung im Bauplanungsrecht schaffen
- Komplexität der Baulandentwicklung für die Wohnraumschaffung gemeinsam erklären und Ortsplanungsstellen reaktivieren
- Rechtsrahmen der Grundstücksvergaben für die Wohnraumschaffung erklären
- Kompromissbereitschaft der zuständigen Behörden bei Denkmalschutz im Bestand und der Bodendenkmalpflege fördern
- Immissionsschutz und Geräuschimmissionsrichtlinie abrüsten, Benachteiligung der kreisangehörigen Gemeinden auflösen.
- Wohnungspakt Bayern evaluieren und stärken
- Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (Handlungsfeld Wohnraum) fördern
- Flächeneffizienz, Dichte und Geschosswohnungsbau im länd-

2003/04 vorgenommene Konzentration der Förderung auf „das Bett“ ist heute nicht mehr zeitgemäß. Krankenhäuser können nur funktionieren, wenn sie auch vollständig finanziert sind.

• Die pauschalen Fördermittel müssen dringend weiter aufgestockt werden, um den Krankenhäusern bei kleineren Baumaßnahmen oder den Investitionen in die Informationsverarbeitung größeren Handlungsspielraum zu geben. Das Gegenargument, dass einzelne Häuser die Mittel nicht abrufen, zu lange anspannen oder nicht zielgerichtet verwenden würden, darf nicht dazu führen, dass alle Häuser abgestraft werden. Das System der Pauschalförderung müsste gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Um dem Fachkräftemangel Herr zu werden, bedarf es nach Ansicht der Verbandsversammlung einer wesentlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Schritt dazu wäre, den Bürokratieaufwand einzudämmen, damit den Pflegekräften wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben bleibt. Zudem ließe sich die Effizienz durch eine bessere Verzahnung der Zuständigkeiten der kasernenähnlichen Vereinigungen, des Rettungsdienstes sowie der Krankenhäuser deutlich steigern. Besonderes Augenmerk müsste dabei neben der auch im Gesundheitswesen vordringlichen Digitalisierung auf die intersektorale Versorgungsplanung gelegt werden, um die Defizite im ambulanten Bereich, die meist von den Krankenhäusern aufgefangen werden müssen, auszugleichen. **DK**

lichen Raum erklären. Im Zuge des Dialogforums hatte Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer fachliche Einschätzungen und Anregungen gesammelt. In den Videoschalten waren Vertreter aus den Bereichen Wohnen, Energie, Digitalisierung, Mobilität und Kommunen zusammengeschaltet.

In den Ballungsräumen steigen Immobilien- und Mietpreise stark an. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass durch die Ausweitung von Homeoffice und Videoschalten neue Perspektiven bei der Wahl des Wohnstandortes entstehen. Wie Schreyer erläuterte, „müssen wir den Trend nutzen. Wenn nicht mehr so viele Menschen aus beruflichen Gründen in die Metropolen ziehen müssen, haben wir zwei positive Effekte: Wir nehmen in den Ballungszentren Druck vom Wohnungsmarkt und stoppen gleichzeitig die Abwanderungen aus dem ländlichen Raum.“

Ertüchtigung des ländlichen Raums ist eine ganzheitliche Aufgabe

Die Ertüchtigung des ländlichen Raums ist dabei eine ganzheitliche Aufgabe. Der Wohnungsbau soll deswegen nicht losgelöst betrachtet werden, sondern in Kombination mit Mobilität und Digitalisierung. Schreyer: „Wir brauchen passgenaue und zukunftsweisende Lösungen. Wer im ländlichen Raum wohnt, muss digital hervorragend angebunden sein, aber gleichzeitig die Möglichkeit haben, mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln, Auto und Fahrrad vielleicht doch mal ins Büro in der Stadt zu fahren.“

Schreyer zufolge gibt es in vielen Kommunen bereits gute Ideen und innovative Lösungen. „Wir wollen dieses Wissen bündeln, in ganz Bayern zur Verfügung stellen und neue Anreizkonzepte (Handlungsfeld Wohnraum) fördern.“

Keine automatische Schließung von Kitas und Schulen

Weitere Verfassungsbeschwerden gegen die Covid-19-„Bundes-Notbremse“

Der Verein „Initiative freie Impfscheidung e. V.“ unterstützt mehrere Verfassungsbeschwerden gegen das Vierte „Bevölkerungsschutzgesetz“, die „Bundes-Notbremse“. Als Beschwerdeführer treten zwei Familien, zwei Schulen und ein Kindergarten auf. Das Gesetz verletzt schwerwiegend die Grundrechte von Schülerinnen und Schülern, Kindergartenkindern, deren Eltern sowie der betroffenen Schulen und Kindergärten. Aus diesem Grund wurde Eilrechtsschutz beantragt.

Die Verfassungsbeschwerden unterscheiden sich von den bisher bekannt gewordenen dahingehend, dass hier u. a. zwei Schulen als Beschwerdeführerinnen auftreten. Sie richten sich dagegen, dass Schulen und Kitas automatisch für den Präsenzbetrieb geschlossen werden müssen, wenn in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt die 7-Tages-Inzidenz mehr als 165 auf 100.000 Einwohner beträgt. Sie unterscheiden sich damit von den anderen bisher bekannt gewordenen Verfassungsbeschwerden gegen die „Bundes-Notbremse“.

Die Inzidenz ist als alleinige Basis für die stufenweisen Maßnahmen ungeeignet, das gilt vor allem für die Schulschließungen. Der für die Ermittlung eingesetzte PCR-Test unterscheidet nicht zwischen infektiösen und nicht infektiösen Viruspartikeln. Um zu beurteilen, wie viele (Neu-)Infektionen es tatsächlich gibt, ist dieser Test nur bedingt geeignet.

Die Grundrechte auf Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen werden durch eine solche einseitige Lockdown-Maßnahme erneut in schwerer und nicht wiedergutzumachender Weise beeinträchtigt: Kinder und Jugendliche sind

durch SARS-CoV-2 am wenigsten gefährdet, leiden aber seit 14 Monaten erheblich unter den zahlreichen Kontaktbeschränkungen. Für eine gesunde Entwicklung sind sie ungleich stärker auf einen persönlichen Austausch und gelebte zwischenmenschliche Beziehungen angewiesen als Erwachsene.

Die bleibenden Bildungsdefizite, unzählige Schulabbrüche, die Zunahme psychischer Erkrankungen, die gesundheitlichen Schäden durch Bewegungsmangel und Übergewicht sind inzwischen messbar und vielfach belegt. Jede weitere Woche Bildungslockdown droht Millionen Heranwachsende für lange Zeit aus der Bahn zu werfen.

Abstraktes Risiko

Schulschließungen dienen nicht dem Schutz der Kinder, sondern sollen das abstrakte Risiko senken, dass sich ältere, vulnerable Menschen mittelbar infizieren und somit Gefahr laufen, schwer zu erkranken, weil Kinder an anderen Orten normale Kontakte haben. Einen wissenschaftlichen Nachweis, dass Kontaktbeschränkungen von Kindern Intensivstationen entlasten würden, gibt es jedoch nicht. Die bestehenden

Schutzmaßnahmen – auch gerade an Schulen – sind ausreichend. Welchen Beitrag zur Entlastung von Intensivbetten Präsenzverbote für Kinder und Jugendliche leisten, hat der Gesetzgeber ebenso wenig im Rahmen der notwendigen Abwägung berücksichtigt wie die Schädigungen, Nachteile und Gefährdungen für Kinder und Jugendliche.

Es ist mit dem Schutz individueller Grundrechte durch das Grundgesetz nicht vereinbar, ein staatliches Mittel zum Schutz des einen einzusetzen – noch dazu, wenn es lediglich ein abstraktes Risiko senkt –, wenn das Mittel einen anderen nachhaltig schädigt. Dabei wiegt es besonders schwer, wenn diese Schäden Kinder betreffen, die selbst schutzbedürftig sind.

Die ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort und ohne Altersdifferenzierung angeordneten Präsenzverbote hält der Verein für unverhältnismäßig.

„Diese aus unserer Sicht nicht notwendigen und für die Kinder schädlichen Maßnahmen werden nun als Rechtfertigung benutzt, um die Impfung aller Kinder als Voraussetzung für den Schulbesuch zu fordern“, kritisieren die Mediziner. Es könne nicht angehen, nur geimpften Kindern bzw. Familien mit geimpften Kindern die Teilhabe an Bildung und sozialem Leben zu ermöglichen. Stattdessen wird verlangt, dass alle Maßnahmen, die Kinder und Familien unnötig einschränken, unverzüglich aufgehoben werden: „Die Regierung



In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens: Die überlastete Notaufnahme

Einst geschaffen, um Patienten in Notfallsituationen zu versorgen, hat sich die Notaufnahme in den vergangenen Jahren zu einem allgemeinen und „unkomplizierten“ Anlaufpunkt vieler Menschen mit vergleichsweise harmlosen Symptomen entwickelt. Die vermeintlichen Annehmlichkeiten liegen dabei für den Patienten auf der Hand: keine lästige Terminvergabe beim Haus- oder Facharzt, effektive Diagnostik durch eine breite medizinische Expertise und neueste Medizintechnik mit der Möglichkeit zur direkten therapeutischen Intervention.

Das abhandeln gekommene Gefühl, wann es sich wirklich um einen Notfall handelt und wann der Gang zum niedergelassenen Arzt ausreichend ist, führt mitunter zu grotesken Situationen: Da trifft ein dringend zu versorgender Herzinfarktpatient auf jemanden, der vor drei Tagen einen mutmaßlich banalen Hautausschlag hatte. Mittlerweile ist dieser gar nicht mehr sichtbar. Allein der Patient vermag sich an den quälenden Juckreiz zu erinnern. Situationen wie diese überlasten das System. Denn sie behindern Ärzte und Pflegekräfte bei ihrer eigentlichen Aufgabe, akute medizinische Notfälle zu versorgen. Sie kosten Zeit, die etwa bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall entscheidend sein kann.

Auch in der aktuellen Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Notaufnahmen vor allem in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende das „last resort“ für viele Menschen bleiben. Dabei ist die sogenannte Fallschwere der Erkrankungen in den vergangenen Monaten gestiegen. Zögerten zu Beginn der Pandemie Patienten mit bedrohlichen Symptomen, die beispielsweise auf einen akuten Schlaganfall oder

Herzinfarkt hindeuten, den Notruf zu wählen, aus Angst sich mit Covid-19 anzustecken, ist dies im Verlauf der Pandemie zurückgegangen. Deutlich gestiegen sind jedoch die organisatorischen Aufwände zur Einhaltung allerhöchster Hygienestandards. Aufwändige Testungen bei Krankenhauspersonal wie auch Patienten und die Vorhaltung umfangreicher Isolations-Maßnahmen erfordern viel Zeit und führen zu einer weiteren Erhöhung des Arbeitsvolumens. Hinzu kommen Personalausfälle durch Infektionsgeschehen.

Notfallambulanzen kommen an ihre Grenzen

Die vergangenen Monate haben gezeigt, was bereits vor Corona offensichtlich war: Das System der Notfallversorgung kommt an seine Grenzen. Die Notfallambulanzen landauf landab haben Jahr für Jahr immense Kosten. Spezialisten, die sich in der Rettungsstelle verfügbar halten müssen, können nicht für geplante Operationen eingesetzt werden. Patienten solcher sogenannten Elektiv-OPs, wie beispielsweise Knie- oder Hüftgelenkoperationen, müssen längere Wartezeiten in Kauf nehmen.

Eines wird daher im Mittelpunkt einer intelligenten und zukunftsgerichteten Notfallversorgung stehen müssen: die Sicherstellung des Versorgungsauftrags vor Ort. Hierfür ist es entscheidend, die Herausforderungen im Management von Notaufnahmen zu kennen und darauf mit der richtigen Qualität reagieren zu können. Beispielsweise durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Niedergelassenen, um die sogenannten leichten Fälle sukzessive aus der Notaufnahme in ambulante Strukturen zu überführen. □

hat es versäumt, die Kollateralschäden ihrer Maßnahmen insbesondere bei Kindern und Familien gegen ihren Nutzen abzuwägen.

Je länger diese Maßnahmen aufrechterhalten werden, desto drastischer sind deren Auswirkungen. Gefordert werden daher umfas-

sende wissenschaftliche Studien, um diese Kollateralschäden zu erfassen und wissenschaftlich seriös zu evaluieren.“ □

**DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT**

**» LEGALE
SPIELHALLEN
SIND FÜNFFACH
SICHER. «**

Florian, 32, Automatentechniker

Wir

spielen

fair

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL MIT FÜNF REGELN FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal • Spielerschutz • Geprüfte Qualität

automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).

„Harlekin-Nachsorge“:

Hilfe für Frühchen und Eltern

Die Chancen von Frühgeborenen haben sich enorm verbessert: Vor 30 Jahren überlebte höchstens die Hälfte der Kinder, die mit einem Gewicht unter 1.500 Gramm oder vor der 28. Schwangerschaftswoche zur Welt kamen. Heute hat ein Frühgeborenes schon nach der 24. Schwangerschaftswoche sehr gute Chancen: Mehr als die Hälfte dieser Kinder wächst völlig gesund heran. Um die ganz Kleinen geht es auch bei der Harlekin-Frühchen-Nachsorge, die im Klinikum Harlaching entwickelt wurde: Babys, die bei der Geburt weniger als 1.500 Gramm wogen oder vor der 32. Schwangerschaftswoche geboren worden sind. Es geht aber auch um ihre Eltern, die ein Wechselbad der Gefühle erleben, wenn sich während der ersten Wochen Krisen und gute Zeiten abwechseln und sie sich fragen, ob ihr Kind es schaffen wird.

Neun von zehn Frühgeborenen, die an der biologischen Grenze der Überlebensfähigkeit zur Welt kommen, überleben. Doch geht es heute nicht mehr nur ums Überleben: Frühchen sollen zu gesunden Kindern heranwachsen. Nicht selten kommt es vor, dass ehemalige Frühchen, die zunächst unauffällig erscheinen, später Schwierigkeiten in der Schule oder mit der sozialen Integration haben. So wichtig wie die optimale medizinische Betreuung in der Klinik ist es darum, die Eltern zu unterstützen. Sie brauchen Hilfe, die Situation zu verarbeiten, ihr Kind in seiner Entwicklung zu verstehen und optimal zu fördern.

In den Neonatologien hat sich viel getan: Waren Eltern auf der

Frühchen-Intensivstation früher nur toleriert und der Kontakt zum Baby auf feste Besuchszeiten oder gar den „Blick durchs Fenster“ beschränkt, so ist es heute selbstverständlich, die Eltern voll in die Pflege ihrer Kinder einzubinden. Das stabilisiert die Bindung von Eltern und Kind, die durch Frühgeburt und intensivmedizinische Betreuung leider erheblich beeinträchtigt sein kann.

Die medizinische Therapie wird darum durch eine psychotherapeutische oder seelsorgerische Begleitung der Eltern ergänzt. Immer sind geschulte Intensivschwestern, Neonatologen und bei Bedarf Psychotherapeuten erreichbar, die den Eltern zur Seite stehen.

Dies ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für die optimale Entwicklung eines Frühgeborenen. Dieses dichte Versorgungsnetz reißt mit der Entlassung aus der Klinik ab. Trotz aller Vorbereitung und Schulung, sind die Eltern oft extrem verunsichert.

Stichwort Frühgeburt

Eine Schwangerschaft dauert 40 Wochen – normalerweise: Denn etwa jedes zehnte Kind kommt zu früh zur Welt. Eine häufige Ursache sind aufsteigende vaginale Infektionen.

Raucht die Mutter in der Schwangerschaft, erhöht dies das Risiko einer Frühgeburt enorm. Von einer solchen spricht man, wenn das Kind vor Ende der 37. Woche zur Welt kommt. Doch bereits Kinder, die in der 24. Woche geboren werden, haben sehr gute Überlebenschancen.

Bei einem Geburtsgewicht unter 1.000 Gramm spricht man von extremen Frühchen.

Ab der 24. Woche sehen medizinische Leitlinien eine Versorgung des Kindes in jedem Fall vor. Kündigt sich die Geburt bereits um die 22. oder 23. Woche an, wird gemeinsam mit den Eltern über eine Versorgung entschieden.

Droht eine Frühgeburt, versucht man diese zu verhindern, wenn das ohne Risiko für Mutter und Kind möglich ist. Dazu setzt man etwa wehenhemmende Medikamente oder Antibiotika bei Infektionen ein. Die Gabe von Kortison an die Mutter kann die Lungenreife beim Kind fördern. Bis es wirkt, dauert es aber zwei Tage.

10 Jahre Harlekin-Nachsorge

Schon vor mehr als zehn Jahren hat man im Klinikum Harlaching ein Modellprojekt gestartet: die Harlekin-Frühchen-Nachsorge. Teilzunehmen ist einfach, Eltern müssen keine großen Anträge stellen. Das Programm umfasst neben einer medizinisch-entwicklungsnurologischen Kontrolle auch eine entwicklungspsychologische Beratung der Familien. Sehr wichtig ist auch die pflegerische Nachsorge durch Fachkinderintensivkrankenschwestern.

Sie kennen Kinder und Familien schon aus der stationären Zeit und wissen oft genau, wo der Schuh drückt. Sie geben pflegerische Tipps, beantworten aber auch Fragen etwa zur Er-

Digitales EU-Covid-Zertifikat:

Vorläufige Einigung zwischen Parlament und Rat

Parlament und Rat erzielen eine vorläufige Einigung über ein digitales EU-Covid-Zertifikat, um die Freizügigkeit in Europa während der Pandemie zu erleichtern. Das Zertifikat wird entweder in digitaler oder in Papierform erhältlich sein. Es wird bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde oder ein kürzlich negatives Testergebnis hat oder von der Infektion genesen ist.

In der Praxis wird es sich um drei verschiedene Zertifikate handeln. Ein gemeinsamer EU-Rahmen wird es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, Zertifikate auszustellen, die dann in anderen EU-Ländern akzeptiert werden.

Die Regelung für das digitale EU-Covid-Zertifikat soll für zwölf Monate gelten. Das Zertifikat wird keine Voraussetzung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit sein und wird nicht als Reisedokument gelten.

Um die Verfügbarkeit von „erschwinglichen und zugänglichen Tests“ zu unterstützen, hat die Europäische Kommission zugesagt, „mindestens 100 Millionen Euro“ im Rahmen des So-

nahrung. In der Frühchengruppe berät eine Krankengymnastin die Mütter im Umgang mit den Kindern.

Die Harlekin-Nachsorge richtet sich nicht nur an ehemalige Frühgeborene, bei denen schon bei der Entlassung Schäden erkennbar sind und bei denen von einer gefährdeten Entwicklung auszugehen ist. Ein Risiko haben auch bei der Entlassung gesunde Frühgeborene. Gerade sie brauchen eine strukturierte niederschwellige Nachsorge, zu der bei Bedarf Hausbesuche gehören. So erkennt man Fehlentwicklungen früh und kann darauf rechtzeitig reagieren.

Seit 2003 wird das Harlachinger Projekt, dessen Träger der gemeinnützige Förderverein Harlekin e. V. ist, mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Sozialministeriums auf- und ausgebaut. Aber ohne eine Vielzahl von Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen wäre das Programm nicht aufrechtzuerhalten. Umso wichtiger ist eine strukturierte Nachsorge – eine Herausforderung für das dual gegliederte Gesundheitswesen mit seiner hochtechnisierten stationären Betreuung und der ambulanten Versorgung durch Kinderärzte, die oft unter Zeitdruck arbeiten.

Es braucht daher Strukturen, die beides verbinden: die Standorte und die Versorgung müssen sich dabei dem Bedarf anpassen – und eine Übertherapie verhindern: So war es früher oft so, dass Eltern aus Angst, etwas zu versäumen, möglichst viele Angebote in Anspruch nahmen – auch wenn die ihrem Kind gar nicht nützten, schlimmstenfalls sogar belasteten.

Das Ziel ist es darum, den Kindern und ihren Familien auch nach der Entlassung eine optimale medizinische und psychosoziale Betreuung zu bieten. Schritt für Schritt sollen sie je nach individuellem Bedarf neben der Grundversorgung durch Kinderärzte an ambulante Angebote von Frühförderstellen, sozialpädiatrischen Zentren und andere Einrichtungen vermittelt werden.

Vor allem aber ist es das Ziel, die Autarkie der Familien zu fördern. Nicht selten gilt es auch, blanke Not durch finanzielle Hilfe zu mildern.

Ab 2009 kam die Neonatologie des Klinikums rechts der Isar und 2011 das Klinikum Schwabing hinzu. Die Harlekin-Nachsorge gibt es unter fachlicher Beratung der Arbeitsstelle Frühförderung an inzwischen 21 weiteren Kliniken in Bayern. Weitere Häuser planen, das System zu übernehmen.

Reinhard Roos/Andrea Heppner



V.l.: Prof. Dieter Grab, Eva Heße und OB Dieter Reiter. Bild: Harlekin Verein

Sichere Technik zur Überwachung von Nebenwirkungen

Wie Impfreister-Management beim lückenlosen Monitoring unterstützt

Seit über 100 Tagen läuft die COVID-19-Impfkampagne in Deutschland. Bis Anfang Mai wurden insgesamt über 30 Millionen Impfdosen verabreicht. Mit den steigenden Zahlen von Geimpften gibt es auch vermehrt Beobachtungen von Nebenwirkungen oder scheinbaren Reaktionen, die mit der Verabreichung im Zusammenhang stehen könnten.

„Wenn innerhalb weniger Wochen mehreren Millionen Menschen völlig neue Medikamente, wie zum Beispiel Impfstoffe, verabreicht werden, ist ein lückenloses Überwachen der Nebenwirkungen für mindestens drei bis vier Wochen nach der Verabreichung zwingend geboten“, sagt Dr. Herbert Neumaier, externer wissenschaftlicher Berater des Markt- und Meinungsforschungsinstituts nhi2 AG. Impfreister-Management mit Datenbank und professionellem Telefonnachkontakt kann bei einem lückenlosen Monitoring unterstützen. Mit dem Impfreister VAMOS, kurz für Vaccination Monitoring System, bietet nhi2 eine datenbankbasierte Applikation mit erprobter IT- und Telefontechnik.

Nebenwirkungen erfassen und analysieren

Nach jeder Impfung können Reaktionen wie Schmerzen an der Einstichstelle, Abgeschlagenheit oder Kopfschmerzen sowie weitere Nebenwirkungen auftreten – so auch bei den COVID-19-Impfstoffen. In den meisten Fällen verschwinden die Reaktionen innerhalb weniger Tage wieder, doch nach der Impfung mit Vaxzevria von AstraZeneca sind zum Beispiel seltene Fälle von Thrombosen in Kombination mit Thrombopenien bei Geimpften aufgetreten. Seit Ende April werden auch Fälle von Myokarditis, also eine Herzmuskelentzündung, untersucht, die nach einer Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff von BioNTech/Pfizer aufgetreten sind.

„In Abhängigkeit zur Anzahl der Geimpften treten schwerwiegende Nebenwirkungen damit zwar selten auf, trotzdem ist es wichtig, mögliche Nebenwirkungen im Blick zu behalten, zu erfassen und an verantwortliche Stellen zu melden“, berichtet Dr. Neumaier und ergänzt: „Durch ein freiwilliges Impfreister wie VAMOS lassen sich durch telefonische Nachfragen Nebenwirkungen abfragen. Das System erfasst dann selbstständig und permanent ihre Häufigkeit und Verteilung – nach Alter, Geschlecht und verabreichtem Medikament –, überwacht Schwankungen in den Werten und meldet aktiv an die verantwortlichen Stellen.“

Über ein solches Impfreister-Management sind alle Werte und Verteilungen für die Nebenwirkungen dabei sofort sichtbar und es lässt sich schnell feststellen, ob diese tatsächlich auffällig sind oder sich insgesamt in den statistisch zu erwartenden Bandbreiten bewegt.

Auf diese Weise helfen solche Systeme dabei, Informationen einzuordnen und die Bevölkerung bei Bedarf schnell auf Beobachtungen hinzuweisen. Dadurch können sie selbst auf mögliche Symptome achten und diese gegebenenfalls bei einem Arzt abklären lassen.

Automatische Ermittlung von Auffälligkeiten

Über professionelle Telefonie mit standardisierten Fragebögen lassen sich Geimpfte regelmäßig befragen. Die Abfrage der Nebenwirkungen ist keine hoheitliche Aufgabe. Dienstleister können als Verwaltungshelfer verpflichtet werden und bei der wichtigen Aufgabe unterstützen. Angerufene Personen geben dabei die Antworten freiwillig und können diese auch verweigern.

„Bei VAMOS rufen geübte Interviewerinnen und Interviewer beispielweise nach 3, 6, 15 und 30 Tagen an und fragen Reaktionen wie Kopfschmerzen, Herzschmerzen, Fieber oder Atemprobleme sowie andere Nebenwirkungen ab und bitten die Befragten, diese in Schweregraden von 0 bis 10 einzuordnen“, betont Neumaier. Das System wertet dabei ständig alle erhobenen Daten aus und errechnet für alle Nebenwirkungen die aktuellen statistischen Werte und Verteilungen. Auffälligkeiten werden automatisch ermittelt und festgehalten, so dass die Analysewerte in Tabellenform und als Charts jederzeit für Auftraggeber wie Behörden und Institute zur Verfügung stehen.

„Die Datenlieferung erfolgt dabei entweder über Dateitransfer oder auch über eine direkte Rechner-zu-Rechner-Verbindung. Damit die Übertragung nach der DSGVO rechtmäßig ist, schließen die Akteure einen Auftragsverarbeitungsvertrag ab. Alle Daten werden außerdem ausschließlich auf Rechnern innerhalb der EU verarbeitet“, erklärt Neumaier abschließend. □

Holetschek setzt sich für rasche Pflegereform ein

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung anlässlich des „Internationalen Tags der Pflegenden“ erneut zu mehr Tempo bei der Pflegereform aufgefordert.

Laut Holetschek verdient die Leistung der Pflegekräfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie allerhöchste Anerkennung, Dank und großen Respekt. Seit weit über einem Jahr hätten die Beschäftigten im Pflegebereich durch ihr vorbildliches Engagement erheblich dazu beigetragen, dass so vielen Menschen geholfen werden konnte. „Das gilt sowohl für die Fachkräfte in der Langzeitpflege als auch für die Beschäftigten in den Krankenhäusern sowie für die pflegenden Angehörigen. Aber durch Dankesworte lassen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege nicht verbessern. Wir brauchen eine umfassende Reform, die auch den Pflegeberuf attraktiver macht.“

Mitte März hatte Holetschek bereits die Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Ziel ist es unter anderem, das Pflegepersonal zu fördern.

Pflegeberuf als attraktive Chance

Der Minister bekräftigte: „Die Zukunft einer guten Pflege entscheidet sich in der Frage, ob es gelingt, ausreichend gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die steigenden Ausbildungszahlen belegen, dass viele Menschen den Pflegeberuf als attraktive Chance wahrnehmen. Es gilt aber auch, langfristig gute Jobperspektiven zu schaffen. Deshalb müssen wir überlegen, wo wir Pflegekräften mehr Kompetenzen geben und wie wir den Beruf besser bezahlen können.“

Holetschek erläuterte: „Auf Initiative Bayerns wurden bereits die Grundlagen geschaffen, Tarifverträge in den Pflegeberufen zu verabschieden. Es bedarf nun endlich attraktiver und für alle verbindlicher tariflicher Vergütungsstrukturen. Da die Tätigkeit in der Pflege zwangsläufig mit Nacht- und Wochenenddiensten verbunden ist, gleichzeitig aber dem Allgemeinwohl dient, sollen Zuschläge für Überstunden, Wochenendarbeit und

Nachtarbeit künftig stärker steuerlich begünstigt werden.“

Um den Pflegeberuf als sektorenübergreifenden Gesundheitsfachberuf zu positionieren und den Beschäftigten attraktive Aufgabengebiete zu öffnen, soll ihnen nach den Plänen Holetscheks im Arbeitsalltag ein Aufgabenspektrum eröffnet werden, das den erworbenen Kompetenzen gerecht wird. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der selbstständigen Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten (zum Beispiel im Rahmen der Wund- oder Schmerzbehandlung, der Behandlung von Menschen mit Demenz oder der Diabetesbehandlung).

Pflegestudiengänge ausbauen

Der Minister fügte hinzu: „Grundständig beruflich ausgebildete Pflegefachpersonen werden auch künftig das Rückgrat der pflegerischen Versorgung sein. Die Zunahme hochkomplexer Pflegesituationen erfordert aber einen steigenden Anteil hochschulisch ausgebildeter Pflegefachpersonen. Deshalb wollen wir primärqualifizierende Pflegestudiengänge ausbauen. Im Pflegeberufegesetz soll zudem ein gesetzlicher Anspruch auf Ausbildungsvergütung für die Absolventen dieser Studiengänge geschaffen werden.“

Ein weiterer Baustein von Holetscheks Vorschlägen für eine Pflegereform ist eine Neuordnung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung. Der Minister erläuterte: „Wir brauchen hier maximale Flexibilität, um die Versicherungsleistungen auf die Bedürfnisse der Menschen zuzuschneiden. Bei langen Pflegeverläufen sollte die Pflegeversicherung zum Beispiel die Kosten nach einer gewissen Zeit voll übernehmen. Zudem könnte bei stationär versorgten Pflegebedürftigen die medizinische Behandlungspflege in voller Höhe übernommen werden. Für diese Ideen werbe ich beim Bund.“ □

Sparkassen-Finanzgruppe:

Chefvolkswirte warnen vor drohenden Belastungen

Vor möglichen destabilisierenden Effekten der Bankenregulierung auf die Konjunktur warnen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe. Sollten europäische und nationale Aufseher regulatorische Erleichterungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu früh zurücknehmen, drohten der Finanzbranche erhebliche Belastungen, die die wirtschaftliche Erholung unnötig bremsen würden, so die Ökonomen.

„Die Aufsicht darf, wenn die Konjunktur wieder anzieht, nicht zu früh das zuvor für die Kreditvergabe freigesetzte Eigenkapital wieder begrenzen. Damit würde sie letztlich die Wirtschaftsbelebung schwächen. Denn die Unternehmen brauchen Kapital für Investitionen. Sie müssen nicht nur aus der Krise herauskommen, sondern auch die Digitalisierung und die Transformation in Richtung nachhaltiger Wirtschaftsweisen vorantreiben“, betonte Dr. Reinhold Rickes, Leiter Volkswirtschaft beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Als Hemmschuh für die Kreditvergabe könnte sich unter anderem eine überreilte Anhebung des antizyklischen Kapitalpuffers erweisen, der in der Corona-Pandemie abgesenkt worden war. Auch der Ende April 2021 erstmals aktivierte NPL-Backstop bei notleidenden Krediten droht die Möglichkeiten der Banken zur Kreditvergabe zur Unzeit zu beschränken. Nicht zuletzt würde die für 2023 vorgesehene Einführung von Basel IV, insbesondere durch den darin vorgesehenen Output-Floor, das Eigenkapital der Banken belasten und so den Aufschwung bremsen. Die Chefvolkswirte fordern daher besondere Wachsamkeit der Aufsicht und Regulierung.

Mit dem weiteren Anwachsen der weltweiten Schuldenberge nehmen auch die Gefahren für eine langfristig nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu. Dass in der Corona-Pandemie weltweit die Haushaltsdefizite und die Schuldenstände immer größer werden, ist dabei aus Experten-sicht nur ein Teil des Problems. Die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hatte in vielen Ländern der Erde schon vor der Pandemie den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht.

Rickes zufolge ist die Co-

vid-19-Pandemie nach der Finanzkrise bereits die zweite Krise in diesem Jahrhundert, die weltweit zu einem massiven Anstieg der öffentlichen Schuldenquoten geführt hat. Durch Notenbank-Interventionen und Niedrigzinsumfeld könnten viele Länder derzeit ihre Schuldenlast noch tragen. Doch wenn Konjunktur, Teuerung und Zins erst wieder anziehen, werde die notwendige Sanierung und Konsolidierung umso schmerzlicher.

Gebremstes Wirtschaftswachstum

Die Chancen, dass Staaten sich schnell durch kräftiges wirtschaftliches Wachstum ihrer Schulden entledigen können, halten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für gering: Die Wirtschaft in den Industrieländern dürfte zwar nach der Pandemie vorübergehend schneller wachsen, auf der anderen Seite bremsen aber die demografische Entwicklung mit vielerorts sinkender Zahl von Arbeitskräften, steigende, oft öffentlich getragene Gesundheits- und Rentenkosten und die zunehmende Fokussierung auf CO₂-Reduktion das Wirtschaftswachstum. Bei der Aufnahme neuer Schulden gelte es daher heute mehr denn je, auf die wachstumsfördernde Wirkung ihres Verwendungszwecks zu achten.

Noch besorgniserregender als hierzulande sei die Situation in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Bis zum Beginn der Finanzkrise 2008 war es durch Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Entschuldungsinitiativen gelungen, die Staatsverschuldung dort deutlich zu reduzieren. Seit der Finanzkrise habe sich der Trend jedoch wieder umgekehrt und die Corona-Pandemie hat die problematische Entwicklung weiter beschleunigt. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg versorgt sich selbst mit Strom

Die Stadtsparkasse Augsburg unternimmt einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität: Mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße soll ab Mitte des Jahres der Strom für die Hauptstelle nachhaltig selbst erzeugt werden. Voraussetzung war die Versteifung der Dachkonstruktion des Parkhauses, um die zusätzliche Last der Anlage zu tragen. Hierfür wurden in den letzten Wochen 30 Tonnen Stahl verarbeitet, nun geht es an die Montage der Photovoltaik-Module.

„Zu dem Ziel, eine lebenswerte Welt langfristig zu erhalten, gehört auch, dass wir unseren Geschäftsbetrieb CO₂-neutraler gestalten. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zum 01. Januar 2021 haben wir unsere nachhaltige Ausrichtung verstärkt, die Sparkasse vermeidet damit rund 1.128.000 Kilogramm CO₂ pro Jahr. Ressourcenschonend und substanzerhaltend wirtschaften werden wir auch mit unserem neuen Projekt, das ebenfalls Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie ist“, berichtet Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeier.

Die Sparkasse investiert in der Halderstraße rund eine halbe Million Euro in eine Photovoltaikanlage auf einer Dachfläche von 2.750 qm. Sie kann bis zu 329 kWp Strom mit modernsten Solarpanelen produzieren. Pro Jahr können so ca. 300.000 kWh erzeugt werden.

Mit dem gewonnenen Strom soll ein wesentlicher Teil des Bedarfs der Hauptstelle umwelt-

freundlich abgedeckt werden. Ein weiterer Solar-Generator befindet sich schon seit etlichen Jahren in Friedberg am Sparkassenplatz.

Die Stadtsparkasse Augsburg setzt sich schon seit vielen Jahren für die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks in der Region Augsburg und Friedberg ein. So werden Umbauten oder Sanierungen gezielt mit Blick auf eine optimale Energieeffizienz durchgeführt, bestehende Leuchtmittel sukzessive durch energiesparende Varianten ersetzt. Ihre Briefe versendet die Sparkasse schon seit drei Jahren klimaneutral mit „Green Mail.“

Mitarbeiter werden beim Umgang mit Papier oder dem Verbrauch von Wasser und Energie sensibilisiert. Mittelständischen Unternehmen, Eigenheimbesitzern und Gemeinden finanziert das Kreditinstitut Investitionen und vermittelt Fördermittel. Weitere Aktivitäten sind in Vorbereitung. **□**

Bayerische Grundsteuer:

Starkes Signal für Städte und Gemeinden

„Mit der Bayerischen Grundsteuer wird zum ersten Mal eine bedeutende Steuer auf Landesebene geregelt: einfach, transparent und unbürokratisch. Das ist ein starkes Signal für alle bayerischen Städte und Gemeinden, die fest auf die konjunkturunabhängigen Steuereinnahmen von jährlich rund 1,9 Milliarden Euro bauen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung den Gesetzentwurf für ein Bayerisches Grundsteuergesetz nach der Anhörung der Verbände beschlossen und dem Bayerischen Landtag zur weiteren Behandlung zugeleitet. „Das bayerische Modell ist von nahezu allen Verbänden mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Die Grundsteuer im Freistaat wird ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudedefläche ausgerichtet – Steuererhöhungen „durch die Hintertür“, also allein aufgrund eines ständig steigenden Preisniveaus bei Immobilien, wird es in Bayern nicht geben“, stellte Füracker fest. **□**

Stadt und Landkreis Rosenheim:

Sparkassenstiftungen mit solider Finanzkraft

Die Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling gründete 2006 die „Sparkassenstiftungen Zukunft“, die sich seitdem für die Menschen in der Region engagieren. Mit einem Stiftungskapital von insgesamt 17,3 Mio. Euro und einer Gesamtausstattung von 580.000 Euro allein im Jahr 2020 zählen sie zu den größten Förderern in der Region. Im Durchschnitt werden jährlich 50 zukunftsweisende Projekte unterstützt.

Laut Karl Göpfert, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling und stellvertretender Vorsitzender der Sparkassenstiftungen Zukunft, wird durch deren intensive Fördertätigkeit das Leben in Stadt und Landkreis Rosenheim gestaltet und die Gesellschaft von innen heraus nachhaltig gestärkt. Aktuelles Beispiel: Die Caritas Rosenheim übernimmt ab 2021 das Projekt „Flüchtlingspaten in der Stadt Rosenheim“, das die Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt über fünf Jahre (2016-2020) mit 25.000 Euro gefördert und damit insgesamt 20 Prozent der gesamten Projektkosten übernommen hat.

Intensive Fördertätigkeit

Dadurch wurde eine professionelle Anlauf- und Koordinationsstelle für Ehrenamtliche geschaffen, die geflüchtete Menschen unterstützen wollen: Die Paten werden mit Hilfesuchenden zusammengebracht und unterstützen diese beispielsweise bei Ämterkontakten, führen sie an die deutsche Rechtsordnung heran oder helfen beim Kontaktieren professioneller Hilfen. „Jetzt bleibt diese wichtige Anlaufstelle dauerhaft erhalten und damit ein wichtiger Pfeiler im sozialen Miteinander in der Stadt Rosenheim“, betonte Oberbürgermeister Andreas März, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim.

Mit Erfolgen kann auch der Landkreis Rosenheim aufwarten: Die Sparkassenstiftung Zukunft förderte mit insgesamt 18.350 Euro über fünf Jahre die als Projekt gestartete „Kunsttherapie für den palliativmedizinischen Konsiliardienst“. Weitere finanzielle Unterstützung leistete der Rotary Club. Die RoMed Klinik Bad Aibling integrierte das Projekt 2019 als festen Bestandteil in ihr Angebotsportfolio: Krebspatienten erhalten eine fachliche Anleitung und Begleitung beim künstlerischen Arbeiten, kombiniert mit einem entspannenden, musiktherapeutischen Angebot.

Seit 2019 steht fest, dass auch die Rosenheimer Aktion für das Leben e.V. die „Hausbesuche/Coaching für Familien und Alleinerziehende mit Kindern“ dauerhaft anbieten kann: Dank einer großzügigen Anschubfinanzierung in Höhe von 35.900 Euro wurden auch Förderungen Dritter gesichert. Wegen der großen Angebotsnachfrage übernahm der Landkreis 2019

die Personalkosten. Damit kann das Projekt weitergeführt werden. Laut Landrat Otto Lederer, Vorsitzender der Sparkassenstiftung Zukunft für den Landkreis Rosenheim, sind dies „zwei tolle Beispiele, wie die Sparkassenstiftung Bedürfnisse der Menschen in der Region aufnimmt und langfristig Angebote schafft“. **DK**

Glauber fordert Aus von Negativzinsen

... bei Guthaben auf Giro- und Sparkonten

Immer mehr Banken in Deutschland erheben auf das Giro-Guthaben ihrer Kunden sogenannte Negativzinsen. Bayern setzt sich nun für ein Verbot von Negativzinsen ein.

Wie Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber erläuterte, „fallen Strafzinsen bei einzelnen Banken schon ab dem ersten Euro an. Damit bleiben selbst geringe Sparbeiträge nicht unangetastet. Das ist ein falsches Signal an die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen, dass der Bund ein Verbot von Negativzinsen prüft. Zumindest sollten ausreichend hohe Freibeträge ermöglicht werden. Die Kunden brauchen Gewissheit, dass ihr Geld auf dem Konto ohne ihr Zutun nicht weniger wird. Negativzinsen stellen den Zweck von Spar- und Giroverträgen auf den Kopf. Bayern lehnt die faktische Geldentwertung durch Negativzinsen ab.“

Zusätzliche Mehrbelastung

Für die Bürger bedeuten Negativzinsen eine finanzielle Mehrbelastung, zusätzlich zu den Entgelten für Kontoführung und einzelne Zahlungsdienste. Zudem sind zunehmend auch Bestandskunden von der Einführung der Negativzinsen betroffen. Der Bundesgerichtshof hat in einem aktuellen Urteil Vertragsklauseln einer Bank für unwirksam erklärt, nach denen Vertragsänderungen durch Stillschweigen des Kunden angenommen werden. Bayern will, da die Einzelheiten und die Reichweite der Entschei-

dung noch nicht bekannt sind, zusätzlich prüfen lassen, ob Bestandskunden ausreichend vor einer nachträglichen Einführung von Negativzinsen geschützt sind.

Waren zu Beginn Privatkunden weitgehend ausgenommen oder durch großzügige Freibeträge geschützt, führen Banken zunehmend Negativzinsen auch für Privatkunden ein und senken die Freibeträge. Die als Verwahrentgelt bezeichnete Gebühr beträgt in den meisten Fällen 0,5 Prozent des Guthabens und wird tagesgenau abgerechnet. Einzelne Banken verlangen bereits ab dem ersten Euro einen Negativzins. Neben der finanziellen Belastung stehen Negativzinsen in Widerspruch zur allgemeinen finanzökonomischen Empfehlung, eine gewisse Mindestliquidität vorzuhalten.

Entgegen der Argumentation der Banken besteht auch keine Notwendigkeit, den von der Europäischen Zentralbank (EZB) auf kurzfristige Einlagen erhobenen Negativzins an Privatkunden weiterzureichen. Den Banken wurden von der EZB Freibeträge eingeräumt, für die keine Negativzinsen in Rechnung gestellt werden. Zudem ist von einer Bank aufgrund ihres Geschäftszwecks zu erwarten, dass sie mit den Einlagen der Kunden wirtschaftet und diese nicht bei der EZB in Verwahrung gibt. **□**



VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

LFA-Jahresbilanz 2020:

Mittel für Zukunftsinvestitionen weiter stark nachgefragt

Bayerns Unternehmen können in der Corona-Krise auf die Unterstützung der LfA-Förderbank zählen. „Die außergewöhnlich hohe Nachfrage nach unseren Förderangeboten zeigt, dass wir mit unseren Förderkrediten und Risikoentlastungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und damit für den Fortbestand vieler insbesondere mittelständischer Betriebe und der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze leisten“, unterstrich LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl bei der virtuellen Bilanzpressekonferenz zum Geschäftsjahr 2020.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die staatliche Spezialbank die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung. Im Kerngeschäft der programmgebundenen Förderkredite wuchs das Zusagevolumen dabei verglichen zum Vorjahr um 50 Prozent auf rund 2,7 Mrd. Euro. Die Unternehmen konnten daraus Investitionen und Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von 3,7 Mrd. Euro tätigen. Zusammen mit den Konsortialdarlehen (561 Mio. Euro) und Globaldarlehen (150 Mio. Euro) belief sich die Kreditvergabe damit auf 3,4 Mrd. Euro.

Hilfreiche Förderangebote

Darüber hinaus gab es 2020 auch bei den Risikoübernahmen mit einem Volumen von 933 Mio. einen Höchstwert. Von den Förderangeboten der LfA profitierten im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 11.200 Unternehmen und Kommunen. Zudem trug die Förderung dazu bei, im Mittelstand knapp 200.000 bestehende Arbeitsplätze zu festigen und 5.400 neue zu schaffen.

Bereits zu Beginn der Corona-Krise im März 2020 ermöglichte die LfA den Unternehmen un-

komplizierte Tilgungsaussetzungen für bereits bestehende Kredite und verschaffte so Liquidität. Anschließend legte sie mit dem Corona-Schutzschirm-Kredit, dem LfA-Schnellkredit und dem Corona-Kredit gemeinnützige eigene bayerische Corona-Förderprogramme auf, darüber hinaus wurden bestehende Kreditprogramme optimiert. Dabei hat die LfA das Förderverfahren erheblich beschleunigt – beispielsweise mit der Einführung des LfA-Schnellkredits als erstes automatisiert zusagbares Kreditprodukt. Insgesamt wurden allein im vergangenen Jahr Kredite aus dem Corona-Sonderprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 838 Mio. Euro bewilligt.

Des Weiteren wurden 105 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von knapp 615 Millionen Euro zugesagt. Gemeinsam mit den etwa 4.900 Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten in Gesamthöhe von 75 Mio. Euro beliefen sich die Corona-Hilfen der LfA für die bayerische Wirtschaft damit auf 1,5 Mrd. Euro. Die Programme werden bis Ende 2021 verlängert.

Trotz der Krise haben viele bayerische Unternehmen im ver-

gangenen Jahr vorausschauend in ihre Zukunftsfähigkeit investiert. So blieb auch das Normalgeschäft bei den Programmkrediten mit 1,86 Mrd. Euro auf hohem Niveau (Vorjahr 1,81 Mrd. Euro). Besonders gefragt waren die Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation sowie Energie und Umwelt.

Allein im vergangenen Jahr verhalf das LfA-Angebot in der Innovationsförderung bayerischen Unternehmen zu Investitionen in Höhe von rund 143 Mio. Euro. Auch in diesem Feld sind die mit den Darlehen umgesetzten Transformationsprojekte äußerst vielfältig. Dies zeigen Beispiele wie ein traditionelles Nutzfahrzeugunternehmen, das unter anderem dank der Förderung nun Elektromobilität per Nachrüstung für den Personen- und Güterverkehr anbietet oder eine traditionelle Schreinerei, die mit den Fördergeldern unter anderem ihre Fertigung automatisieren und damit auf ein neues Niveau heben konnte.

Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz

In vielen Fällen standen Investitionen in Digitalisierung und Energieeffizienz im Vordergrund. Allein in der Energieeffizienzförderung der LfA konnte die Nachfrage auf über 300 Mio. Euro gesteigert werden. Mit diesen Geldern tätigten die Unternehmen Investitionen von knapp 530 Mio. Euro. Die Bandbreite der Maßnahmen, die mithilfe dieser Förderung umge-

setzt wird, ist groß. Sie reicht von innovativen Geschäftsideen, wie beispielsweise einer funktionierenden Lösung zur eigenständigen Produktion und Speicherung von nachhaltiger Energie für Unternehmen und Haushalte, bis hin zu traditionellen Industriebetrieben, die mit Hilfe der Gelder nun ihre Fertigungsabläufe deutlich nachhaltiger gestalten.

Im kommunalen Sektor konnten die 123 geförderten Städte und Kommunen mit Hilfe von LfA-Mitteln Infrastrukturprojekte in Höhe von über 240 Mio. Euro umsetzen. Verglichen mit 2019 ist das ein Anstieg um 50 Prozent.

Eigenkapitalangebote

Über ihre Tochterunternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellt die LfA bayerischen Gründern und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wurden 2020 Instrumente wie der Start up Shield Bayern, der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern, der Wachstumsfonds Bayern 2 oder der Transformationsfonds Bayern neu aufgelegt. Sie dienen den Unternehmen auch zur nachhaltigen Stärkung ihrer Kapitalbasis für Zukunftsinvestitionen.

Die Bilanzsumme der LfA betrug im vergangenen Jahr 23,1 Mrd. Euro und liegt damit sechs Prozent über dem Vorjahresniveau (2019: 21,8 Mrd. Euro). Auch in der Pandemie legt die LfA bei der Risikoversorge für Ausfallrisiken im Kreditbereich unverändert strenge Maßstäbe an und hat die Risikoversorge im Geschäftsjahr 2020 um rund 20 Mio. Euro erhöht.

Nach den Worten von Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzendem Hubert Aiwanger „unterstreichen die hohen Zusagevolumina im Jahr 2020 eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der LfA als Förderbank für den Wirtschaftsstandort Bayern. Das entschlossene Handeln der Bayerischen Staatsregierung hat Wirkung gezeigt. Durch die in kürzester Zeit auf den Weg gebrachten Corona-Sonderprogramme konnte die LfA unseren bayerischen Betrieben dringend benötigte Liquidität in der Krise zur Verfügung stellen und so deren Erhalt sichern.“

Wirtschaftlicher Transformationsbedarf

Aus Sicht von LfA-Vorstandschef Beierl hat die Pandemie wie in einem Brennglas auch Schwachstellen im Hinblick auf Digitalisierung und Infrastruktur offengelegt und verdeutlicht, wie groß der Transformationsbedarf der Wirtschaft angesichts des strukturellen Wandels und deutlich gesteigener Anforderungen an die Nachhaltigkeit tatsächlich ist. Für die Umsetzung der Transformation benötigten die Betriebe Liquidität und Eigenkapital. Deshalb komme der Finanzwirtschaft auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu.

Insbesondere die Einbindung öffentlicher Förderbanken wie der LfA sei ein wirksamer Hebel, so Beierl. „Unsere Angebote und Investitionsanreize erleichtern den kleinen und mittelständischen Unternehmen den Erhalt und Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit. Möglich ist dies, weil die LfA mit ihren Angeboten die strukturellen Finanzierungsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe gegenüber Großunternehmen, die sich neben der klassischen Bankfinanzierung auch am Kapitalmarkt refinanzieren können, ausgleichen. An diesem strukturellen Nachteil des Mittelstands ändern im Übrigen auch Niedrigzinsphasen oder die vor Ausbruch der Pandemie langanhaltende gute Konjunktur wenig.“

Gemäß ihres Auftrags schaffe die LfA deshalb mit Hilfe öffent-



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (r.) und LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bei der Bilanzpressekonferenz.

Bild: Nadine Stegemann

licher Förderkredite finanzierungsseitig Chancengleichheit für Gründer sowie kleine und mittelständische Unternehmen – und zwar in jedem Zinsumfeld.

So wurden für 2021 in Abstimmung mit der KfW und den Partnerbanken der LfA die notwendigen Maßnahmen initiiert, um ab Jahresmitte marktgerechte Bankeneinstandssätze anbieten zu können. Abhängig von der allgemeinen Zinsentwicklung könnten diese auch negativ sein. Trotz Niedrigzinsphase böten die Angebote der LfA deshalb weiterhin attraktive Fördervor-

teile für die Endkreditnehmer.

Lange Laufzeiten

Die Betriebe können sich die vorteilhaften Konditionen auch zu langen Laufzeiten sichern. Das versetzt sie in die Lage, auch im Zusammenhang mit der Transformation erforderliche langfristige Vorhaben umzusetzen und so ihre Abläufe und Geschäftsmodelle nachhaltiger zu gestalten oder Innovationen voranzutreiben. „Fördermittel lohnen sich also nicht nur in Ausnahmeseiten“, bilanzierte Beierl. **DK**

Privatbanken als wichtige Säule des LfA-Fördergeschäfts

Im Corona-bedingten Ausnahmejahr 2020 haben die in Bayern tätigen privaten Banken kleinen und mittelständischen bayerischen Unternehmen Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in Höhe von 911 Mio. Euro zugesagt. Davon entfielen knapp 284 Mio. Euro auf eigens zur Bewältigung der Corona-Krise eingeführte oder optimierte Förderangebote. Mit insgesamt rund 2.700 Zusagen an den bayerischen Mittelstand sowie einem Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumen der LfA sind die Privatbanken ein bedeutender Partner im Fördergeschäft. **DK**

Bezirkstag Oberbayern:

Rund 1,2 Millionen Euro für Denkmalpflege

Rund 1,2 Millionen Euro hat der Kulturausschuss des oberbayerischen Bezirkstags für die Denkmalpflege in Oberbayern vergeben. Der Stadt Ingolstadt kommt dabei mit rund 192.000 Euro der größte Anteil aus dem Fördertopf zu, es folgen die Landkreise Neuburg-Schrobenhausen, Berchtesgadener Land, Landsberg am Lech und Eichstätt. Insgesamt werden heuer 2,5 Millionen Euro vergeben. Eine zweite Zuteilung erfolgt im Herbst.

In Ingolstadt erhält die INKobau GmbH & Co. KG, eine Tochterfirma der Stadt, für drei Sanierungsabschnitte am Georgianum jeweils den höchstmöglichen Fördersatz von 50.000 Euro. Es handelt sich dabei um die Kapelle, das Kollegiengebäude sowie um ein Gebäude in der Goldknopfgasse des aus dem 15. Jahrhundert stammenden Anwesens. Mit rund 23.000 Euro fördert der Bezirk an einem in der Altstadt gelegenen Gebäudekomplex die Sanierung eines früheren Pferdestalls und einer ehemaligen Seifensiederei.

Neuburg-Schrobenhausen

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen unterstützt der Bezirk Oberbayern die Denkmalpflege mit rund 134.000 Euro. Davon sind 47.000 Euro für die Sanierung des Pfarrhofs im ehemaligen Kirchdorf Hohenried (Gemeinde Brunnen) eingeplant. Rund 32.000 Euro bekommt ein bekanntes Schloss im Landkreis, an dem der Glockenturm instandgesetzt wird. An die Gemeinde Waidhofen gehen rund 7.200 Euro für die Erneuerung der nördlichen Friedhofsmauer.

Rund 132.000 Euro gibt der Bezirk für die Denkmalpflege im Landkreis Berchtesgadener Land aus. Zu den geförderten Objekten zählt das als Heimatmuseum genutzte Schloss Adels-

heim in Berchtesgaden, an dem das Dach erneuert wird. Dafür erhält der Landkreis als Besitzer des Anwesens 50.000 Euro. Einen Zuschuss von 50.000 Euro für ein neues Dach bekommt auch die Filialkirche St. Leonhard in Holzhausen (Gemeinde Teisendorf). Die Gemeinde Bischofswiesen darf sich über 1.700 Euro für die bauhistorische Untersuchung der Befestigungsmauer am Hallthurm freuen.

Die Denkmalpflege im Landkreis Landsberg am Lech wird mit 99.000 Euro unterstützt. Davon fließt der größte Teil in den Erhalt von Kirchen und Kapellen. So gehen 33.000 Euro an die Pfarrkirche St. Jakobus in Finning (Ortsteil Entraching), die komplett saniert wird. Die Gemeinde Vilgertshofen bekommt 4.500 Euro für den ehemaligen Pfarrhof in Issing, dessen Dachstuhl statisch gesichert wird.

Rund 98.000 Euro stellt der Bezirk Oberbayern für die Denkmalpflege im Landkreis Eichstätt zur Verfügung. Davon fließt der Hauptteil in die Sanierung von Baudenkmalern, die ursprünglich einem anderen Zweck dienen und heute als Wohnraum genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise das ehemalige Benefiziatenhaus in Buxheim (rund 28.000 Euro) und die profanierte frühere Fischerkapelle in Großmehring (rund 8.000 Euro). **DK**



BESTENS
ABGESICHERT

VORSORGEN
MIT DER
PLUSPUNKTRENTE

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

- ✓ STAATLICH GEFÖRDERT
- ✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an - mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de

KENNEN SIE SCHON UNSER NEUES VERSICHERTENPORTAL?
www.bvk-zusatzversorgung.de/Versicherte-Rentner/Versichertenportal

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen



BVK Bayerische
Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG



Energeminister Aiwanger:

Fokus auf Versorgungs- und Planungssicherheit

Bayerns Wirtschafts- und Energeminister Hubert Aiwanger hat sich erleichtert über den Ausgang des Bürgerentscheids zur Windenergie im Ebersberger Forst gezeigt. Eine knappe Mehrheit der Wähler im Landkreis Ebersberg hatte dem Bau von fünf Windkraftanlagen zugestimmt.

Der Staatsminister bezeichnete dies als „gutes Signal für den Ausbau der Windkraft in Bayern“. Das Ergebnis werde neuen Projekten mit sauberer Energie einen Schub geben. Die Windenergieanlagen im Ebersberger Forst werden ein Fünftel aller Haushalte in Kreis Ebersberg mit regenerativer Energie versorgen. Zudem können die Bürger und Kommunen in die Anlagen investieren und an der Wertschöpfung beteiligt werden. Aiwanger: „Energie-wende mit Wertschöpfung vor Ort, das ist der richtige Weg. Unsere Windkümmerer stehen bereit, um neue Energieprojekte zu unterstützen.“

Erneut hat sich der Freistaat zudem für die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingesetzt. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier wandte sich Aiwanger gegen „deutlich überzogene Anforderungen der EU-Taxonomie an gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen“. Bayerns Energeminister bat den Bundeswirtschaftsminister nachdrücklich, dass die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel geltend macht, damit die Anforderungen angepasst werden.

Wie Aiwanger hervorhob, „ist Kraft-Wärme-Kopplung ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgungssicherheit im Rahmen der Energiewende. Sie schließt aktuell die Lücke in der Energieerzeugung, die der Atom- und Kohleausstieg verursacht. Investitionen in KWK-Anlagen sind daher dringend notwendig. Dafür ist Planungssicherheit für Investoren, Anlagenhersteller und Betreiber besonders wichtig.“ Überzogene Anforderungen an CO₂-Grenzwerte für gasbetriebene Kraftwerke und KWK-Anlagen seien kontraproduktiv. Anlagen, die mittelfristig mit Wasserstoff CO₂-neutral betrieben werden, müssten als nachhaltig klassifiziert werden.

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft gibt es in Bayern insgesamt 8.325 öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Von Dezember 2019 bis Februar 2021 ist diese Zahl außerdem um 47 Prozent gestiegen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat seit 2017 mit einem eigenen Förderprogramm die Einrichtung öffentlicher Ladestellen finanziell unterstützt. Mit den fünf Förderaufrufen konnte der Aufbau von gut 2.100 Ladesäulen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 28 Millionen Euro unterstützt werden.

Nach Aiwangers Worten „bringt

unser bayerisches Förderprogramm einen großen Mehrwert. Seit Ende 2018 sind mit 22,7 Millionen Euro rund 1.600 neue Ladepunkte entstanden. Bis Ende 2023 investieren wir mit der Hightech Agenda weitere 15 Millionen Euro für den Ausbau der Ladestationen. Ein weiterer Impuls kommt aus unserem Kompetenzzentrum Elektromobilität: Hier erhalten Unternehmen, Politik und öffentliche Verwaltung Beratung und Hilfe aus erster Hand. Ein praktisches Tool für die Autofahrerinnen und Autofahrer ist schließlich der von uns geförderte Ladeatlas Bayern. Hier sind alle öffentlichen Ladestationen nahezu vollständig eingezeichnet. Andere reden, wir handeln, deshalb weisen wir auf unsere großen Fortschritte beim Ausbau der Elektromobilität hin und treiben gleichzeitig auch Wasserstoff voran. Meine Devise ist, das eine zu tun ohne das andere zu lassen.“

Holzbau hat Zukunft

Gemeinsam mit Forstministerin Michaela Kaniber hat sich der bayerische Energeminister zudem für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen. Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO₂-Speicher Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern.“

Gerade im Bereich holzbasierter Bioökonomie gebe es große Potenziale für Bayern. Schließlich leiste der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und er öffne neue, innovative Perspektiven. „Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch umsetzen“, berichtete Aiwanger. **DK**

Naturstrom-Bezieher erhalten Rabatte auf Wallboxen

Jetzt noch Wallboxförderung sichern! Bis Ende August 2021 unterstützt die KfW den Kauf und Anschluss von Ladestationen für Elektroautos an privat genutzten Stellplätzen von Wohngebäuden. Der Zuschuss beträgt dabei 900 Euro pro Ladepunkt.

Wer Naturstrom Abensberg bezieht, erhält zusätzlich ab sofort einen Rabattgutschein in Höhe von fünf Prozent auf Ladepunkte des Partners „Energie-lösung“. Laut Andrea Kammermeier, bei den Stadtwerken Abensberg für das Naturstrom-Angebot zuständig, ist dies „ein weiterer, wichtiger Pluspunkt für unsere Kunden.“

Für Interessenten ist auf www.naturstrom-abensberg.de alles Wichtige aufgelistet: Einfach auf „Wallbox-Förderung“ (direkt

auf der Eröffnungsseite, rechts oben) klicken, dann geht's los.

Zu den geförderten Kosten gehören der Kaufpreis einer neuen Ladestation (z. B. Wallbox) mit 11 kW Ladeleistung und intelligenter Steuerung, die Kosten für Einbau und Anschluss der Ladestation inklusive aller Installationsarbeiten und die Kosten eines Energiemanagement-Systems zur Steuerung der Ladestation. Fragen beantworten Andrea Kammermeier und Marika Brandl, Stadtwerke Abensberg. **□**



V.l.: Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, Astrid Theimer, Mitarbeiterin der Bucherei, Karin Steck, Büchereileiterin, und Helmut Kaumeier, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben. Bild: Guido Königer/erdgas schwaben

1.000 Euro für Illertisser Leseratten

erdgas schwaben spendet für Stadtbücherei St. Martin

Neuen Lesestoff für kleine und große Leseratten konnte Karin Steck einkaufen. Steck ist die Leiterin der Stadtbücherei St. Martin in Illertissen. Denn erdgas schwaben hatte 1.000 Euro gespendet, und dafür gibt's jetzt neue Kinder- und Bilderbücher, Spiele, DVDs und CDs, außerdem Sachbücher und Romane.

„Unsere Bücherei ist bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sehr beliebt“, sagte Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister in Illertissen, bei der offiziellen Spendenübergabe. „Zugang zu Bildung, spielerischer Wissensvermittlung und zum Lesevergnügen sind mir auch persönlich ein Anliegen. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass unsere Stadtbücherei von erdgas schwaben unterstützt wird und ihr Angebot erweitern kann.“

erdgas schwaben unterstützt vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

erdgas schwaben ist den Menschen in der Region seit mehr als 150 Jahren eng verbunden und übernimmt als Unternehmen soziale Verantwortung. „Im Mittelpunkt stehen

dabei vor allem Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche unterstützen – wie Büchereien“, betont Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bildung, sondern spielen auch eine große Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche.“

Information erdgas schwaben

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an mehr als 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 24 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. **□**

Klimaneutrales Bayern:

Die Fläche dafür ist da!

Klimaneutralität schon in 20 bis 30 Jahren für Bayern und Deutschland: So lautet das inzwischen äußerst ambitionierte Ziel der politischen Entscheidungsträger in München und Berlin. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW hat die Situation der Flächenverfügbarkeit für Erneuerbare Energien in Bayern von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) erneut untersuchen lassen. „Es besteht in unserem Flächenland Bayern noch ein großes Potenzial für die Nutzung Erneuerbarer Energien“, so VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer, „doch der Ausbau müsse in den nächsten 20 Jahren sechsmal schneller vorangehen als dies in den vergangenen 20 Jahren der Fall war.“

In einem Gedankenexperiment wurde der bayerische Endenergiebedarf im Jahr 2050 für Strom, Wärme und Verkehr gemäß dem FFE-Forschungsprojekt „eXtremOS“ hochgerechnet. In diesem Szenario wird ein großer Teil des Verkehrs- und Wärmesektors durch effizientere Stromwendungen ersetzt, so dass der Endenergiebedarf von heute 436 TWh auf 221 TWh im Jahr 2050 sinken kann. Diesen Energiebedarf gilt es erneuerbar zu decken, wenn man klimaneutral sein will. Rein fiktiv wurde dafür angenommen, dass der gesamte Erneuerbare Energien gedeckt wird.

Szenario 100 % Windenergie

Bayern verfügt über eine Fläche von 70.550 km². In einer ersten Betrachtung wurde berechnet, welcher Flächenbedarf bei der Versorgung mit einem einzigen Erneuerbaren Energieträger zu erwarten wäre. Die theoretische Betrachtung einer Versorgung mit „100 % Windenergie“ würde 4.864 km² Fläche erfordern, was jedoch mit den derzeit ausgewiesenen Flächen für die Windenergie und einer Verschärfung durch die 10H-Abstandsregelung deutlich über dem derzeit nutzbaren Potenzial liegt.

In einem Szenario „100 % Solarenergie“ werden 1.693 km² Fläche benötigt, die in Form von Dach- und Freiflächen-PV-Anlagen in Bayern auch leicht verfügbar wären, jedoch gleichzeitig einen erheblichen Speicheraufbau verlangen würden. Wesentlich flächenintensiver als Wind und Photovoltaik ist die

energetische Nutzung der Biomasse, die im 100 % Szenario 104.254 km² und damit mehr als die Gesamtfläche Bayerns erfordern würde. „Der Anbau von Pflanzen zur vorrangigen energetischen Nutzung wäre spätestens dann nicht mehr sinnvoll, wenn ausreichend Speichermöglichkeiten der volatil anfallenden Wind- und Sonnenenergie vorhanden sind“, zieht Detlef Fischer ein Zwischenfazit.

Szenario Energiemix

In einer weiteren Betrachtung wurde ein Energiemix bestimmt, mit dem Bayern klimaneutral versorgt werden kann. Dabei wurde ein Strommix aus Windstrom, Photovoltaik, Wasserkraft und Biomasse veranschlagt, zusätzlich noch Solarthermie, Geothermie und Biokraftstoffe für den Wärme- und Verkehrssektor. Ebenso wurde der Bedarf an Batterie- und Wasserstoffspeichern abgeschätzt.

Flächenpotenzial ausschöpfen

„Auch im ‚Szenario Energiemix‘ sieht man, dass in Bayern die Fläche für eine Energieversorgung mit 100 % Erneuerbaren vorhanden ist“, fasst der VBEW-Geschäftsführer die Studienergebnisse zusammen. „Gerade beim Windstrom ist es aber auch die Aufgabe der Politik, das Flächenpotenzial nicht wie heute durch einengende Vorgaben künstlich niedrig zu halten, denn ohne Windstrom wird die Energiewende auch in Bayern nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand funktionieren“, so Detlef Fischer. **□**



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas –
100 % CO₂-neutral



Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

Stromleitungen tauchen unter der Isar ab

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat auf der Baustelle am Isarufer in Plattling die laufenden Maßnahmen zur Stärkung des regionalen Verteilnetzes in der Region vorgestellt. Insgesamt fließen rund 4,7 Millionen Euro in neue Mittelspannungsverbindungen mit einer Länge von etwa 18 Kilometern. Zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien setzt die Firma Streicher als Baupartner erstmals in Bayern eine vollkommen neue Technik ein, um die Isar zu unterqueren.

Die Spülbohrung ist Teil einer gesamtheitlichen Aufwertung des regionalen Verteilnetzes in Plattling und Umgebung. „In mehreren Bauabschnitten verlegen wir zwischen dem Umspannwerk in der Nelkenstraße und Breinfeld auf der anderen Isar-Seite zusammen mit den Stadtwerken und lokalen Partnern rund 18 Kilometer Mittelspannungskabel. Ein erheblicher Teil der Strecke wird in Rohren verlegt. Das erleichtert die spätere Instandhaltung und möglichen Reparaturaufwand“, sagte

Fabian Brunner, Netzbauleiter im Bayernwerk-Kundencentergebiet Vilshofen. Mit den neuen 20-Kilovolt-Leitungen wird die regionale Energieversorgung in Plattling zukunftssicher. In Ergänzung werden auf beiden Seiten der Isar zwei moderne Trafostationen installiert.

Bohranlage mit neuartiger Technik

„Die für die Installation der Versorgungsleitungen notwendigen

unterirdischen Rohre werden in den Teilbereichen, bei denen keine offene Bauweise mit einem Rohrgraben möglich ist, im sogenannten Horizontalspülbohrverfahren verlegt“, erklärte Boris Böhm von der Firma Streicher. Das in Plattling eingesetzte Spezialgerät bohrt in bis zu 20 Meter Tiefe unter der Isar einen rund 500 Meter langen Bohrkanal. Die Bohranlage ist die erste ihrer Art, die ohne ein Dieselaggregat, also direkt mit grünem Strom aus der Steckdose betrieben wird. Der Bohrer erfüllt mit einem Elektroantrieb höchste Anforderungen an Sicherheit, Umweltschutz und Effizienz.

Moderner Netznoten

Die Verbindung unter dem Fluss dient in Zukunft vor allem der Einspeisung und Verteilung der zunehmend vor Ort produzierten Sonnenenergie. „Mit der Verbesserung der örtlichen Netzinfrastruktur werden wir das Umspannwerk Plattling als modernen Netznoten zusätzlich auf, um regenerativ erzeugten Strom vor Ort besser aufzunehmen und Kunden vor Ort mit grünem Strom zu versorgen“, sagte Netz-

bauleiter Fabian Brunner. Insgesamt werden rund 4,7 Millionen Euro für den Netzausbau in Plattling aufgewendet.

Im gesamten Bayernwerk-Netzgebiet speisen mehr als 300.000 dezentrale Energieanlagen ins Netz ein. Die steigende Zahl der Anlagen und die wachsende Einspeisemenge sind eine große Herausforderung für den Netzbetrieb. Insbesondere der hohe PV-Anteil im regionalen Verteilnetz mit einem Schwerpunkt in Niederbayern führt bei starkem Sonnenschein dazu, dass die eingespeisten Strommengen den örtlichen Strombedarf deutlich übersteigen. Wenn in diesen Momenten die Kapazität im regionalen Verteilnetz zur Aufnahme des PV-Stroms nicht ausreicht, muss überschüssiger Strom in die höhere Transportnetzebene abgegeben werden. Dazu ist eine leistungsstarke Netzstruktur und Umspannwerke als Schnittpunkte zwischen den unterschiedlichen Spannungsebenen erforderlich.

Beim bisherigen PV-Rekord in diesem Jahr im Bayernwerk-Netz wurden am 6. März knapp 6.000 Megawatt Sonnenstrom im Verteilnetz aufgenommen. Das entspricht der Leistung von etwa sieben konventionellen Kraftwerken. Rund die Hälfte konnte regional nicht verteilt und musste zum Transport in das nationale und internationale Übertragungsnetz abgegeben werden. □



Netzbau unter der Isar mit einem Spezialbohrer: Vertreter von der Bayernwerk Netz, der Firma Streicher und der Stadtwerke in Plattling auf der Baustelle. Zur Stärkung des Stromnetzes in Plattling und zur künftigen Integration erneuerbarer Energien werden Leitungen unter der Isar verlegt.

Bild: Bayernwerk

Energie aus Wasserkraft ist im öffentlichen Interesse

VWB und LVBW fordern, energiewirtschaftliche Belange der Wasserkraft stärker zu berücksichtigen

Zwei aktuelle Anlässe untermauern einmal mehr, dass die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft grundsätzlich im öffentlichen Interesse steht und als solches in genehmigungsrechtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Ende April jährte sich das Reaktorunglück von Tschernobyl zum 35. Mal. Es erinnert daran, dass jede regenerativ erzeugte Kilowattstunde Strom den Bedarf an Energie aus Atomkraft und damit einhergehende Risiken verringert. Dazu kommt ein aktueller EU-Beschluss: Anstatt 40 Prozent soll der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 nun um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 in den EU-Staaten reduziert werden.

„Hierfür ist es sinnvoll und notwendig, bestehende und bewährte Erneuerbare-Energien-Technologien zu nutzen“, appelliert Hermann Steinmaßl, Vorstand der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. „Das Potenzial von Wasserkraftanlagen, die stabil und zuverlässig CO₂-freien Strom liefern, sollte ausgeschöpft werden.“

Wie schon Gerichtsurteile, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, bestätigt haben, ist der Kleinwasserkraft ein „gewichtiges“ beziehungsweise „übergeordnetes“ öffentliches Interesse zuzubilligen. Die klimafreundliche Energiegewinnung ist im Interesse der Allgemeinheit (s.u. Link zum Fachaufsatz des Juristen Dr. Fabio Longo). So ist auch in dem Ende 2019 verabschiedeten Bayerischen Aktionsprogramm Energie der Bayerischen Staatsregierung ein „Träger öffentlicher Belange – Wasserkraft“ mit der dazugehörigen Bekanntmachung zur Berücksichtigung energiewirtschaftlicher Belange vorgesehen.

Konkrete Taten angemahnt

„Das begrüßen wir sehr, allerdings sollten dem Plan nun bald konkrete Taten folgen“, mahnt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. Besonders das Öffentliche Interesse für die Wasserkraft endlich festzuschreiben, ist von großer Bedeutung. „Die positiven Effekte der Wasserkraft – neben der klimaschonenden Stromerzeugung sind dies beispielsweise die Grund-

lastfähigkeit und der Hochwasserschutz – sollen endlich mit anderen Interessen auf Augenhöhe angemessen abgewogen werden.“

Sauberer Strom aus Wasserkraft anstatt Gefahren durch Atomenergie

Die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl sind bis heute nicht nur in der Region selbst, sondern auch in Bayern sichtbar. Einen Beweis hierfür liefert der Bayerische Jagdverband (BJV).

1986 waren die in die Atmosphäre gelangten radioaktiven Stoffe durch den Wind bis nach Europa gelangt und kontaminierten durch Niederschlag auch diverse Regionen in Bayern. Der BJV misst die radioaktive Belastung in einem Netz von Radiocäsium-Messstationen. „In den sogenannten Fallout-Regionen – englisch Atomstaub – sind Wildschweine bis heute radioaktiv belastet“, schreibt der Jagdverband in einer Pressemitteilung zum 35. Jahrestag von Tschernobyl. Er führt dies auf die Lebensgewohnheiten von Wildschweinen zurück. Sie suchen ihre Nahrung wie Pilze und Wurzeln im Boden.

„Der Jahrestag von Tschernobyl macht uns alljährlich auf die Risiken der Atomkraft aufmerksam – ein weiterer Appell, regenerativ erzeugten Strom zu nutzen“, resümiert Steinmaßl vom VWB. „Ein Öffentliches Interesse der Wasserkraft in Bayern ist in jeder Beziehung ein Schritt in die richtige Richtung!“ □



Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen klimafreundlich und zuverlässig Strom.

Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Bundestag empfiehlt „orangen“ Wasserstoff

Die Bundesregierung beschloss kürzlich eine Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften. Kern der Änderungsverordnung ist die Konkretisierung der EEG-Umlagebefreiung von grünem Wasserstoff. Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat neben grünem Wasserstoff nun auch eine Empfehlung für „orangen“ Wasserstoff ausgesprochen.

Künftig sollen kommunale Unternehmen auch Wasserstoff direkt aus Biomasse oder mit Strom aus Müllheizkraftwerken gewinnen dürfen. Damit verbessern die Parlamentarier den Regierungsentwurf für ein „Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasemissionsquote“.

Darüber hinaus können kommunale Unternehmen auch fossile Primärtreibstoffe durch „orangen Wasserstoff“ ersetzen und damit ihren immer weiter wachsenden Fuhrpark aus Nutzfahrzeugen wie Bussen, Abfallsammelfahrzeugen, Großkehrmaschinen oder LKW mit klimafreundlichen Brennstoffzellen auch gleich noch mit „regionalem Kraftstoff“ betanken.

Zudem sind Biogas und Wasserstoff Energiespeicher, die mehr Flexibilität in das Energiesystem bringen: Ihre Erzeugung und Nutzung als Speicher kann einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, um die Stromnetze zu stabilisieren.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing begrüßt die Entscheidung des Umweltausschusses: „Oranger Wasserstoff ist, wie grüner, eine wichtige Chance für den Klimaschutz – gerade im Verkehrssektor, der bei dieser Generationenaufgabe noch

hinterherfährt. Damit verbessert die Koalition den Gesetzesentwurf erheblich und gibt dem Klimaschutz im Verkehrssektor neuen Schub.“

Für klimaneutrale Kommunen würden sektorübergreifende Strategien benötigt, die offen für neue Technologien sind und auf Pragmatismus statt Denkverbote setzen, so Liebing. „Die neuen Klimaziele erreichen wir nur, wenn wir alle lokalen Potenziale für eine klimaschonende Energieversorgung heben: auch jenes von Wasserstoff, der aus Strom bei der thermischen Abfallverwertung oder direkt aus Biomasse entsteht.“ Der Bundestag könne kommunalen Unternehmen nun die nötige Rechts- und Planungssicherheit geben, um verstärkt in die lokale Wasserstoffproduktion zu investieren. Dabei müssten unbedingt verschiedene Formen von dekarbonisiertem bzw. CO₂-freiem Wasserstoff genutzt werden können.

Details soll eine Verordnung regeln, an der das Parlament beteiligt wird. Auch soll das Regelwerk alle zwei Jahre evaluiert werden. Beides ist aus VKU-Sicht sinnvoll: Der Bundestag berücksichtige damit sowohl die gesellschaftliche Bedeutung als auch den raschen technologischen Fortschritt. DK

VERBUND AG:

Wasserkrafterzeugung unter Vorjahresniveau

Aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Stromerzeugung aus Wasserkraft, die auf eine niedrigere Wasserführung zurückzuführen ist, ist das Ergebnis der österreichischen VERBUND AG im ersten Quartal leicht rückläufig. Die für ihr Geschäft maßgeblichen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich dagegen in den vergangenen Monaten trotz COVID-19-Krise weiter verbessert.

So erhöhten sich die Großhandelspreise für Strom, ein wesentlicher Werttreiber für die Geschäftsentwicklung von VERBUND, aufgrund der steigenden Preise für CO₂-Zertifikate. „Das starke Bekenntnis der EU-Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Dekarbonisierung des Energiesystems wirkt dabei unterstützend“, heißt es einer Mitteilung des Energieversorgers. Diese positive Entwicklung unterstütze das Geschäftsmodell von VERBUND „und ermöglicht uns ein ambitioniertes und nachhaltiges Investitionsprogramm in den kommenden drei Jahren umzusetzen“.

Der Schwerpunkt der Investitionen liege unter anderem im weiteren Ausbau der heimischen Wasserkrafterzeugung und im Ausbau der neuen, erneuerbaren Stromproduktion. Zudem wür-

den neue Anwendungsfelder besetzt, die maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in den kommenden Jahren beitragen. Dies betreffe beispielhaft die Entwicklung eines grünen Wasserstoffsystems, die Forcierung der Elektromobilität und die Entwicklung von Speichersystemen.

Der Erzeugungskoeffizient der Laufwasserkraftwerke betrug im ersten Quartal 2021 0,99 und lag damit um 1 Prozentpunkt unter dem langjährigen Durchschnitt und um 10 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Auch die Erzeugung der Jahresspeicherkraftwerke war im Quartal 1/2021 marktbedingt deutlich rückläufig. Insgesamt lag die Erzeugung aus Wasserkraft um 11,2 % unter dem Vorjahresniveau.

Positiv auf die Ergebnisentwicklung wirkten hingegen die deutlich gestiegenen Spotmarktpreise auf dem Großhandelsmarkt für Strom. Die Terminmarktpreise waren im relevanten Betrachtungszeitraum hingegen rückläufig. Der erzielte durchschnittliche Absatzpreis im Bereich der Eigenerzeugung aus Wasserkraft konnte um insgesamt 1,7 Euro/MWh auf 47,6 Euro/MWh gesteigert werden.

Ein wichtiger Umsetzungsschritt der VERBUND-Strategie war der Beschluss zur Umsetzung der Projekte Limberg III mit einer Leistung von 480 MW in Salzburg sowie Reißbeck2+ mit einer Leistung von 45 MW in Kärnten. VERBUND investiert mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Bau beider Projekte. Neben der besonderen energiewirtschaftlichen Bedeutung für eine nachhaltige und sichere Stromversorgung stellt die Umsetzung nach eigenen Angaben „auch einen gewaltigen Schub für die heimische Wirtschaft dar, um die COVID-19-bedingte Wirtschaftskrise zu überwinden“. DK

17.-18. JUNI 2021

PACKEN WIR ES AN!

DIGITALE BAYERISCHE NACHHALTIGKEITS KONFERENZ

PODIUMSDISKUSSION • WORKSHOPS • NACHHALTIGKEITSMESSE • NETWORKING


 Christian Berg


 Antje von Dewitz


 Harald Lesch


 Gabriele C. Klug


 Ludwig Hartmann


 Fabia Klein

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

ANMELDUNG UND INFOS UNTER WWW.NACHHALTIGES.BAYERN

Nahwärmenetz Trabit:

Heizöl war gestern

Die Bürger-Energiegenossenschaft West und die NEW – Neue Energien West eG aus Grafenwöhr haben in der Oberpfälzer Gemeinde Trabit ein Nahwärmenetz realisiert. Anfangs waren die Bürger skeptisch – was sagen sie heute?

Das Örtchen Trabit liegt idyllisch zwischen Wiesen und Wäldern an den Ausläufern des Oberpfälzer Walds. Nur rund einen Kilometer entfernt, läuft im Ortsteil Blankenmühle eine Biogasanlage, die mit 1,8 Megawatt elektrisch installierter Leistung nicht nur Strom, sondern auch ausreichend Wärme produziert, um damit gut und gerne 70 Haushalte zu versorgen. Was liegt da näher, als das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden und die Trabitzer Häuser an die Heizzentrale der Biogasanlage in Blankenmühle anzuschließen? Früher bullerten in vielen Trabitzer Ein- und Zweifamilienhäusern alte Ölheizungen. Heute ist alles anders – zumindest was die Wärmeversorgung angeht. Ende 2019 ging das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz in Betrieb, das von der Bürger-Energiegenossenschaft West aus Grafenwöhr getragen wird. Seitdem kommt die Energie für Heizung und Warmwasser von der Biogasanlage – klimafreundlich und zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen. Rund 384.000 Liter Heizöl sparen die Trabitzer auf diese Weise jährlich ein.

Mittlerweile ist das Nahwärmenetz Trabit den zweiten Winter in Betrieb und funktioniert auch bei frostigen Temperaturen tadellos, wie in diesem Februar bei weit unter minus zehn Grad. „In ihrem ersten strengen Winter hat die Anlage ihren Härtestest bestanden, sie funktioniert zu 100 Prozent. Alle Abnehmer konnten zuverlässig mit Wärme versorgt werden. Wir haben sogar noch Kapazitäten, das hat sich gerade in dieser Kälteperiode gezeigt“, sagt Udo Greim, der zusammen

mit Johann Mayer sowohl der Bürger-Energiegenossenschaft West eG vorsteht als auch die Geschäfte der Nahwärmenetz Trabit GmbH führt.

Genossenschaftliche Nahwärme immer beliebter

In Trabit kam das Nahwärmenetz für viele Hausbesitzer rechtzeitig. Sie hätten ohnehin in absehbarer Zeit ihre alten Ölheizkessel für teures Geld gegen moderne Anlagen ersetzen müssen. §72 des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) schreibt vor, dass mit Öl oder Gas betriebene Heizkessel, die ab 1991 in Betrieb genommen worden sind, spätestens nach 30 Jahren ausgetauscht werden müssen.

Mit dem Nahwärmenetz hat sich der Austausch der Heizkessel erledigt. Die alten Anlagen mit den raumgreifenden Öltanks wurden ausgebaut. Stattdessen wurden in den Trabitzer Häusern eine Übergabestation für die Nahwärme und ein Pufferspeicher mit 1.000 Liter Volumen installiert. Sie benötigen zusammen in etwa so viel Platz wie vorher die Heizung ohne Tank. Die Geruchsbelästigung durch Heizöl und der Lärm des Ölbrenners gehören seitdem der Vergangenheit an. Abgesehen davon gewinnen die Hausbewohner einen ganzen Raum, weil es keinen Heizöltank mehr gibt. „Für die Bürger ist das bequem. Sie müssen nicht mehr daran denken, rechtzeitig vor dem Winter Heizöl zu kaufen, und sie brauchen auch keinen Kaminkehrer mehr“, ergänzt Vorstand Udo Greim. Auch die Anfang des Jahres eingeführte CO₂-Steuer auf Heizöl mit einem Preisaufschlag von rund acht Cent

pro Liter in 2021 lässt die Trabitzer kalt.

Stattdessen zahlen die Abnehmer brutto pro Monat einen Grundpreis von 30 Euro und einen Arbeitspreis von sechs Cent pro Kilowattstunde (kWh). Für den Wärmemengenzähler fallen noch einmal 50 Euro pro Jahr an. Wer bis zu einem Stichtag kurz vor Baubeginn im Frühjahr 2019 den Vertrag unterschrieben hatte, dem berechnete die Nahwärmenetz Trabit GmbH & Co. KG einen vergünstigten Anschlusspreis von 5.000 Euro. Eine neue Heizung wäre die Hausbesitzer sowohl bei der Investition als auch bei den Heizkosten ziemlich sicher teurer gekommen. Grob geschätzt müssten Hausbesitzer beim Betrieb einer Ölheizung im Jahresdurchschnitt mit rund 150 Euro Heizkosten pro Monat rechnen – die Wartung nicht inbegriffen. „Mit unserer Nahwärme fahren die Anschlussnehmer sehr günstig“, sagt Bernhard Schmidt. Der Geschäftsführer der NEW eG ist beim Betrieb des Nahwärmenetzes neben Greim und Mayer federführend.

Anfangs große Zurückhaltung bei den Bürgern

Trotzdem rannten Greim, Mayer und Schmidt beileibe keine offenen Türen bei den Trabitern ein. „Am Anfang war die Zurückhaltung sehr groß, obwohl sich Bürgermeisterin Carmen Pepiuk von Beginn an sehr für das Projekt starkgemacht hat. Viele hatten Bedenken, weil die Verträge über zehn Jahre laufen“, berichtet Greim. In den Verträgen ist auf der Basis von Indexwerten bis ins Detail geregelt, wie sich die Preise für die Nahwärme gestalten. Das Sorge zwar für Transparenz, lasse aber keinen Spielraum für Verhandlungen zu, sagt Greim. „Sobald die Verträge unterschrieben

sind, gibt es keine Möglichkeit mehr, wie beim Heizöl die Preise bei mehreren Händlern zu vergleichen, um dann beim günstigsten Angebot zuzuschlagen.“ Das habe viele Hausbesitzer erst einmal zögern lassen.

Auf alle Fragen eine Antwort

Auf alle Fragen der Trabitzer hatten Greim, Mayer und Schmidt eine passende Antwort. Dank ausreichend großer Pufferspeicher in den Häusern und in der Heizzentrale muss niemand frieren, selbst wenn die Biogasanlage mal einen Tag lang keine Wärme liefert. Außerdem wurde ein Ölbrenner mit einem Megawatt Leistung als Reserve installiert, der im Notfall sofort einspringt. „Damit können wir bei Bedarf auch die Biogasanlage wieder auf Betriebstemperatur bringen, falls der mikrobiologische Vergärungsprozess im Fermenter einmal stoppen sollte“, sagt Greim. Die Hausbesitzer dürfen im Winter auch weiter ihren Kamin oder Kachelofen anschüren, solange diese auf das Jahr gerechnet nicht mehr als 30 Prozent des Gesamtwärmebedarfs decken.

Nicht zuletzt denken Greim, Mayer und Schmidt über den Tag hinaus, um die Wärmepreise langfristig stabil zu halten. Dabei spielte ihnen eine günstige Gelegenheit in die Hände: Die bisherigen Betreiber der Biogasanlage in Blankenmühle, die beiden Landwirte Markus Schreglmann und Gerhard Thurn sowie der Steuerberater Klaus Hars, boten die Anlage vor einigen Monaten zum Kauf an. „Da haben wir natürlich zugeschlagen. Das erhöht unsere Planungssicherheit“, sagt Schmidt. Ähnlich wie für das Nahwärmenetz wurde für den Betrieb der Biogasanla-



Symbolischer Spatenstich im Juli 2019: Die Bürger-Energiegenossenschaft West eG investierte insgesamt 1,9 Millionen Euro in das 6.600 Meter lange Nahwärmenetz Trabit.

Bild: Neue Energien West eG/Enerpipe GmbH

ge die Energiehof Blankenmühle GmbH & Co. KG gegründet, hinter der die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft West eG als Gesellschafter stehen. Die beiden Landwirte werden die Anlage weiterhin mit Biomasse versorgen und auch das Substrat nach der Vergärung abnehmen, um es auf ihren Feldern auszubringen.

Doch zurück ins Jahr 2019: Mit Unterstützung der Bürgermeisterin, viel Geduld und guten Argumenten gelang es Greim und seinen Mitstreitern, bei den Trabitern Bürgern Vertrauen zu schaffen und immer mehr von ihnen von den Vorteilen der Nahwärme zu überzeugen. „Sobald die ersten unterschrieben haben, haben die anderen nachgezogen“, berichtet Greim. Ausschlag gebend war das Argument, dass die NEW eG und die Bürger-Energiegenossenschaft seit zehn Jahren ein verlässlicher Partner vor Ort sind und schon viele Projekte gestemmt haben. „Das offene, persönliche Gespräch mit den Bürgern ist ganz, ganz wichtig“, spricht Greim

aus Erfahrung. Dafür müsse jede Genossenschaft, die ein Nahwärmenetz plane, genügend Zeit einplanen – mindestens ein Jahr, besser sogar eineinhalb bis zwei Jahre. „Lieber einmal mehr mit den Hausbesitzern sprechen als einmal zu wenig. Sobald am Stammtisch falsche Informationen oder Gerüchte kursieren, bekommt man die ganz schwer wieder eingefangen.“

Letztendlich lief aber alles reibungslos und zur vollsten Zufriedenheit von Bürgermeisterin Carmen Pepiuk. „Ich habe bisher keine einzige negative Meldung von den Bürgern vernommen. Ich bin sehr dankbar, dass wir das Nahwärmenetz zusammen mit der Bürger-Energiegenossenschaft realisieren durften. Das war ein richtiger Schritt, einfach eine tolle Sache“, lobt Pepiuk. Sie kann sich vorstellen, das Nahwärmenetz zu erweitern oder mit der Genossenschaft weitere Nahwärmenetze in anderen Ortsteilen zu realisieren. Pepiuk: „Die Bürger dort scharren schon mit den Hufen.“ □

Prof. Dr. Siegfried Balleis:

Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft

Um den Klimawandel abzumildern und die Umweltzerstörung zu stoppen, ist ein Kurswechsel dringend erforderlich. Unter dem Titel „Wasserstoff – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft“ beschreibt Prof. Dr. Siegfried Balleis, Honorarprofessor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, und Oberbürgermeister a.D. der Stadt Erlangen, wie die Transformation in Teilen gelingen kann. Der nachfolgende, redaktionell stark gekürzte Beitrag ist Teil der HSS-Publikation „Bekanntnisse zur Verantwortung für die Umwelt“, herausgegeben von Markus Ferber und Henning Kaul. Darin beschreiben Politiker, Wissenschaftler, Vertreter aus Wirtschaft und Kirche, wie sie Verantwortung übernehmen.

In der seit Jahren andauernden Diskussion um die Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide in 90 deutschen Städten wird immer stärker der Ruf nach einer Verkehrswende laut. Dabei wird immer deutlicher gefordert, möglichst regenerative Energiearten zur Anwendung zu bringen. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht dabei das Thema Elektromobilität, das von der Bundesregierung sehr stark vorangetrieben wird.

Leider wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Einsatz der Wasserstofftechnologie bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei könnte der Einsatz von Wasserstoff ein wichtiges Element der Sektorkopplung zwischen Energiewende einerseits und Verkehrswende andererseits darstellen. Viele sehen im Aufbau einer funktionsfähigen Wasserstoffwirtschaft sogar den Schlüssel zu einer Dekarbonisierung unserer Wirtschaft insgesamt.

Der Einsatz des Wasserstoffs im Bereich der Mobilität ist keine brandneue Innovation, sondern hat in Deutschland bereits eine gewisse, allerdings überschaubare Tradition. So hat beispielsweise BMW bereits vor 20

Jahren die Wasserstofftechnologie bei Fahrzeugen eingesetzt und auch in der Stadt Erlangen ist bereits 1996 ein Bus mit Wasserstoffantrieb ein halbes Jahr ohne Probleme im Linienbetrieb unterwegs gewesen. Allerdings wurde damals der Wasserstoff in einem Verbrennungsmotor eingesetzt. Aber bereits fünf Jahre später hat man auch einen Brennstoffzellenbus sechs Wochen lang in Erlangen im Linienbetrieb ohne Probleme getestet.

Der enorme Vorteil dieser Technologie besteht darin, dass sie absolut emissionsfrei ist, da als „Verbrennungsprodukt“ des Wasserstoffs mit Luft bzw. Sauerstoff nur Wasserdampf entsteht. Im Gegensatz zur Elektromobilität, bei der ein enormer Ressourcenaufwand für die Herstellung der Batterien im Rahmen einer aufwendigen Lithiumgewinnung erforderlich ist, ist die Herstellung von Brennstoffzellen wesentlich günstiger und vor allen Dingen ist man dabei nicht von strategisch knappen Ressourcen wie Lithium abhängig.

Ein weiterer Vorteil des Einsatzes der Wasserstofftechnologie gegenüber der batteriebasierten Elektromobilität besteht hinsichtlich der Reichweite der mit dieser

Technologie angetriebenen Fahrzeuge. Während das Gewicht des zu transportierenden Wasserstoffs und der für den Antrieb benötigten Brennstoffzelle deutlich geringer ist als das Gewicht der heutigen Verbrennungsfahrzeuge, erfordert die Elektromobilität zur Erreichung von Reichweiten von 400 bis 500 km ein Batteriegewicht von nahezu einer halben Tonne, die quasi als „tote Last“ mitgeschleppt werden muss.

Dass die Wasserstofftechnologie aber auch unabhängig vom Thema Mobilität Einsatzfelder hat, wurde bereits im Jahr 2016 gezeigt, als die erste netzgebundene LOHC-Wasserstoff-basierte Stromspeicheranlage in Betrieb genommen wurde. Dieses System bietet die Möglichkeit der Langzeitspeicherung und kann ebenfalls als Kurzzeitspeicher genutzt werden.

Mit der Veröffentlichung der bayerischen Wasserstoffstrategie durch die Bayerische Staatsregierung am 29. Mai 2020 hat der Freistaat Bayern bereits im Frühsommer 2020 ein klares Bekenntnis zur Wasserstoffwirtschaft abgelegt. Damit ist er seiner Pionierrolle im Bereich Umwelt treu geblieben, zumal Bayern bereits 1970 weltweit das erste Umweltministerium installiert hat. Somit kann man mit Fug und Recht feststellen, dass der Freistaat Bayern zur umweltpolitischen Avantgarde zählt. Dies hat er u. a. auch dadurch bewiesen, dass er bereits im Spätsommer 2019 das Bayerische Wasserstoffzentrum in Nürnberg errichtet hat.

Der komplette Beitrag ist unter <https://t1p.de/2wk9> abrufbar. DK

Für den Bürgerenergiepreis 2021 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayerwerk.de/buergerenergiepreis



bayerwerk





Vorher – nachher: In nur einem Tag wurde die Verkehrsfläche wieder hergestellt. Nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg für den Verkehr ohne Einschränkungen freigegeben. □

Panmax Tour 2021:

Straßensanierung mit Nanotechnologie

GZ vor Ort bei Informationstag in Gilching

Mit steigenden Temperaturen werden auch die Tiefbauer wieder aktiv. Die Panmax GmbH mit Sitz im oberbayerischen Lengdorf eröffnete im April die Saison mit vier Straßensanierungen in Tuntzenhausen, Buxheim, Gilching und Rohrdorf. Dabei kam eine besonders umweltschonende Sanierung, nämlich die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement, zum Einsatz. Im Rahmen eines Ortstermins in der Gemeinde Gilching (Landkreis Starnberg) konnte sich die Bayerische Gemeindezeitung davon überzeugen, wie dieses intelligente Verfahren durchgeführt wird.

Konkret lautete die Herausforderung, den beliebten Krautgartenweg in kürzester Zeit auf Vordermann zu bringen. Der nicht ausreichend tragfähige Unterbau der Straße befand sich laut Panmax-Geschäftsführer Andreas M. Paulus in einem desolaten Zustand, weshalb bereits einen Tag vor den Hauptarbeiten ein Vorfräsen erforderlich wurde. Wochen zuvor waren bereits Bodenproben entnommen worden, um damit das exakte Mixverhältnis von Bodenmaterial, Zement und Nanopolymer festzulegen.

Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag

Nach dem Vorfräsgang, der bei zu großen Niveauunterschieden der Wegoberfläche gewählt wird, wurde mittels eines Graders die Feinplanie hergestellt. Ein Streuwagen brachte nun die vorher genau festgelegte Menge Zement auf. In einem weiteren Arbeitsschritt wurde die Fräse mit einem Tankwagen verbunden. Sie saugte die Wasser-Polymer-Mischung aus dem Vorratsbehälter und spritzte diese direkt über eine Einspritzvorrichtung in die Fräskammer. Mit der

dadurch entstandenen homogenen Masse wurde eine Gräderplanie mit der festgelegten Neigung zur Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt.

Im Anschluss wurde die Fläche mittels einer Walze verdichtet. Danach folgte der Auftrag des Verdunstungsschutzes, der eine gleichmäßige Hydratation der gesamten Tragschichtdicke gewährt. Durch Beigabe des Nanopolymers ist ein Entspannungswalzen oder Kerben nicht notwendig. So kann direkt auf die Tragschicht asphaltiert werden. Der bituminöse Verdunstungsschutz dient gleichzeitig als Haftgrund für den Asphalt. Asphalt und Nanopolymer-Zementstabilisierung nehmen als Trägerpaket die Verkehrslasten auf.

Die Techniker von Panmax schafften die Wiederherstellung der Fläche in nur einem Tag, und nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit wurde der Weg wieder freigegeben.

Kostbare Ressource Boden

Boden ist wertvoll. Herkömmliche Bodenaustauschverfahren, so Paulus, seien zwar gängig, aber teuer und vor allem nicht ressourcenschonend. Bei der

Sanierung mittels Tragschichtverfestigung mit Nanopolymer könne neben den weitaus geringeren Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Methode die Bauzeit erheblich verringert werden. Die Anwohner hätten somit kaum Einschränkungen zu befürchten.

Längere Lebensdauer bessere Qualität

Auch werde eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Straßen erreicht, da der neue Belag eine gesteigerte Tragfähigkeit, eine verbesserte Elastizität sowie eine hohe Frost- bzw. Taubeständigkeit aufweise. „Selbst kontaminierte Böden können verarbeitet werden“, fügte der Geschäftsführer hinzu. Das Produkt, ökologisch unbedenklich, weil frei von Mikroplastik, könne auch in Umweltschutzzonen eingesetzt werden.

Einsatz in Kommunen

Da sich das Know-how von Panmax vor allem für den kommunalen Bereich empfiehlt, setzen bereits zahlreiche Gemeinden auf diese nachhaltige Art der Restaurierung von Belägen auf Autostraßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen. Durchaus denkbar wäre es Paulus zufolge aber auch, Auto- oder gar Landbahnen entsprechend zu sanieren.

Mit der Bernegger GmbH, die in Gilching die Bodenstabilisierung vornahm, verfügt die Panmax GmbH nach Angaben ihres Geschäftsführers über einen „äußerst zuverlässigen und gewissenhaften Partner“. Bereits seit 1990 hat das oberösterreichische Unternehmen Erfahrung im Bereich des alternativen Straßenbaus und gilt als Wegbereiter auf dem Gebiet intelligenter Sanierungsverfahrens. DK

Städte zum Wohlfühlen – Corona als Chance?

Aufgrund der bayerischen Städtebauförderung hat sich das Image einzelner Stadtviertel positiv gewandelt. Jetzt sollen sich mithilfe eines Sonderfonds von 100 Millionen Euro Bayerns Innenstädte – teils von der Corona-Pandemie schwer getroffen – zu „Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter“ wandeln. Auf einem Spaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer Erfolgskriterien für eine Wiederbelebung der Ortskerne. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte die kurzen Fristen für die Beantragung der Förderungen.

Kommunen ab 2000 Einwohnern können sich bis zum 10. Juni um eine Förderung bewerben, etwa für „Innenstadtmanagement“ oder auch konkret für die vorübergehende Anmietung leerstehender Räumlichkeiten durch die Gemeinde, die von dieser dann verbilligt weitervermietet werden können. Auf einem Stadtpaziergang durch Haidhausen demonstrierte Bauministerin Kerstin Schreyer das Ziel der Fördermaßnahmen aus dem neuen Sonderfonds: „Es geht darum, die Menschen wieder zurück in die Geschäfte zu bringen.“ Gefragt seien Ideen, um Ortszentren zu Erlebnis- und Wohlfühlorten mit Freizeitcharakter zu machen.

Städtebauförderung fördert Attraktivität

Haidhausen wird inzwischen als einer der attraktivsten Stadtteile Münchens angesehen. Das war noch vor einigen Jahrzehnten bei Weitem nicht so. Ein Grund für den Wandel ist u. a. die bayerische Städtebauförderung: Von den 1970er bis in die 1990er Jahre sind 57 Millionen Euro von Freistaat und Bund nach München-Haidhausen geflossen. Schreyer macht sich bei einer Führung durch den Stadtteil ein Bild von den Erfolgen der Städtebauförderung: „Corona und der Lockdown haben unsere Innenstädte schwer getroffen. Jetzt sind wir als Bauministerium gefragt. Denn wir

wissen, wie man Ortskerne ertrüchtigt. Hier in Haidhausen sehen wir, wie gut das funktionieren kann. Das Geld wurde eingesetzt, um Wohnen und Arbeiten, Freizeit und Handel in eine gute Balance zu bringen. Wenn wir jetzt weiter klug und vorausschauend handeln, wird Corona vielleicht sogar zu einer Chance, um unsere Innenstädte und Ortskerne neu zu beleben.“

Was ist in Haidhausen passiert?

Die städtebauliche Sanierung von München-Haidhausen war ab dem Jahr 1971 einer der ersten Schwerpunkte der bayerischen Städtebauförderung. Mit den staatlichen Zuschüssen ist eine nachhaltig positive Gestaltung des Stadtteils gelungen. So sind in Haidhausen zum Beispiel 20 soziale und kulturelle Einrichtungen und 16 Ateliers für bildende Künstler neu geschaffen worden. Im ehemaligen Tröplerbad in der Schlossstraße ist heute eine Kindertagesstätte untergebracht. Schreyer zeigte sich von der kleinteiligen Gebäudestruktur beeindruckt: Kleine Läden, Cafés und Handwerksbetriebe machen das Viertel lebendig. Und trotz der engen Bebauung gibt es Grünflächen und viele Bäume – was mitunter das Verkehrskonzept erlaubt. Autos finden Platz in Quartiersgaragen. Bepflanzte Höfe bieten Möglichkeiten, sich innerhalb der Nachbarschaft auszutauschen und so „Orte der

Gemeinschaft“ zu werden. „Wir wollen keine Blaupause, sondern die bayerischen Innenstädte und Ortskerne mit ihren eigenen Besonderheiten stärken. Das Beispiel München-Haidhausen zeigt: Die Städtebauförderung ist ein Erfolgsmodell, mit dem wir passgenaue und nachhaltige Verbesserungen vor Ort schaffen können.“ Das Bauministerium unterstützt außerdem den Austausch zwischen den Kommunen mit der neuen Internetseite www.innenstaedte-beleben.bayern.de. Dort sind Informationen über die Fördermöglichkeiten abrufbar und es können Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden.

Kritik an Großstadt-Fixiertheit

Annette Karl, wirtschaftspolitische Sprecherin der Bayern-SPD-Landtagsfraktion, kritisiert die Großstadt-Fixiertheit der Staatsregierung. „Wie üblich sind kleine und mittlere Städte im Nachteil – jetzt auch bei der Innenstadtförderung“, sagte Karl. „Hierbei ist die Frist für die Beantragung der Fördermittel für kleinere Kommunen viel zu kurz und kaum einzuhalten. Wir brauchen mindestens eine zweistufige Deadline, damit auch kleinere Städte eine Chance haben!“ Als weiteren Kritikpunkt nannte Karl, dass die Mittel für die durch Corona gebeutelten Innenstädte nicht aus dem Corona-Sonderfonds kämen. Sie seien nur eine Umwidmung von Mitteln, die auch noch unlängst gekürzt wurden, erklärte Karl. Natascha Köhnen, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion, forderte eine unbefristete Beschäftigung von City-Managern zur langfristigen Innenstadtlebung in den Kommunen. red

Offenes Programm zum guten Bauen

Das übergreifende Vorzeigeprojekt Baukulturregion Alpenvorland gewinnt an Fahrt

In der Baukulturregion Alpenvorland haben sich die drei bayerischen Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim mit den acht Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Dietramszell, Gmund, Holzkirchen, Kiefersfelden, Neubeuern und Samerberg zusammengeschlossen, um die Baukultur auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, eine Vorzeigeregion für gutes Bauen zu werden – der ersten im ganzen Bundesgebiet.

Pandemiebedingt mussten die ursprünglichen Vorhaben in den digitalen Raum umgeleitet werden. Das Projekt hat Fahrt aufgenommen. Steigende Teilnehmerzahlen bestätigen das wachsende Interesse. Baukultur ist ein breit angelegtes Feld des „guten Lebens“ in all seinen Facetten. Die Themenvielfalt der jüngsten Vorträge war immens: Wie man Leerstand in der Landwirtschaft begegnet und in landwirtschaftlichen Gebäuden zeitgemäß wohnen kann wurde ebenso erörtert, wie die Frage wie man als Gemeinde Leerstand aktivieren kann. Es gab Beispiele für gutes Bauen in der Region und einen virtuellen Stadtrundgang durch Memmingen. Gemeinsam besuchte man einen Film und anschließend die digitale Bar zu Diskussion und Ausklang.

Gutes Bauen ist Vielfalt

In den acht Projektgemeinden wird aber auch hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. Da geht es um Themen, die sehr viele Menschen betreffen. Etwa um gutes und bezahlbares Wohnen (Gmund, Bad Aibling), um starke, lebendige und grüne Ortszentren (Neubeuern, Kiefersfelden), darüber, wie man übers Bauen redet (Bad Feilnbach), darüber, wie man die Leute ein-

bindet (Dietramszell), um einen pulsierenden öffentlichen Raum (Holzkirchen) und um Tourismus, der gut für den Ort ist (Samerberg). Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne über diese Themen entscheiden, sondern Baukultur zum Thema für alle wird, die mitmachen wollen.

Baukultur ist dann erfolgreich, wenn es ein Zusammenspiel gibt: Erstens von Bürgerinnen und Bürgern, die die Expert*innen für das Leben in ihren Gemeinden sind, zweitens von Gemeinderät*innen und Bürgermeister*innen, die einen Überblick über ihre ganze Kommune haben, und schließlich von Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen, die helfen, das umzusetzen, was die Gemeinden als Ergebnis eines breit angelegten Dialogs für zukunftsfähig halten.

Durchs Reden kommen die Leute zusammen

Was sind die Erkenntnisse nach den ersten Monaten? Es ist gut, wenn man miteinander redet und den eigenen Horizont erweitert – zum Beispiel beim regelmäßigen Baukultur-Stammtisch in Dietramszell, oder beim monatlichen Bürgermeister-Frühstück der acht teilnehmenden Gemeinden. Dabei muss nicht immer Einigkeit erzielt werden;

Vielfalt ist erlaubt! Das Thema betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur die Gemeindeämter. Bei den kommenden Online-Vorträgen geht es z.B. um neue Formen des Wohnens. Von guten Beispielen kann man lernen, kopieren funktioniert aber nicht – die Region muss ihren eigenen Weg finden und eine eigene Identität pflegen.

Schauen Sie vorbei!

Bis zum Projektabschluss Ende 2022 soll eine gemeinsame Baukulturstrategie erarbeitet werden, die in die Zukunft weist. Zu den kommenden Veranstaltungen wir herzlich eingeladen – etwa zur großen Baukulturwerkstatt am 05. Juli 2021 in Kolbermoor. Alle aktuellen Informationen und die Anmeldung zum Newsletter gibt es unter www.baukulturregion.de.

Factbox:

Das LEADER-Projekt „Baukulturregion Alpenvorland“ ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER). Das Projekt wird von der ARGE Baukultur konkret durchgeführt, die sich aus dem österreichischen Verein LandLuft, dem Büro für urbane Projekte aus Leipzig und der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft aus Alfter bei Bonn zusammensetzt. www.baukulturregion.de □

PANMAX-VERFAHREN
ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

LANGLEBIGER • SCHNELLER • TRAGFÄHIGER • GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Park & Ride-Anlage Martinsried für „Wissenschaftslinie“

Förderung durch den Freistaat Bayern / Vorbereitung für die U6-Verlängerung

Der Bau des Parkdecks am Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität in Martinsried hat begonnen. Nachdem bereits Ende März die ersten Bagger rollten, hat sich Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer gemeinsam mit Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler, dem Landrat des Landkreises München Christoph Göbel, dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Planegg Hermann Nafziger und dem Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft Dr. Dimitri Steinke bei einer Baustellenbesichtigung ein Bild vor Ort gemacht.

Schreyer: „Mit den Bauarbeiten für das Parkdeck gehen wir auch in die Vorbereitung für die Verlängerung der U6 nach Martinsried. Damit soll schon in etwa einem Jahr, nämlich Mitte 2022, begonnen werden. Das freut mich sehr und ist auch für unsere Studentinnen und Studenten mehr als praktisch: Denn mit der U6-Verlängerung binden wir das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie (IZB) und den Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität an. Und damit verbinden wir die Münchner Wissenschaftsstandorte im Norden und Süden.“

Das Parkdeck in Martinsried, einem Ortsteil der Gemeinde Planegg, umfasst zunächst 80 Parkplätze, die nach Inbetriebnahme der verlängerten U6-Linie zum Umstieg auf das U-Bahn-Netz genutzt werden können. Bei Bedarf ist eine Erweiterung um weitere 80 Stellplätze möglich. Das Parkdeck, dessen Fertigstellung für Herbst

2021 vorgesehen ist, wird über den bereits bestehenden Parkplatz der Ludwig-Maximilians-Universität gebaut. So kann die Neuversiegelung von freien Flächen verhindert werden.

Vernetzung ist das Schlagwort

Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Vernetzung ist das entscheidende Schlagwort für den Wissenschaftsbetrieb der Zukunft. Die U6 wird mit ihrem Ausbau nun vollends zur ‚Wissenschaftslinie‘: Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen in und um München rücken so noch näher zusammen. Mit der Anbindung an das Münchner U-Bahn-Netz kann der international renommierte Standort für Life-Science-Forschung seine volle Wirkung entfalten. Zugleich steigern wir so seine Attraktivität. Der Bau des Parkdecks ist ein erstes sichtbares Zeichen für den Fortschritt dieses Großprojekts. Allen Beteiligten, die für eine zügige Umsetzung an einem Strang ziehen, herzlichen Dank.“

Landrat Christoph Göbel: „Es freut mich, dass mit der aufwachsenden Baustelle des Parkdecks auch das U-Bahn-Projekt endlich nach außen hin sichtbar wird. Auch mit der U6-Verlängerung selbst geht es gut voran. Die Planunterlagen für den Tunnelbau sind bereits im Genehmigungsprozess. Das stimmt zuversichtlich, dass die derzeit geplante Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2025/2026 erfolgen und der erste Zug nach Martinsried rollen kann.“



V.l.: Planeggs Erster Bürgermeister Herrmann Nafziger, Wissenschaftsminister Bernd Sibler, Dr. Dimitri Steinke, Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft, Verkehrsministerin Kerstin Schreyer und Landrat Christoph Göbel. Bild: StMB

Projekt Stadtimpulse:

Wirtschaftsministerium fördert „Best-Practice“-Datenbank

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert eine „Best-Practice“-Datenbank zur Belebung der Innenstädte nach der Pandemie. Das Projekt mit dem Namen „Stadtimpulse“ wurde Anfang Mai auf dem virtuellen Stadtentwicklungskongress der Bundesregierung vorgestellt. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Das von uns geförderte Projekt bietet eine wertvolle Orientierungshilfe für den notwendigen Neustart unserer Innenstädte nach der Coronakrise. Gesammelt werden gute Ideen und gelungene Beispiele. Von den Besten lernen ist der Weg, um schnell selbst zu den Besten zu gehören.“

In dem Projektpool werden schnell umsetzbare, praktische Maßnahmen zur Belebung der Zentren zusammengeführt. Ziel ist eine breit gefächerte, übersichtliche Auflistung gelungener Vorhaben zu den Themen Innenstadt, Handel und städtisches Leben in Bayern und Deutschland. Partner sind unter anderem der Handelsverband Deutschland, der Deutsche Städtetag und der Bundesverband City- und Stadtmarketing. Die Plattform soll sich zu einem öffentlich zugänglichen Werkzeugkasten zum Wissenstransfer entwickeln. Projektträger ist die CIMA Beratung + Management GmbH.

Die Auswirkungen der Coronakrise haben auch die bayerischen Innenstädte unter Druck gesetzt. Laut Handelsverband Bayern sind bis zu 19.000 Einzelhändler von der Schließung bedroht, was negative Auswirkungen auf die Stadt- und Ortskerne hätte. □

Landkreis München:

Pionier in Sachen Nachhaltigkeit

Landkreis setzt an zwei Schulneubauten umweltfreundliche Salzwasserakkumulatoren als Stromspeicher ein

„Für jede neue Technologie braucht es Pioniergeist“, kommentiert Landrat Christoph Göbel den künftigen Einsatz von Salzwasserakkumulatoren in Kombination mit Photovoltaikanlagen am Gymnasium Kirchheim sowie auf dem neuen Schulcampus in Unterföhring. „Man muss einer neuen Entwicklung erstmal auf die Sprünge helfen, damit sie dann am Ende wirtschaftlich sein kann“, so der Landrat weiter.

Dass die beiden neuen Schulbauten mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden, stand außer Frage. Dass sie zusätzlich mit den umweltfreundlichen Salzwasserakkumulatoren bestückt werden, wurde in den Kreisgremien zunächst kontrovers diskutiert. Mitte April sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Schulen jedoch mit großer Mehrheit dafür aus, auf die umweltfreundliche Technologie der Stromspeicherung zu setzen, um den Anteil des von den Schulen selbst genutzten Solarstroms zu erhöhen.

Ungiftig und nicht explosiv

Im Vergleich zu herkömmlichen Batteriespeichern bestehen die Salzwasserakkumulatoren komplett aus ungiftigen und umweltverträglichen Materialien und können theoretisch vollständig recycelt werden. Ihre Komponenten sind weder brennbar noch explosiv – gerade für den Einsatz in einer Schule also optimal. Im Vergleich zu üblichen Stromspeichern sind sie jedoch relativ teuer und man verfügt noch über keine Langzeiterfahrung mit der neu-

en Technologie. Auch sind Wirkungsgrad und Leistung nicht vergleichbar, darüber hinaus haben sie einen höheren Platzbedarf.

Zukunftsweisende Technologie

Dennoch votierten die Kreisländer für den Einsatz dieser zukunftsweisen Technologie. Zunächst sollen jedoch nur die Basismodule angeschafft werden. Sobald nach einem Jahr die tatsächlichen Verbräuche in Summe und zeitlicher Verteilung erhoben werden konnten, wird über eine Erweiterung entschieden.

Die Kosten

Die Kosten, die für den Landkreis im Rahmen des Ersatzneubaus des Gymnasiums Kirchheim für die Basisausstattung entstehen, belaufen sich auf rund 143.000 Euro, beim Schulcampus Unterföhring anteilig für das Gymnasium auf ca. 172.000 Euro. Die restlichen rund 89.000 Euro trägt die Gemeinde Unterföhring für die ebenfalls auf dem Schulcampus angesiedelten Einrichtungen Hort und Grundschule. □

Hermann Nafziger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Planegg: „Was lange währt, wird endlich gut“ wandle ich heute dem Anlass entsprechend um: „Was lange währt, wird wirklich gut!“ Wir stehen hier und schauen auf den zweiten Schritt, die Baustelle des Parkdecks an der künftigen U-Bahnhaltestelle der U6 auf dem Campus Martinsried. Es geht voran – und endlich sieht man auch etwas: Es gibt keinen Zweifel mehr: Die U-Bahn kommt!“

Gemeinschaftliche Finanzierung

Finanziert wird das Parkdeck partnerschaftlich vom Freistaat Bayern, der den überwiegenden Teil der Kosten trägt, vom Landkreis München und der Gemeinde Planegg. Die Gesamtkosten betragen rund drei Millionen Euro. Für die Planung und Koordinierung des Parkdeckbaus ist eine Projektmanagementgesellschaft zuständig, an der neben dem Freistaat Bayern der Landkreis München und die Gemeinde Planegg beteiligt sind.

Die Projektmanagementgesellschaft betreut auch die geplante U6-Verlängerung vom Klinikum Großhadern nach Martinsried. Diese wird den Standort Martinsried, der neben dem Life-Science-Campus der Ludwig-Maximilians-Universität unter anderem rund 50 Biotech-Unternehmen sowie die Max-Planck-Institute für Biochemie und Neurobiologie beherbergt, an weitere Münchner Wissenschaftsstandorte wie die Technische Universität in Garching und die Ludwig-Maximilians-Universität in der Maxvorstadt anbinden, die ebenfalls über die U6 zu erreichen sind. □



Landrat Andreas Meier besuchte – unter Einhaltung der geltenden Corona-Regeln – das neue Future Lab in Weiherhammer. Prof. Dr. Erich Bauer bot dem Kommunalpolitiker einen Einblick in die Digitalisierung der Bildungsbranche. Unsere Aufnahme entstand vor der modernen Glasfassade des Future Labs. Bild: Daniela Summer/ÜBZO

Einblicke in die Digitalisierung der Bildungsbranche:

Landrat beeindruckt von Future Labs

Die Fortentwicklung von Bildungseinrichtungen, die von Coronabedingten Schließungen noch immer betroffen sind, steht nicht still. Eine Investition in die digitale Zukunft der Bildungsbranche findet man auch in Weiherhammer im oberpfälzer Landkreis Neustadt an der Waldnaab.

Landrat Andreas Meier konnte sich nunmehr vor Ort ein Bild über die Neuerungen im überbetrieblichen Bildungszentrum Ostbayern (ÜBZO) verschaffen. Hier wurde ein innovatives Future Lab innerhalb eines Förderprojekts eingerichtet, das nicht nur die Schulung an computeranimierten Maschinen und Anlagen mittels Virtual Reality vor Ort ermöglicht, sondern völlig ortsunabhängig

eine Teilnahme daran zulässt. Außerdem sind Arbeitsplätze vorgesehen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen und Arbeiten in der digitalen Welt von bis zu 16 Personen ermöglicht. Der großzügige Raum lädt auch zu Veranstaltungen ein und bietet Sitzgelegenheiten für etwa 60 Gäste, die auch auf den beiden großen Monitoren durch einen Termin geleitet werden können. □



Im öffentlichen Raum zu Hause
Mobile Raumlösungen in Containerbauweise – www.container.de/bgz



Bild: Jan Kiver / Uniper

Wackersdorf und Uniper:

Bauprojekte zu Hochwasserschutz und Rekultivierung

Gemeinde Wackersdorf investiert rund 1,8 Millionen Euro in modernen Hochwasserschutz Uniper startet rund 12 Millionen Euro teure Rekultivierungsarbeiten des Westfeld-Damms

Auf dem Westfeld zwischen den Gemeinden Wackersdorf und Steinberg am See herrscht seit Anfang April reges Treiben. Zwei Baumaßnahmen treffen dabei aufeinander: Nachdem alle behördlichen Genehmigungen eingeholt waren, starteten die umfangreichen Arbeiten für einen wirksamen Hochwasserschutz in Wackersdorf und zur Rekultivierung des dritten und letzten Abschnitts im ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebauegebiet Westfeld durch Uniper.

Parallel zur Industriestraße investiert die Gemeinde Wackersdorf rund 1,8 Millionen Euro in einen zukunftssicheren Hochwasserschutz.

Dazu Andreas Stake, Gesamtprojektleiter für das OSL-Projekt von Uniper und Leiter des Uniper-Standortes Wackersdorf: „Wir freuen uns sehr und es erfüllt uns ein wenig mit Stolz, dass wir für ein so großes und existenziell wichtiges, kommunales Bauvorhaben Planungen und Bauausführung übernehmen durften. Es zeigt einmal mehr, dass sich Uniper und die Region in einem engen partnerschaftlichen Verhältnis gegenseitig unterstützen und auf nachhaltige Ergebnisse setzen. Dafür sind wir der Gemeinde dankbar.“ Uniper seinerseits steckt rund 12 Millionen Euro in den mit 30 Hektar größten Rekultivierungsabschnitt auf dem Westfeldgelände.

Noch mehr Sicherheit gegen Wetterextreme

„Wir sind mit immer extremen Wetterereignissen konfrontiert. Seit Jahren bauen wir daher den Hochwasserschutz aus“, erklärt Bürgermeister Thomas Falter. Im Fokus liegt wieder der topographisch tiefste Punkt der Gemeinde, der sich in etwa beim Bauhof und im Bereich des Straßenzugs „Werk“ befindet. Vor Ort nehmen schon jetzt zwei neue und groß dimensionierte Rückhaltebecken große Mengen Oberflächenwassers auf. „Wir sind hier sehr gut abgesichert. Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass

man sich besser noch mehr absichert“, verweist Bauamtsleiter Uwe Knutzen auf das neue Projekt. Im ersten Schritt wird ein über die Jahrzehnte funktionslos gewordener, großteils auch verrohrter Entwässerungsgraben durch weitgehenden Neubau wiederhergestellt und soweit möglich als offenes Gewässer ausgebaut.

Relikte des Braunkohleabbaus

Ähnlich einer Perlenkette entstehen neue offene, befestigte Sammelbecken für Oberflächenwasser, wie es bei großen Regengängen auftritt, durch die

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV):

Die Branche hat ihre Systemrelevanz bestätigt

Den Ereignissen rund um Covid-19 geschuldet, hat der Bayerische Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. seine Mitgliederversammlung am 21. Mai online mit 100 Mitgliedsunternehmen und Gästen veranstaltet. Trotz der Umstände in Zeiten der Pandemie konnte Präsident Georg Fetzer eine positive Bilanz für die Branche ziehen.

Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt. Heimische Bau- und Rohstoffe bilden dafür mehr denn je das verlässliche Fundament. BIV-Präsident Georg Fetzer zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch in den Corona-Jahren 2020 und 2021 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und

Produktion zum Tragen.“ Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Und es wurde und wird weiter gebaut im Freistaat. Der Bedarf an heimischen Roh- und Baustoffen bleibt unverändert hoch.

Allein in Bayern beträgt der Bedarf an Sand, Kies, Schotter und sonstigen mineralischen Rohstoffen pro Jahr rund 150

Millionen Tonnen. Legitim und notwendig darüber nachzudenken, wie dieser Bedarf künftig ressourcenschonend gedeckt werden kann.

Millionen Tonnen. Legitim und notwendig darüber nachzudenken, wie dieser Bedarf künftig ressourcenschonend gedeckt werden kann.

Die Verbindung von Graben und vorhandenen Regenrückhaltebecken wird über eine Rohrleitung mit bis zu 1,8 Meter Durchmesser hergestellt. Das finale Gesamtkonstrukt funktioniert wie eine Überlaufkaskade: Drohen die Rückhaltebecken am Recyclinghof vollzulaufen, wird das Wasser über das neue Rohrleitungssystem abgeleitet. Zunächst werden Graben und Retentionsräume geflutet, bevor das Wasser in den Hirtlohwieher mündet.

Die Kosten für diesen Teil der Hochwasserschutzmaßnahme belaufen sich für die Gemeinde Wackersdorf auf insgesamt 1,8 Millionen Euro. Auch das Staatliche Bauamt profitiert von der neuen Sicherheitsstufe. Über die neue Anlage wird das Oberflächenwasser von der Bundesstraße B85 aufgenommen.

Rekultivierungsabschluss

Bagger, Planierarbeiten und schwere Kipper – die wieder angelaufenen Arbeiten parallel zur Industriestraße sind offensichtlich. Erstmals aufgefunden waren sie der Bevölkerung, als im Spätherbst 2018 der zu rekultivierende Westfeld-Damm vom Bewuchs freigeräumt wurde. Dem waren umfangreiche ökologische Bestandsaufnahmen und im Zuge sogenannter CEF- (vorgezogener ökologischer Ausgleichs-) Maßnahmen weitreichende Sammel- und Umsiedlungsaktionen der vorhandenen Fauna vorausgegangen.

„Das für Recycling zur Verfügung stehende Material reicht nicht aus, um den hohen Bedarf insbesondere der Bauwirtschaft zu decken“, so Präsident Fetzer. Bayernweit fallen nur rund 10,5 Millionen Tonnen an Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Straßenaufbruch an. „Um also auch nur in die Nähe des Gesamtbedarfs an Rohstoffen von 150 Millionen Tonnen pro Jahr in Bayern zu kommen, müssten zuvor ganze Städte abgerissen werden“, verdeutlicht Fetzer.

Recycling gewinnt an Bedeutung, kann jedoch nur bedingt zum Rohstoffbedarf beitragen

Die mittelfristig lösbaren Problemstellungen geht die Branche aktiv an. Aktuell ist beispielsweise eine Änderung der Betonnorm in der Abstimmung, die deutlich höhere Recyclinganteile erlauben soll. „In Zukunft werden der Mix aus Primär- und Sekundärrohstoffen und effiziente Baustoffe die entscheidenden Faktoren sein, um natürliche Ressourcen zu schonen. Ein Ausspielen der einzelnen Roh- und Baustofffraktionen ist hier kontraproduktiv“, zieht der BIV-Präsident Bilanz. □

Jetzt nach Freigabe aller naturschutzfachlichen und behördlichen Genehmigungen soll auch der dritte, mit rund 30 Hektar größte und letzte Bauabschnitt abgeschlossen sein. „Insgesamt werden wir seit Beginn der Rekultivierung des Westfelds im Jahr 2009 dann rund 55 Millionen Euro in den Gesamtabschluss investiert haben und, soweit die Maßnahmen alle erfolgreich und nachhaltig greifen, auch einen spürbaren Mehrwert für die Oberpfalz schaffen“, so OSL-Gesamtprojektleiter Stake.

Deutschlandweites Musterbeispiel

Nach dem Ende des Tagebaus hat sich die Region Schritt für Schritt zu einem deutschlandweiten Musterbeispiel für Rekultivierung entwickelt; das heutige Oberpfälzer Seenland rund um Murner See und Steinberger See ist nur eines von vielen Beispielen. □



Staatsministerin Kerstin Schreyer erhielt am 12. Mai 2021 von BBIV-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid (li.) ein vom Autor Gerhard Waldherr (re.) handsigniertes Exemplar des Buches Beton und Bytes überreicht. Bild: Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Beton und Bytes für Staatsministerin Schreyer

„Es ist mir eine große Freude, der Bayerischen Bauministerin ein vom Autor Gerhard Waldherr handsigniertes Exemplar seines Buches ‚Beton und Bytes‘ überreichen zu dürfen. Frau Schreyer, ich bedanke mich hiermit auch dafür, dass Sie mit Ihrem Interview zum Gelingen des Buches mit beigetragen haben“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, im Bayerischen Bauministerium.

Der renommierte Journalist Waldherr nimmt sich in ‚Beton und Bytes‘ einer ebenso bedeutsamen wie verkannten Branche an. Er besucht prominente Bauprojekte wie Stuttgart 21, verfolgt die Konstruktion einer ambitionierten Autobahnbrücke und inspiziert ein Wohnungsbauprojekt in Berlin. Er besucht den Gewerbebauspezialisten Goldbeck in Bielefeld, begleitet Max Bögl Windkrafttürme bis in die hessische Provinz und lässt sich von der Firma Bauer in die Geheimnisse des Spezialtiefbaus einführen. Auch 3D-Druck und die Digitalisierung der Branche finden ausführlich Beachtung.

Gleichzeitig beleuchtet der Autor aber auch die Menschen, die mit all dem verbunden sind. Er trifft Unternehmer, Ingenieure, Architekten und Handwerker. Er besucht die Konzernwerkstatt des Strabag-Konzerns und spricht mit Auszubildenden. Mit Jens Bergmann, Vorstand der DB Netz AG, erörtert er die Investitionsoffensive der Bahn. Mit Bayerns Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ker-

stin Schreyer, unterhält er sich über den Einfluss und die Visionen der Politik. Und er wirft einen kritischen Blick auf die Manöver der Bürokratie, die vor allem in der Bauwirtschaft vieles erschwert, behindert und mitunter sogar unmöglich machen.

Das Bindeglied zwischen Themen und Menschen bildet ein Exkurs über den Werkstoff, um den sich beim Bauen fast alles dreht: Beton. Es geht um dessen heftig kritisierten CO₂-Fußabdruck und die Frage, ob Beton seinen Ruf als Klimakiller verdient. Ein Besuch des Konzerthauses in Blaubach zeigt auf, welche faszinierende Welten Beton erschaffen kann. In einem Report über innovative Betone und klimafreundlichere Alternativen wirft das Buch auch hier einen Blick in die Zukunft.

„Beton und Bytes“ ist ein vielschichtiges Compendium über die Welt des Bauens – informativ, überraschend, packend. Zum ersten Mal wird die Bauwirtschaft in einem Buch umfassend dargestellt, werden die Geschichten und Gesichter hinter den Kulissen lebendig. □

Bundesingenieurkammer:

Baustoffmangel bremst Aufschwung

Die Bundesingenieurkammer zeigt sich angesichts des zunehmenden Baustoffmangels besorgt. Dieser betreffe sowohl die Verfügbarkeit von Kies, Sand, Zement und Beton, aber auch von Stahl, Holz oder Dämmstoffen. Ein Grund seien die stark gestiegenen Rohstoffpreise. So lagen beispielsweise die Preise für Dachlatten, Bauholz oder Konstruktionsvollholz laut Statistischem Bundesamt im März 2021 um 20,6 Prozent höher als im März 2020.

„Die Preise für Baustoffe haben in den vergangenen Monaten kräftig zugelegt. Deshalb mehrten sich jetzt auch aus den Ingenieurbüros die Rückmeldungen, dass auf den Baustellen wegen Baustoffmangels nicht mehr so gearbeitet werden kann, wie es eigentlich sein sollte. Davon ist vom Rohbau bis zum Ausbau alles betroffen!“, sagte Dr. Ulrich Scholz, Mitglied des Vorstands der Bundesingenieurkammer. Hier müsse unbedingt gegengesteuert werden.

Aus Sicht der Bundesingenieurkammer ist es daher dringend geboten, die Baustoffproduktion zukünftig wieder verstärkt nach Deutschland zu holen bzw. da, wo es möglich ist,

kurzfristig zu erhöhen. Langfristig müsse es jedoch darum gehen, Recycling von Baumaterial stärker zu fördern. Darüber hinaus appellierte Dr. Scholz an die Bauherren, Planerinnen und Planern ausreichend Zeit für ihre Arbeit zuzugestehen und diese auch entsprechend zu honorieren. „Denn nur so können sie die bestmöglichen Lösungen anbieten. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, baustoffsparender zu planen und zu bauen und so den Einsatz von Baustoffen zu reduzieren“, unterstrich das Vorstandsmitglied der Bundesingenieurkammer abschließend. Dies wäre auch ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz und für mehr Nachhaltigkeit. □



HEUTE BAUSCHUTT

MORGEN BAUSTOFF



BAUSTOFF-RECYCLING:
Aktiver Klima- & Umweltschutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. für den kommunalen Straßen- und Tiefbau. Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V.
Telefon: 089 / 20 80 39 - 414
Leopoldstraße 244 · 80807 München

Klinker für's Dach

Neu: Ergoldsbacher Level RS®

Der neue Glattziegel in Klinkerqualität, der Ergoldsbacher Level RS®, ist bereits der dritte Spezialist für flache Dachneigungen. Der Ergoldsbacher Level RS® ist nun in der Kategorie Rohbau/Dach/Fassade von den Fachzeitschriften BaustoffMarkt und Baustoff-Wissen aus der Rudolf Müller Verlagsgruppe als Produkt des Jahres 2021 ausgezeichnet worden.

Der kantige Glattziegel aus dem Hause ERLUS ist die Lösung für besonders flache Dachneigungen, denn er ist bereits ab einer Dachneigung von 10 Grad regensicher. So können aufwändige Zusatzmaßnahmen entfallen, denn hier schützt der Tondachziegel und nicht das wasserdichte Unterdach: das Wasser wird auf dem Ziegel perfekt abgeleitet.

Perfekt in Design und Funktion

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist perfekt in Design und Funktion. Auffallend ist seine klare, kantige Form mit geradem Abschluss. Bedeutend ist seine tiefe Ringverfaltung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz. So bleibt selbst bei flachen Dachneigungen (im Halbverband verlegt: Regeldachneigung 16 Grad, Mindestdachneigung

10 Grad) die Unterkonstruktion trocken. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen.

Auf Hagelsicherheit geprüft

Das gesamte ERLUS Dachsortiment ist hagelzertifiziert (www.hagelregister.de). Auch der neue Ergoldsbacher Level RS® ist hagelgeprüft und erreicht Hagelwiderstand 4. Das bedeutet der Ziegel hält beim Hagelwiderstandstest einem Beschuss von Eiskörnern mit 4 Zentimeter Durchmesser, rund 30 Gramm Gewicht und einer Geschwindigkeit von 100 km/h ohne Beschädigung stand.

Glattziegel in Sinterqualität hohe Windsogsicherheit,

Bei 1.200 Grad Celsius wird der Ergoldsbacher Level RS® klinkerhart gebrannt und des-



Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist das dritte Modell von ERLUS für besonders flache Dachneigungen. Bild: ERLUS/Zimmerei Pöschl

halb liegt seine geringe Wasseraufnahme bei unter fünf Prozent.

Im Verband verlegbare Ziegel erreichen eine höhere Windsogsicherheit, im Vergleich zur gleichen Deckung in Reihung verlegt. Beim Ergoldsbacher Level RS® ist die Windsogsicherheit bei Verbanddeckung bereits ohne Verklammerung sehr hoch. Das neue Modell für besonders flache Dachneigungen besitzt ausgeprägte Sturmkerben für den passgenauen Sitz der Sturmklammern I und II von

ERLUS. Unter <https://www.erlus.com/windsicherungsrechner> können die nötigen Sturmklammern berechnet werden.

Praktisch in der Handhabung

Der Ergoldsbacher Level RS® ist ein ERLUS Modell aus der XXL-Familie und gehört zur Lattweitengruppe 38,5 Zentimeter. Bei dieser Lattweite benötigt der Verarbeiter rund 20 Prozent weniger Traglatten pro Quadratmeter als bei der klassischen kleinformigen Lattweite. Durch sein Format ist der Ziegel praktisch in der Handhabung. Dachstühle, fertig abgeunden mit den zwei ERLUS Lattweiten 34 oder 38,5 cm, ermöglichen große Flexibilität bei der Produktauswahl.

Markenzubehör im Baukastensystem

Für den neuen Ergoldsbacher Level RS® ist auch das ERLUS Markenzubehör verfügbar. Beim

ERLUS ALU-SYSTEM sind alle Komponenten perfekt aufeinander abgestimmt und passen für nahezu jede Dachneigung.

Die Montage der Systemteile ist einfach und zeitsparend. Das System besteht entweder aus einer Grund- oder einer Durchgangsplatte in Form des Flächenziegelmodells und dem funktionalen Aufsatz. Die ERLUS Montagevideos zeigen die einfache Handhabung der Systemteile: www.erlus.com/montagevideos.

Auszeichnung Produkt des Jahres 2021

„Wir freuen uns sehr, dass unsere Level RS® Produkt des Jahres 2021 geworden ist“, erklärte Guido Hörer, Vertriebsleitung Dach/Gesamtleitung Produktmarketing bei ERLUS. „Damit wird gewürdigt, dass wir auf die Bedürfnisse unserer Kunden achten und unsere Produkte den Marktanforderungen anpassen. Der Level RS® ist bereits unser dritter Spezialist für flach geneigte Dächer, dieser regensichere Dachziegel benötigt kein wasserdichtes Unterdach, weil das Wasser perfekt auf dem Ziegel abgeleitet wird.“ Das Zusammenspiel aus der technischen Funktionalität und dem Design machen diesen Dachziegel zu einem Premiumprodukt. Die Jury, bestehend aus Christin Rabe, Bereichsleiter Baustoffe und Warenmanagement Hagelbau Logistik, Mario Mühlbauer, Bereichsleiter Hochbau bei der Eurobaustoff, und Prof. Dr. Klaus Sedlbauer, Institutsleiter am Fraunhofer IBP, hat in den vergangenen Wochen die teilnehmenden Produkte bewertet. In die Bewertung flossen dabei jeweils der Innovationsgrad,

der Nutzwert beziehungsweise Mehrwert, die Nachhaltigkeit und das Marketing der Produkte ein (außer in der Kategorie Nachhaltigkeit).

Erst 2020 hatte der photokatalytisch aktive Tondachziegel Lotus air® von ERLUS den Titel Produkt des Jahres in der Kategorie Nachhaltigkeit erhalten. www.erlus.com/levelrs

ERLUS AG heute

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von BaustoffMarkt und BaustoffWissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungssystem für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist. www.erlus.com



Bauamtsleiter Uwe Knutzen (v.l.), Geschäftsstellenleiter Daniel Fendl, Landrat Thomas Ebeling, Bürgermeister Thomas Falter, Allgemeinarzt Stefan Roi und Architektin Anna Grabinger (dp Architekten) setzen gemeinsam den ersten Spatenstich für das Wackersdorfer Ärztehaus. Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

Spatenstich für Wackersdorfer Ärztehaus

Die Gemeinde Wackersdorf baut in ihrer neuen Ortsmitte ein Ärztehaus inklusive Apotheke sowie ein angegliedertes Parkdeck. Nach umfangreichen Planungen erfolgte nun der Spatenstich. Voraussichtlich Ende 2022 soll das neue Gebäude fertig sein. Die Kommune investiert 5,7 Mio. Euro.

„Dieses Projekt kommt direkt unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute. Die Sicherung der medizinischen Versorgung ist der explizite Wunsch der Bevölkerung“, bezieht sich Bürgermeister Thomas Falter auf die absolute Spitzenplatzierung des Themas bei der großen Bürgerbefragung von 2016. Das Ärztehaus sei in dieser Form das Ergebnis jahrelanger fokussierter Zusammenarbeit zahlreicher Akteure im Ort.

Das zukünftige Angebot

Die Allgemeinartzpraxis von Stefan Roi, Dr. Elena Diaconu, Dr. Sebastian Zahnweh und Dr. Peter Krüger mit integrierter Kinder- und Familienpraxis bezieht auf 537 m² das Obergeschoss des neuen Gebäudes. Stefan Roi gab bekannt, dass eine Hebamme das ganzheitliche Versorgungsangebot abrunden wird. Ein Stockwerk tiefer findet die alteingesessene Wackersdorfer Barbara-Apotheke eine neue Heimat. Im selben Geschoss sind außerdem noch 290 m² für Fachärzte oder medizinische Dienstleister frei – diese verfügbare Gesamtfläche ist optional teilbar.

Der gesamte Bau wird barrierefrei erschlossen und passgenau in die natürliche Hanglage integriert. So ist der Haupteingang im Erdgeschoss von der Schulstraße aus erreichbar. Das Untergeschoss, das primär als Parkdeck fungiert, schließt ebenerdig zur Außenfläche vor dem Mehrgenerationenhaus an.

Direkt anschließend an das neue Ärztehaus errichtet die Gemeinde ein zusätzliches Parkdeck für 900.000 Euro, das durch mehrgeschossige Bauweise eine möglichst große Anzahl an Stellplätzen bei gleichzeitig geringem Flächenverbrauch bietet. Insgesamt stehen damit 52 Stellplätze zur Verfügung, wovon vier mit Ladevorrichtungen für Elektroautos ausgestattet sind.

Parkplätze, Synergien, Förderungen

Der gesamte L-förmige in Stahlbetonbauweise errichtete Gebäudekomplex bildet einen zentralen Baustein der neuen Wackersdorfer Ortsmitte. „Hier entstehen viele nützliche Wechselwirkungen“, freut sich Bürgermeister Falter. Ein Beispiel: Patient*innen des Ärztehauses können ihre Wartezeit im offenen Treff des MGHs, in der Bücherei oder im Café des zukünftigen Edekas verbringen und werden rechtzeitig mittels SMS oder Pager benachrichtigt, wenn Sie an der Reihe sind.

Von Stellplatzkapazitäten des Neubaus profitiert außerdem das ganze Ortszentrum. Dieses große Ganze ebnete auch den Weg für Förderungen: So fördert die Regierung der Oberpfalz die Schaffung der öffentlichen Stellplätze, die durchgängig nutzbar sind, mit 490.000 Euro die Neugestaltung der Außenanlagen im Zuge der neuen Ortsmitte mit 470.000 Euro.

Die Gemeinde Wackersdorf

ist seit vielen Jahren direkt aktiv, um die medizinische Nahversorgung zukunftsfähig sicherzustellen. Am sichtbarsten wird das Engagement am neuen Ärztehaus. Beim Baubeginn betonte Bürgermeister Falter ausführlich den großen Einsatz der Wackersdorfer Mediziner. So haben schon die Dres. Strobl, die ihre Praxis über 30 Jahre bis zu ihrem Ruhestand in Wackersdorf führten, mit Weitblick an einer Nachfolgelösung gearbeitet und bereits das Grundfundament für das jetzt im Bau befindliche Ärztehaus gelegt. Die Nachfolge übernahm die Gemeinschaftspraxis „Wackersdorfer Hausärzte“, die sich seit Übernahme der Arztstühle unermüdlich für einen weiteren Ausbau des Medizinstandorts Wackersdorf einsetzt.

Wackersdorfer Teamwork

Den Ärzten ist unter anderem zu verdanken, dass Wackersdorf einen zusätzlichen vierten Arztstuhl erhalten hat und das Versorgungsangebot jüngst um eine Kinder- und Familienpraxis gewachsen ist. Die Mediziner sind auch maßgeblich in die Detailplanungen des neuen Ärztehauses eingebunden.

Parallel hat auch die gemeinmedizinische Praxis Dr. Kappl, erheblich in ihren Standort investiert. Vor wenigen Jahren gingen die neuen Praxisräume in der Sportplatzstraße in Betrieb. Mit dem Fachbereich der Naturheilkunde weitet Dr. Kappl das örtliche Versorgungsspektrum aus. Die beiden örtlichen Zahnarztpraxen sowie die Wackersdorfer Barbara-Apotheke vervollständigen das Angebot. □



ERLUS Dach, Schornstein & Lüftung: neue Produkte, neuer Service...

Besuchen Sie unser News-Portal und buchen Sie Ihre persönliche Beratung direkt online:

www.erlus.com/news 




Kaniber und Aiwanger:

Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz

Runder Tisch zum bayerischen Holzmarkt

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber haben sich gemeinsam für eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ausgesprochen.

Bei einem Runden Tisch zum Holzmarkt im Wirtschaftsministerium erklärte Aiwanger: „Holzbau hat Zukunft und ist Klimaschutz, da CO₂-Speicher. Bayerns Holzwirtschaft ist gut aufgestellt, muss aber künftig noch besser koordiniert werden. Nachhaltig erwirtschaftetes Nadelholz ist in Bayerns Wäldern in großem Umfang vorhanden. Es ist wichtig, dass Baumaterial Holz verfügbar bleibt und jeder in der Wertschöpfungskette gerecht bezahlt wird, auch der Waldbesitzer. Ich unterstütze die Forderung, dass die aktuelle Einschlagsbeschränkung für Holz dringend entschärft werden muss, wenigstens für Waldbesitzer bis 50 Hektar, um die kleinen Waldbesitzer jetzt nicht vom Holzmarkt mit steigenden Preisen auszuschließen und um den Holznachschub für Sägewerke und Zimmerer zu sichern.“

Regionale Wertschöpfungsketten

Auf die Initiative der beiden Ministerien sprachen Aiwanger und Kaniber vor dem Hintergrund gestiegener Schnittholzpreise und Lieferverzögerungen mit Vertretern der Holzbranche – vom Bauhauptgewerbe über die Agrar- und Forstwirtschaft bis hin zur Säge- und Holzindustrie und zum Handwerk.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit den Beteiligten der Wertschöpfungskette wurde die Zusammenarbeit beim Holzbau besprochen. Kaniber betonte: „Regionale Wertschöpfungsketten können einen wichtigen Beitrag leisten, damit unser klimafreundlicher Rohstoff Holz wieder da verarbeitet und verbaut wird, wo er gewachsen ist. Ich halte es für dringend notwendig, dass auch unsere Waldbesitzer wieder den Preis erhalten, den ihr Holz verdient hat. Nur so sichern wir den Aufbau klimastabiler Zukunftswälder und die langfristige Versorgung mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Schon vor Wochen habe ich die Regelung zum Schutz der kleinen Waldbauern beim Bund eingebracht, dort müssen jetzt weitere Schritte folgen.“

Die seit Februar 2021 geltende bayerische Bauordnung wird dem Holzbau weiteren Schub geben, weil der Einsatz von

Holz als Baumaterial deutlich erleichtert wird. Um den steigenden Bedarf in Deutschland zu decken, wurde die Produktions- und Verarbeitungskapazitäten der Säge- und Holzindustrie nochmals ausgeweitet. Kaniber appellierte an die Solidarität der Sägeindustrie: „Säger werden diese Abnehmer im Inland auch später wieder brauchen! Es braucht langfristige und verlässliche regionale Lieferketten und faire Preise, sowohl für Bauherren als auch für unsere bayerischen Waldbesitzer!“. Im Jahr 2020 wurden mehr als 25,2 Mio. Kubikmeter Schnittholz produziert und damit ein neuer Produktionsrekord erreicht. Weitere Ausbauten und Erweiterungen seien in den nächsten Jahren geplant.

Cluster Forst und Holz

Die Bayerische Staatsregierung fördert seit 2006 im Rahmen der Cluster-Offensive Bayern das Cluster Forst und Holz. „Das Cluster hat in dieser Zeit mit dem Zukunftsnetzwerk Holzbau die Entwicklung in Bayern entscheidend vorangetrieben“, erklärt der Wirtschaftsminister. Nach dem Runden Tisch äußerte sich der neue Clustersprecher Forst und Holz, Holzbauunternehmer Alexander Gump: „Wir brauchen gerade im Baubereich einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Bauen mit Holz wird daher unausweichlich die Säule des zukünftigen Bauens sein. Dabei sollten alle aus der Wertschöpfungskette Holz – von der Forstwirtschaft über die Holzindustrie bis hin zum Holzbau – von dieser Entwicklung profitieren. Durch den engen Zusammenhalt im ganzen Cluster und die Weiterentwicklung von Innovationen durch Forschung und Entwicklung werden wir auch die aktuell weltweite hohe Nachfrage nach Bauprodukten erfolgreich meistern.“

Dem Ruf nach Exportzöllen erteilte die Expertenrunde eine Absage. „Bayern profitiert als Exportland von einem freien, fairen und nachhaltigen Weltmarkt und verlässlichen Rahmenbedingungen. Exportzölle wären gegenüber vielen Handelspartnern, auch gar nicht zulässig. Derartige Maßnahmen würden als Bumerang zurück-



Beim Spatenstich in Grünwald: 1. Bürgermeister Jan Neusiedl (2.v.li.) und Projektleiter Peter Kleßinger (re.) eröffnen gemeinsam mit Thomas Mügge vom Ing. Büro Mügge (li.) und Gerhard Tschabrun von der Architektengemeinschaft Pichler/Tschabrun die Baustelle für das neue Lehrschwimmbecken im Grünwalder Freizeitpark.

Bild: B. Davies

Spatenstich in Grünwald

Gemeinde baut im Grünwalder Freizeitpark ein neues Lehr-Schwimmbecken

Die Gemeinde Grünwald bekommt ein neues zusätzliches Lehrschwimmbecken. Diese Erweiterung des Grünwalder Freizeitparks ist ein Bauprojekt der Gemeinde. Die Kosten belaufen sich laut Planung auf 6,5 Millionen Euro. Der Gemeinderat hatte sich 2018 einstimmig für ein neues Variobecken in einer Größe von 16,66 mal 10 Metern entschieden.

Anfang April war nun der Spatenstich. Erster Bürgermeister Jan Neusiedl eröffnete in einem pandemiebedingt kleinen Festakt die Bauarbeiten. Neben den Bauherren – für die Gemeinde Bauprojektleiter Peter Kleßinger, für den Freizeitpark Geschäftsführer Jörg Verleger – waren Mitglieder des Gemeinderats und des Planungstabs geladen.

kommen und uns mehr schaden als nutzen. Die Sägewerke müssen die regionalen Handelspartner im Auge haben, Exportverbote sind aber nicht ohne Weiteres durchsetzbar,“ so die Diskussionsteilnehmer.

Bayerische Bioökonomiestrategie

Der nachhaltige, heimische Rohstoff Holz nehme als Wert- und Werkstoff eine wichtige Rolle in der Bayerischen Bioökonomiestrategie „Zukunft.Bioökonomie.Bayern“ ein. Aiwanger: „Gerade im Bereich holzbasierte Bioökonomie gibt es große Potenziale für Bayern. Schließlich leistet der Forst- und Holzsektor einen großen Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise und eröffnet neue, innovative Perspektiven. Die Holzverwendung wollen wir steigern und nicht etwa reduzieren. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und Bauministerium die Ergebnisse aus dem Runden Tisch 'Klimaschutz durch Bauen mit Holz' umsetzen.“

Haus der kleinen Forscher

Grünwalder Gemeindekindergarten erhält Zertifizierung

Seit 2012 gehört das Erforschen von Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Technik, kurz: „Mint“, fest zum Alltag der Kindergartenkinder im Grünwalder Gemeindekindergarten Moritz. Für den engagierten Einsatz in der frühen Mint-Bildung erhielt der Kindergarten jetzt zum fünften Mal in Folge das Zertifikat „Haus der kleinen Forscher“. Die Zertifizierung ist an feste Qualitätskriterien gebunden.

Thema der Zertifizierung war dieses Jahr „Umweltschutz leicht gemacht“. Die Kindergartenkinder setzten sich gezielt für den Umweltschutz ein. Interessant für sie war, wo genau der aufgeladene Müll landet, wer den Mülltransporter jede Woche abholt, woher die Rohstoffe kommen und wie genau Recycling funktioniert. Als Bildungspartner fungierte bei diesem Projekt der Wertstoffhof der Gemeinde Grünwald.

zu finden, erfolgte eine EU-weite Ausschreibung. Neben dem Preis waren für die Vergabe die vorgehaltenen Qualitätskriterien und insbesondere die Größe des Büros der Planer wichtige Entscheidungskriterien – Letzteres insbesondere, um sicherzustellen, dass die notwendigen Ressourcen während der gesamten Bauzeit vorgehalten werden können. Erhalten hat den Zuschlag schließlich die Bietergemeinschaft Pichler/Tschabrun aus Österreich, die als Experten im Schwimmbadbau gelten. Die Vergabe der Planung für die Badewassertechnik erfolgte an das Ingenieurbüro Möller/Meyer aus Grafrath.

Multifunktionale Nutzung

Der Geschäftsführer des Grünwalder Freizeitparks Jörg Verleger resümiert: „Dieser Anbau schafft eine Erweiterung der Wasserfläche mit der Möglichkeit, diese separat und durch den Hubboden multifunktional zu nutzen. Unterschiedliche Wassertiefen geben uns noch bessere Bedingungen für Schwimm- und Aquafitnesskurse. Zudem können wir diese Kurszeiten dann im großen Becken für das Schwimmen öffnen.“ Gerade in einer Zeit des demographischen Wandels könne man so die vermehrte Nachfrage im Schwimmbadbereich bestmöglich bedienen.

Informationen zum Grünwalder Freizeitpark

Der Grünwalder Freizeitpark hat eine Fläche von 120.000 m² und bietet den Grünwalder Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten, ihre Freizeit

sportlich oder erholsam zu gestalten. Die Parkanlage im Herzen der Gemeinde mit ihrem alten Baumbestand bietet für alle Altersgruppen verschiedene Sporteinrichtungen sowie familiengerechte Spiel- und Freizeitbereiche. Vorgehalten werden eine Schwimmbad- und Saunalanlage, zwei Fußballplätze und vier Sporthallen, ein Hybridhockeyrasen, ein Eislaufplatz im Winter, einen Beachvolleyballplatz, einen Kletterturm, ein Funpark mit Minipipe und einen eigens für den Grünwalder Freizeitpark konzipierten Kinderspielplatz. Der ausgesprochen schöne Kinderspielplatz sowie der Funpark mit Minipipe sind derzeit geöffnet.

In der ehemaligen Sportschule Grünwald sind Räume für Tagungen und Veranstaltungen zu mieten. In den vergangenen 20 Jahren wurden fast alle Gebäude und technischen Anlagen energetisch saniert und modernisiert. Bereits seit 2012 werden die Gebäude mit Geothermie versorgt, und die Parkbeleuchtung ist seit 2017 auf LED umgestellt. Insgesamt neun Tennisplätze bietet die (kommerzielle) Tennisanlage Eltersports, die ebenfalls im Grünwalder Freizeitpark beheimatet ist. In der Musikschule Grünwald mit dem bei Musikliebhabern wegen seiner klangvollen Akustik sehr beliebten AugustEverding-Saal finden normalerweise Konzerte und Abonnementreihen statt. Auch die Musikschule Grünwald hat hier ihren Platz, diese öffnet nach derzeitigem Stand der Dinge jetzt für Einzelunterricht wieder.

Weitere Informationen: <https://www.gruenwalder-freizeitpark.de/>

Autarke Versorgung

Ein wesentlicher Punkt der Planung ist, dass die Schwimmbadtechnik des bestehenden Gebäudes nicht mitgenutzt wird, sondern eine autarke Versorgung mit einer in sich geschlossenen Wasseraufbereitung eingebaut wird. Der Um- bzw. Zubau erfolgt bei laufendem Betrieb. Dieser ist aber derzeit aufgrund der Pandemie vorsorglich ausgesetzt.

EU-weite Ausschreibung

Um den richtigen Architekten für den Schwimmbadanbau

GZ-Interview mit BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau:

Hilfe für Kommunen dank „Bauamt auf Zeit“

GZ: Nicht erst seit der Kommunalwahl 2020 wird viel über bezahlbaren Wohnraum gesprochen, in Städten und Gemeinden ist der Wohnraum aber meist nach wie vor knapp und teuer. Wie kann BayernGrund Kommunen bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen?

Schonlau: Mit unserem Bauprogramm „Bauamt auf Zeit“ können Städte und Gemeinden den Handlungsspielraum in ihrer Verwaltung gezielt und projektbezogen erweitern. Das tägliche Geschäft wird in den Verwaltungen immer mehr und zusätzliche Aufgaben, wie z.B. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Bau von Kitas oder Schulsanierungen müssen verschoben werden. In Zusammenarbeit mit BayernGrund können mehr Projekte gleichzeitig realisiert werden.

GZ: Wenn die Kommune mehr Projekte realisiert, braucht sie doch auch mehr Geld?

Schonlau: Für den sozialen Wohnungsbau gilt das nicht unbedingt. Das Förderprogramm

des Freistaates Bayern erlaubt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf eigenem Grund ohne eigenes Geld. Wir können den Kommunen hier bereits vermietete Häuser zeigen und die Rentabilität belegen.

GZ: Können Sie das genauer erläutern?

Schonlau: Durch das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm KommWFP werden 30 Prozent der Grundstücks- und Baukosten durch den Freistaat übernommen. Zusätzlich können noch 60 Prozent der Baukosten zinsverbilligt – aktuell sogar ohne Zins – abgerufen werden. Mit dem gemeindlichen Grundstück sind die notwendigen 10 Prozent Eigenanteil in der Regel erfüllt. Je nach individueller Situation vor Ort besitzt die Kommune nach 20 bis 25 Jahren lastenfreie Wohnungen, ohne eigenes Geld eingesetzt zu haben.

GZ: Das hört sich vielversprechend an. Wo ist der Haken?

Schonlau: Aus finanzieller Sicht gibt es keinen Haken, im Gegenteil. Die Schaffung rentierlicher Vermögen bedingt lang-

fristig eine zusätzliche Einnahme, die auch nicht der Steuerkraft und somit nicht den Umlagen unterliegt.

GZ: Aber warum geht es dann so langsam voran?

Schonlau: Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie z.B. fehlendes Grundstück, Angst vor Ghetto-Bildung, Verwaltung der Wohnungen, Vergabe der Wohnungen etc. BayernGrund unterstützt Kommunen auch bei der Lösung dieser Aufgaben. Bei den bereits realisierten Objekten traten ebenfalls diese Probleme auf, letztlich konnten sie aber für die Stadt- und Gemeinderäte zufriedenstellend gelöst werden. Dafür gibt es genügend gelungene Beispiele: Muster für Wohnungsvergabe, Verwaltung der Wohnungen durch Dienstleister, gesunde Mischung bei den Mietverhältnissen, etc.

Gerne realisieren wir gemeinsam mit Ihnen Ihr kommunales Wohnungsbauvorhaben. Besuchen Sie uns auf unserer Homepage www.bayerngrund.de und finden Sie Ihren Ansprechpartner vor Ort.

Wussten Sie schon?

Kommunaler Wohnungsbau mit BayernGrund



✓ Wir unterstützen Sie bereits bei den ersten Überlegungen

✓ Wir bauen mit Ihnen Wohnungen für Ihre Bürger

✓ Entlastung Ihrer Verwaltung und Ihres Haushaltes

✓ Schaffung kommunaler Vermögenswerte, unser Bauamt auf Zeit hilft Ihnen



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Stadtsanierung im Frankenwald:

Nur wer sät, wird ernten

Bürgermeister Jens Korn erweckt Wallenfels aus dem Tiefschlaf

Schon die Anfahrt ist herrlich. Von Wartenfels kommend liegt die knapp 3.000-Einwohner-Stadt Wallenfels geföhlt hinter den sieben Bergen im Frankenwald versteckt. Seit 2014 ist Jens Korn hier Bürgermeister. Nach Stationen in München, u.a. als Büroleiter von Markus Söder, und als Pressesprecher von Brose in Coburg, hat er sich entschieden mit seiner Familie wieder nach Hause zu gehen, denn, so sagt er selber, „den Unterschied, den machst du hier.“ Welche Vision er für seine Heimatstadt entwickelt hat, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Stadtoberhaupt.

Wallenfels liegt zehn Kilometer von Thüringen entfernt und rückt mit der Wende vom Zonenrandgebiet in die Mitte der Republik. Lange Zeit schien der Landstrich mit seinen tiefen von Flüssen gegrabenen Kerbtälern, deren Topografie in Verbindung mit dem Hochwasserschutz eine Ortsentwicklung sowieso erschwert, von München vergessen zu sein. Erst nachdem 2006 einige oberfränkische Ortschaften, darunter auch Wallenfels, drohten, nach Thüringen „rüberzumachen“, da hier die Förderlöcher großzügiger sprudelten, wurde mit der Förderoffensive Nordostbayern Erleichterung geschaffen.

Demographischer Wandel

Wallenfels' große Herausforderung ist der demographische Wandel. „Dabei liegt es nicht daran“, so der Bürgermeister, „dass die Bevölkerung abwandert, ganz im Gegenteil. Der Zugangssaldo ist sogar positiv. Aber es sterben einfach mehr Einwohner, als geboren werden.“ Waren es in den 70ern noch im Schnitt 80 Geburten, gab es 2019 nur noch 13 Neu-Wallenfeler und 53 Sterbefälle. Die Stadt hat in den vergangenen vier Jahrzehnten ein Drittel der Bevölkerung eingebüßt. Dementsprechend angelegt ist auch die Infrastruktur, die in der Euphorie der Nachkriegsjahre geschaffen wurde: überdimensioniert.

Wie die Schule, die 1971 für 750 SchülerInnen mit allem Drum und Dran errichtet wurde und als erstes Sichtbetongebäude unter Denkmalschutz gestellt ist. Heute besuchen nur noch 65

Kinder die örtliche Grundschule. Wallenfels hat für diese Anlage eine kreative Lösung gefunden. Die Schule wurde 2013 aufwendig saniert und dient heute als Bildungszentrum, das alle Einrichtungen unter einem Dach vereint. Neben der Grundschule mit altersgemischten Klassen befinden sich im gleichen Gebäude Kindergarten und Kinderkrippe, Hort, Musikschule, Volkshochschule und Bücherei sowie die Caritas mit Seminarräumen.

Mittelpunkt Marktplatz

Innerorts gibt es ca. 50 (Teil-) Leerstände. Sieben der Gebäude hat die Stadt gekauft und zwei davon, die zentral am Marktplatz standen, abgerissen. Ein weiteres wird in diesem Jahr noch folgen. Die Neugestaltung des Marktplatzes ist der Kern der Stadtsanierung. 2017/18 wurde begonnen das Kirchenumfeld zu sanieren. Mit dem Abriss der beiden Häuser eröffnete sich eine neue Sichtachse von der Hauptstraße auf die Kirche. Die Kirche wurde „wieder in die Stadt geholt“. Das Büro bauplan aus München und Wien ging als Sieger aus einem Wettbewerb hervor und ist für den Entwurf verantwortlich. Ziel ist, den Marktplatz wieder zum Mittelpunkt des Ortes werden zu lassen. Im vorderen Teil entsteht Raum für Märkte und Veranstaltungen. Seit Kurzem findet hier auch wieder ein Feierabendmarkt statt. Es werden vor allem regionale Produkte angeboten. Künftig soll eine Grünfläche zum Verweilen und Spielen einladen. Der Altarm der Wilden Rodach, der durch das Zentrum fließt, wird am Marktplatz

wieder sicht- und erlebbar sein. Für die Flößerstadt ein wichtiges Identifikationsmerkmal.

Ärztehaus und Touristeninfo

Aber nicht nur die Gestaltung der Freiflächen steht im Fokus. Damit auch wieder Leben in die Ortsmitte einzieht, erfahren zwei zentrale und momentan leere Gebäude eine neue Nutzung. Auffälligster Leerstand am Marktplatz ist die ehemalige Schmidtbank, die in ein Ärztehaus umgewandelt wird. Das Wichtigste: Die Mieter, hat der Bürgermeister schon gefunden und provisorisch im Ort untergebracht. Eine Allgemeinanzpraxis des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) und eine 2018 von der Stadt angesiedelte Hautärztin sollen im neuen Ärztehaus endlich ausreichend große und zukunftssichere Räumlichkeiten bekommen. Gleichzeitig werden die Patienten der Praxen den Platz beleben.

Ein kleines Gebäude zentral am Marktplatz wird gerade entkernt. Der ehemalige Karzer, liebevoll Karzanella genannt, diente lange Zeit als Drogerie. Heute soll im Erdgeschoss eine Touristeninformation mit Café kombiniert mit einem „Flößerlädla“, einem Geschäft mit heimischen Produkten, die Besucher anziehen. Im ersten und zweiten Stock sind kleine Apartments geplant, was in der Stadt, in der Mietpreise um die fünf Euro pro Quadratmeter üblich sind, eine Rarität ist. Die Fassade des Hauses wird mit einer Mischung aus Holz und Glas das Aushängeschild der Stadt.

Gebaut wird aber gerade im gesamten Stadtzentrum. Die Bemühungen der Stadt ziehen private Investitionen nach sich. Um diese Entwicklung zu unterstützen hat Wallenfels ein interkommunales Förderprogramm gemeinsam mit dem Markt Steinwiesen aufgelegt. Jeder private Immobilienbesitzer, der im Sanierungsgebiets bestimmte Maßnahmen trifft, kann einen Zu-

schuss in Höhe von 30 % der förderfähigen Kosten bekommen, maximal 20.000 Euro. Voraussetzung ist eine kostenfreie Beratung durch eine von der Stadt gestellte Sanierungsberaterin.

Ein weiteres Projekt, das der Bürgermeister mit der Hilfe engagierter Mitbürger bereits angeschoben hat, ist das Digitale Gesundheitsdorf im Oberen Rodachtal, das von der Bundeskonferenz Stadt.Land.Digital in Berlin ausgezeichnet wurde. Die GZ berichtete in Ausgabe 4/2019 darüber: <https://t1p.de/0n8d>

Finanzielle Situation verbessert sich

Wegen der schwierigen Bevölkerungsentwicklung ist die Haushaltslage zwar nach wie vor angespannt; verbessert sich allerdings seit 2013 kontinuierlich. Das liegt an der allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklung und an den Stabilisierungshilfen, die zum Teil zur Schuldentilgung aber auch für Investitionen verwendet werden. Das Landratsamt in Kronach bescheinigt der Kommune „dauernde Leistungsfähigkeit“. Welche Auswirkungen



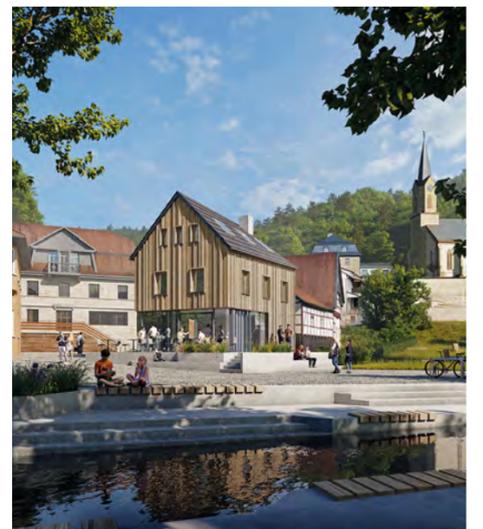
vl.: GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel und Bürgermeister Jens Korn. Bild: GZ

Covid-19 auf die Finanzmittel haben muss sich erst noch zeigen. „Von den fast 10 Mio. Euro Gesamtausgaben, die der Stadtrat 2020 freigegeben hat, entfallen 3,2 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt, also auf die Investitionen. Da sich der Investitionsstau mittlerweile auf 50 Mio. Euro beziffern lässt, werden wir diesen voraussichtlich die kommenden 20 Jahre abarbeiten“, fährt der Bürgermeister fort. „Deshalb würde die eigene Finanzkraft bei weitem nicht ausreichen. Wir freuen uns deshalb über die Mittel aus der Städtebauförderung und der Förderoffensive Nordostbayern.“ „Rübermachen“ ist also längst vom Tisch.

In Wallenfels blickt man frohen Mutes in die Zukunft und mit der Gründung der Lucas-Cranach-Campus in Kronach sind große Hoffnungen verbunden. Möglicherweise wird die Stadt in diesen Campus integriert und Hochschulstandort eines Studiengangs der Hochschulen Coburg und Hof. Jens Korn will diesen Schwung gerne mitnehmen und so auch geistig seinem Heimatort neue Perspektiven eröffnen. Gemeinsam mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hat er die Saat dafür gut angelegt. Wenn sich die Kräfte, die im Korn schlummern, gut entwickeln, wird Wallenfels reiche Ernte einfahren. **CH**



Heute und morgen: Bürgermeister Jens Korn vor der Karzanella, der zukünftigen Touristeninfo. Der Entwurf rechts zeigt, wie der Marktplatz einmal aussehen soll. Foto links: GZ; Rendering: Stadt Wallenfels



14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Wege zur zukunftsfähigen Stadt

Deutschland blickt 2021 auf 50 Jahre Städtebauförderung zurück. Das Jubiläum war Anlass, im Rahmen des 14. Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf die vielfältigen Ergebnisse und Entwicklungen des Förderprogramms zurückzublicken und einen Blick auf die umfangreichen Herausforderungen der Zukunft zu werfen. Schwerpunkte der live aus Köln übertragenen zweitägigen Konferenz waren darüber hinaus die Umsetzung der Neuen Leipzig-Charta und die Folgen der Covid-19-Pandemie für Städte und Gemeinden.

„Seit 50 Jahren unterstützen wir unsere Kommunen mit der Städtebauförderung. Die Problemlagen haben sich in dieser Zeit gewandelt – und die Städtebauförderung mit ihnen“, betonte Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. „Heute begleiten wir die Städte auf dem Weg hin zu Smart Cities und suchen gemeinsam nach Lösungen, wie wir die Corona-Pandemie überwinden können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit sich unsere Städte auch für kommende Herausforderungen wappnen.“

„Das Erfolgsrezept der Städtebauförderung über 50 Jahre hinweg war stets, positive soziale, bauliche und wirtschaftliche Wirkung zu entfalten“, stellte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, fest. Viele Herausforderungen konnten vor Ort angegangen werden. Zudem sei es immer wieder gelungen, auch städtebauliche Missstände zu beseitigen. Infolge der Corona-Pandemie stünden die Städte und damit auch

die Städtebauförderung vor neuen Herausforderungen. Es sei eine anspruchsvolle Aufgabe, den Wandel der Innenstädte zu gestalten. „Mit mehr Wohnen, Leben, Arbeiten, Kultur, Sport und öffentlichen Einrichtungen wollen wir mehr Vielfalt in die Innenstädte bringen. Die Städtebauförderung muss diesen Wandel leistungsfähig unterstützen. Dafür brauchen wir Konstanz der Förderung und Flexibilität beim Mitteleinsatz. Und es muss weiter darum gehen, Bürokratie abzubauen.“

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, bezeichnete Städte und Gemeinden als „Schlüsselakteure für gutes Zusammenleben vor Ort“. „Ob Klimafolgenanpassung, Digitalisierung, Stabilisierung unserer Innenstädte und Ortskerne oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums: Es sind kommunale Konzepte und praxistaugliche Lösungsansätze gefragt! Ohne starke Städte und Gemeinden werden wir die zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigen“,

so Spiegler. Daher sei es wichtig, dass seit 50 Jahren bewährte Instrumente der Städtebauförderung langfristig auf einem hohen Niveau zu verfestigen.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat im Herbst 2020 einen Expertenbeirat damit beauftragt, Wege aufzuzeigen, um Städte und Gemeinden zukunftsfähig und resilient zu gestalten. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren eingespielten Strukturen war die geeignete Plattform, diesen Prozess zu begleiten. In einem intensiven und interdisziplinär aufgestellten Arbeitsprozess ist hieraus ein Memorandum mit dem Titel „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“ entstanden.

Querschnittsthema Resilienz

Darin heißt es unter anderem: „Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss im Sinne der Neuen Leipzig-Charta finanziell und strukturell weiterentwickelt und gestärkt und um Aspekte der resilienten Stadtentwicklungspolitik erweitert werden.“ Vorgeschlagen wird ein „Haus der Leipzig-Charta“ als Kompetenzzentrum, sowie eine „Task Force Urbane Resilienz“, die im Katastrophenfall die Kommunen in der Krisenbewältigung unterstützen.

Zentrale Aspekte des Risikomanagements, der Umweltge-

rechtigkeit, der Gesundheitsvorsorge, der Klimafolgenanpassung, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Integration seien künftig noch stärker in die Stadtentwicklungsplanung und Förderinstrumente zu integrieren. Dazu gehörten insbesondere sozialräumliches Monitoring, Risikostudien, Anpassungsstrategien und Maßnahmen im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Von daher sollten die Städtebauförderung und die Stadtentwicklungskonzepte um das Querschnittsthema Resilienz erweitert und finanziell aufgestockt werden.

Mischnutzungen und Nachnutzungen sollen künftig rechtlich flexibler ermöglicht werden, insbesondere mit Blick auf den Lärmschutz. Für den Auf- und Ausbau kommunaler Flächenressourcen ist angedacht, bodenpolitische Instrumente zu erweitern und neu zu schaffen, z.B. durch kommunale Bodenfonds.

Um die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen, sind digitale Kompetenzen aufzubauen und Digitalisierungsprojekte strategisch in der Stadtentwicklung zu verankern. Für Innovationen zur urbanen Resilienz soll eine „Experimentale“ als Sonderprogramm aufgelegt werden, um bestehende Hemmnisse aufbrechen zu helfen und Freiräume für Experimente zu schaffen, die später auch verstetigt werden.

Zudem müsse die Nationale Stadtentwicklungspolitik um Elemente der internationalen Zusammenarbeit erweitert werden. Demnach Verabschiedung des

Memorandums im Rahmen des Bundeskongresses gilt es in den nächsten Monaten nun, dieses mit Leben zu füllen und in den Städten und Gemeinden vor Ort umzusetzen.

Wo gibt es in Deutschland kooperative Städte? Dieser Frage ist der Bundespreis kooperative Stadt nachgegangen. Insgesamt 80 Kommunen haben sich als Koop.Stadt beworben. 13 Kommunen wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt und im Rahmen des Bundeskongresses in Köln ausgezeichnet. Sieben weitere Kommunen dürfen sich über eine Anerkennung freuen. Aufgerufen waren kleine, mittlere und große Städte ab 10.000 Einwohner. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellte 200.000 Euro Preisgelder zur Verfügung.

Nürnberg, Coburg, München

Mit der Auszeichnung für herausragende Kooperation von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung wurde unter anderem Nürnberg bedacht. Mit dem Stadtratsbeschluss, „Möglichkeitenräume“ hat die Norisstadt ein Sonderprogramm für Nachbarschaftsideen zur Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums eingerichtet, das die Jury als richtungweisend lobte. Ein Raumkompass dient als Vermittler für Kunst- und Kulturschaffende mit Raumnot. Weitere Instrumente treiben den Ausbau der Anerkennungskultur voran und ermöglichen Kooperationen auf Augenhöhe.

Über eine Anerkennung dürfen

sich die bayerischen Vertreter Coburg und München freuen. Die kreative Zwischennutzung von Leerständen in einem Coburger Sanierungsgebiet und die Umsetzung von Kunstinstallationen im öffentlichen Raum ohne formale Genehmigungsverfahren fand lobende Worte. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, Bürokratie abbauen und direkte Wege zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu schaffen. Mit der Anerkennung soll die Stadt auf diesem Weg bestärkt werden.

Mit Blick auf die Landeshauptstadt München hebt die Jury den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags für eine Sozialgenossenschaft (Bellevue di Monaco) hervor. Grundlage dafür war die Rücknahme eines Stadtratsbeschlusses zum Abriss zweier innerstädtischen Liegenschaften zu Gunsten des Erhalts der Gebäude, um daraus einen Ort für das Thema „Flucht und Migration“ zu schaffen.

Besonders gewürdigt wird darüber hinaus, dass (zukünftige) Bewohner eines Neubaugebietes eine Genossenschaft für Quartiersorganisation gegründet haben, um das Quartiersmanagement zu betreiben. Seit Januar 2019 wird die eG als Pilotprojekt maßgeblich von der Stadt München/Sozialreferat im Rahmen der „Quartierbezogenen Bewohnerarbeit“ bezuschusst. Nach Ansicht der Jury haben diese Instrumente eine Anstoßwirkung auch über den engeren Projektkontext hinaus: Verschiedenste Akteure profitieren von ihnen und im Ergebnis entstehen kooperative Stadtbausteine. **DK**

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau mit rund 25.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2020.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich möchte Verantwortung für meine Heimatstadt übernehmen und dazu beitragen, dass die Menschen bei uns in der Stadt Vertrauen in Politik und Verwaltung haben.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Mitbringen konnte ich, dass ich in Lindau aufgewachsen und als Juristin seit 2014 im öffentlichen Dienst tätig bin. In Vorbereitung meiner



Foto: Stadt Lindau/Christian Flemming

in unsere Schulen und Betreuungsangebote investieren. Auf der anderen Seite können wir unseren Haushalt nicht noch mehr belasten und müssen perspektivisch unseren Schuldenstand zurückführen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nach nur einem Amtsjahr bin ich nicht diejenige, die Ratschläge erteilen sollte. Ich persönlich finde es wichtig, für die Belange der Menschen zugänglich zu bleiben und viel dafür zu tun, dass politisches Handeln für die Menschen – unabhängig davon, ob es ihren eigenen Präferenzen entspricht – nachvollziehbar und verlässlich ist.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich habe wöchentliche Besprechungsrunden mit den Führungskräften sowie Einzel-Jourfixe mit Amtsleitern und Stabsstellen. Ebenso führe ich monatlich ein Gespräch mit dem Personalrat.

Für BürgerInnen biete ich jeden Mittwoch eine Bürgersprechstunde an und gebe jeden Freitag in einem Videopodcast via Instagram und Facebook Einblick in meine Arbeitswoche. Ergänzend berichte ich in einer kleinen Kolumne in der Lindauer Bürgerzeitung, die alle zwei Wochen erscheint.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

In der Kommunikation und unseren Arbeitsprozessen, z. B. auch zur Vorbereitung von Sitzungen, merken wir schon heute, wie sehr sich das verändert. Diese Trends werden sich weiterentwickeln und es werden neue Formate und Hilfsmittel hinzukommen. Bleiben wird aber, dass Politik von Menschen für Menschen gemacht wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Halten wir uns heiter und tätig!“ (Thomas Mann)

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich bin nur ein Glied in einer langen Kette und will dazu beitragen, dass auch unsere Kinder und Kindeskiner noch gut und gerne in Lindau leben. Wenn meine Amtszeit im Rückblick eine sein wird, die die Menschen und Verantwortungsträger bei uns in der Stadt einander näher gebracht hat und von einem guten Miteinander geprägt war, würde ich mich sehr freuen. □

Dr. Claudia Alfons

Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau

Kandidatur habe ich sehr viele Gespräche geführt, mit Mitbürgerinnen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen und so meine Stadt und die Anliegen der Menschen hier noch umfassender kennengelernt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Stadt Lindau hat in den letzten Jahren große Projekte angestoßen, die umgesetzt und abgeschlossen werden müssen, wie z. B. die Bayerische Gartenschau, die 2021 bei uns stattfindet, den Bau der Lindauer Therme oder einen neuen Fernbahnhof. Dazu kamen die zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie.

Doch das Wichtigste, unabhängig von den Sachthemen, ist es für jede/n neue/n Amtsinhaber/in rasch zu einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung, Stadtrat und Bürgerschaft zu kommen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Weiterhin die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die genannten Großprojekte. In wenigen Tagen steht z. B. die Eröffnung der Bayerischen Gartenschau – unter Corona-Bedingungen – an.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Mit dem Spagat, den viele Kommunen leisten müssen: Wir werden unsere Anstrengungen gegen den Klimawandel und für bezahlbaren Wohnraum verstärken, ebenso werden wir

Präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe:

So wichtig wie nie

Das Coronavirus legt gesellschaftliche Missstände schonungslos offen, schwelende Konflikte werden durch die Pandemie befeuert wie ein Buschbrand. Wie so oft sind es die Schwächsten der Gesellschaft, die am meisten unter einer Krise leiden und die auf die Beratung und die Unterstützung der Fachkräfte der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angewiesen sind. Die Coronapandemie hat das Kreisjugendamt München dabei vor völlig neue Aufgaben gestellt. Vor allem Flexibilität und Kreativität sind gefragt, um Kinder, Jugendliche und Familien auch weiterhin zu erreichen.

Ein Beispiel sind die präventiven Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen können diese nur unter äußerst erschwerten Bedingungen stattfinden. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit fällt unter die außerschulische Bildung und ist somit seit Dezember 2020 wieder von den Schließungsmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen betroffen. Um den Jugendlichen dennoch weiterhin Zugang zu ihren Bezugspersonen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen,

hat der Landkreis München ein Corona-Sonderprojekt ins Leben gerufen, an dem 21 Einrichtungen des Kreisjugendrings München Land, des Erzbischöflichen Jugendamts und des Vereins für Jugend- und Familienhilfe teilnehmen, wie z. B. die Kinder- und Jugendfarm und Jugendfreizeitstätte Fezi in Unterföhring. Unter www.fezi-ufg.de können online Zeit-Slots gebucht werden damit so bis zu fünf Kinder parallel das weitläufige Gelände nutzen, Tiere versorgen, sich um die Ställe kümmern, kreativ in den Werk-

stätten oder im Garten arbeiten oder eine Einzelberatung bei einem Spaziergang wahrnehmen.

Ergänzt wird das Farmangebot durch digitale Aktionen, wie Online-Kochabende mit internationaler Küche. Durch das Corona-Sonderprojekt konnten allein von Dezember 2020 bis März 2021 an die 900 Kinder und Jugendliche im ganzen Landkreis erreicht werden.

Jugendsozialarbeit auch im Homeschooling

Auch die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sich flexibel auf die neuen Herausforderungen durch die Pandemie eingestellt und bleibt für Kinder, Jugendliche und deren Familien erreichbar, ob vor Ort, telefonisch oder digital.

Denn in Zeiten der Schulschließung und des Homeschoolings nehmen die Konflikte und Belastungen der Schülerinnen und Schüler nicht ab. Im Gegenteil, wie ein Vorfall von gewaltverherrlichenden Aussagen in einem Klassenchat einer Mittelschule zeigt. Normalerweise würde hier in Präsenzzeiten die von den Sozialpädagogen angebotene Medienprävention greifen. In der aktuellen Situation nahmen die Eltern telefonisch zur Jugendsozialarbeit Kontakt auf. Gemeinsam mit den Jugendbeamten der Polizei und dem Jugendamt konnte hier schnell und unbürokratisch unterstützt und beraten werden.

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Erreichbarkeit der präventiven Sozialen Arbeit in Zeiten von Kontaktbeschränkung und Schulschließungen ist. □

Infotainment von, mit und für Bürgermeister:innen

Im Mai erschien das erste Video-Interview auf dem neuen YouTube Kanal BürgermeisterTV. Interviewgast bei Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt aus Pullach, war Richard Reischl, erster Bürgermeister von Hebertshausen im Landkreis Dachau: <https://t1p.de/99ec>

Die Idee: Bürgermeister:innen stellen zum einen ihre aktuellen und spannenden Projekte vor. Zum anderen erzählen sie lustige Rathausgeschichten aus ihrer Tätigkeit. „Jeder und jede Bürgermeister:in ist herzlich eingeladen mitzumachen. E-Mail an info@detig-rsw.de genügt“, sagt Detig.

Kleine Gartenschau in Lindau eröffnet:

Mehr Natur in der Stadt

Mit Musik und einer Mini-Regatta ist Bayerns kleine Gartenschau in Lindau am Bodensee eröffnet worden. Europaministerin Melanie Huml und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber sowie Lindaus Oberbürgermeisterin Claudia Alfons übergaben symbolisch je einen Blumenschlüssel an Verantwortliche der Gartenschau, die bis zum 26. September 2021 Lindau in ein sinnliches Erlebnis aus Gärten, Wasser und Panorama verwandelt. „Sie haben hier wirklich auch für die Zukunft von Lindau investiert“, betonte Bayerns Europaministerin Melanie Huml in Vertretung von Ministerpräsident Markus Söder. Huml erklärte, sie sei ein Fan der Gartenschauen.

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber bezeichnete die Gartenschau in Lindau als „großartiges Gemeinschaftsprojekt“. Gartenschauen schafften neue Lebensqualität mitten in der Stadt. Durch die Entsiegelung eines rund 11.000 qm großen ehemaligen Parkplatzes sei ein grüner Bürgerpark mit einer Größe von über fünf Hektar entstanden. Dort wurden unter anderem ein Skatepark, Sportflächen und ein Spielplatz errichtet, die nach der Schau erhalten bleiben sollen.

Glauber zufolge schaffen die Grünflächen eine Frischluftschneise und verbessern damit das Stadtklima. „Niederschlagswasser kann jetzt wieder direkt vor Ort versickern. Gleichzeitig werden neue Lebensräume für heimische Tiere und Pflanzen geschaffen. Ich danke allen Mitwirkenden für ihr großartiges Engagement für mehr Natur in der Stadt.“

Die Gartenschau ist ein wichtiger Baustein zur Entwicklung der Stadt Lindau und der Region. Gartenschauen leisten zudem einen wertvollen Beitrag

zur Artenvielfalt. Rund 4.400 neue Pflanzen, davon etwa 100 Sträucher und Bäume, wurden in Lindau gesetzt. Zudem wurden Sommerflorbeete mit einer Fläche von knapp 1.000 qm gepflanzt. Im Bereich der Luitpoldkaserne entstand auf einem Tiefgaragen-Dach eine naturnahe Begrünung.

Rahmenprogramm

So richtig bunt wird der Gartenstrand nicht nur durch die vielen Blumen, sondern erst durch die Themen-Beiträge der Partner. 40 Aussteller sind insgesamt vertreten. So präsentiert sich der Landkreis Lindau auf 300 qm Ausstellungsfläche in all seinen Facetten. Im Pavillon können sich die Besucher über die Besonderheiten des Landkreises informieren. Oder sie entdecken die schönsten Plätze vom Bodensee bis ins Westallgäu einmal auf andere Weise: Das Projekt „Facettenreich“ macht die Region zu einer digitalen Erlebniswelt. Des Weiteren befinden sich im Pavillon Dauerausstellungen der unteren Naturschutzbehörde und

des Landschaftspflegeverbands sowie der Freunde der Lindauer Gartenschau: Scheidegg, Weiler und Schlachters.

„Gestern – Morgen – Jetzt“ oder eben „Backward – Forward – Now“ lautet das Motto im Stadt-Raum. Gemeinsam präsentieren hier die Regierung von Schwaben, die Stadt Lindau und die Gartenschau die enge Verflechtung von Städtebauförderung und Stadtplanung mit der Gartenschau als „Ermöglicher“ der Entwicklung auf der Hinteren Insel. Die zeitliche Dimension ist mit Absicht gewählt: Denn Städtebauförderung ist mehr als die punktuelle Förderung von Einzelprojekten. Sie verfolgt, wie die Stadtentwicklung, klare strategische Ziele. Dies zeigt die Regierung von Schwaben in einem Rückblick auch am Beispiel Lindaus.

Gefördert wird die Lindauer Gartenschau mit mehr als 2,5 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln. Das Umweltministerium unterstützt Gartenschauen seit 1980. Mehr als 74 Millionen Euro wurden seitdem insgesamt zur Verfügung gestellt. Ab 2022 werden bayerische Landesgartenschauen mit jeweils bis zu 5 Millionen Euro gefördert.

Wegen der Corona-Bestimmungen müssen in Lindau Karten vorab gekauft werden, zudem gilt Test- und Maskenpflicht. Je nach Inzidenz dürfen zwischen 2.500 bis maximal 4.000 Besucher am Tag das Areal besichtigen. Die Stadt rechnet über den Sommer mit rund 300.000 Besuchern. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, ChefIn vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Videokonferenz der KPV Oberfranken:

Lockern und Öffnen mit Augenmaß

Karl Philipp Ehrler, Bürgermeister in Stambach, sprach aus, was viele Menschen denken: „Hat die Politik in der Pandemie einen Plan? Und falls ja, verrät sie ihn nicht.“ Ein wenig provokant stieß er so die Diskussion mit dem Bundestagsvizepräsidenten Hans-Peter Friedrich in der Videokonferenz des Bezirksverbands Oberfranken der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) an. Der Bezirksvorsitzende konnte sich dabei über einige neue Gesichter auf dem Monitor freuen.

Die Kommunalpolitiker aus dem Nordosten Bayerns legten ihre Hoffnung auf den Ausstieg aus der Pandemie in den Impfortschritt. Doch dazu gehörte nach ihrer Einschätzung noch einiges: genügend verfügbarer Impfstoff, weniger Bürokratie, kein langes Warten und Zugang für alle. Auf den Tisch kamen auch die Widersprüche im alltäglichen Leben: Einkaufen im Supermarkt erlaubt, im Fachgeschäft nicht; Fliegen nach Mallorca erlaubt, Ferienwohnung an der Ostsee nicht.

Für den Fall, dass sich Verstöße wiederholten, wurden bessere Kontrollen gefordert. Aber es sollten auch Wege gefunden werden, kleinere Feste und die Außengastronomie zuzulassen und Geschäften eine Öffnung zu erlauben. Vor allem aber müssten die Kinder und Jugendlichen in die Schulen gelassen werden. Durch häufiges Testen sollte das auch möglich sein. „Lockern und Öffnen mit Augenmaß“, faßte Ehrler zusammen. Diesem Anspruch schloss sich Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich, gleichzeitig Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken, an. Auch ihm ist es wichtig, dass durch zügiges Impfen eine gewisse Normalität einkehrt, auch wenn das Virus dadurch nicht verschwindet.

Für die Bundestagswahl ist es aus Friedrichs Sicht von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung sich auch mit den Themen und Herausforderungen auseinandersetzen kann, die außerhalb der Pandemie zur Debatte stehen und für die Zukunft des Lan-

des von elementarer Bedeutung sind. Vor diesem Hintergrund müsse auch die sog. „Maskenfäre“ aufgearbeitet werden, die der Politik im Ganzen, der Union aber im Besonderen schwer schade. Geboten seien eine Offenlegung der Lobbyarbeit und eine strenge Reglementierung von Zusatzeinkünften der Berufspolitiker. Freilich wolle niemand, dass wohlhabende und gutverdienende Bürger, Anwälte und Unternehmer von politischen Mandaten ausgesperrt bleiben.

Die zeitlich befristete Änderung der Kommunalgesetze rief widersprüchliche Empfindungen hervor. Während mancher Konferenzteilnehmer darin ein erfolgreiches Konzept für zukünftige Gremienarbeit in einer mobileren Gesellschaft sah, überzog eher Skepsis. Durch die Befristung der hybriden Sitzungen scheue man mitunter die Investition in die erforderliche Ausstattung. Bayeruths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger stellte fest, die bevorzugte Form kommunaler Arbeit der Gewählten in den Gremien sei weiterhin die Anwesenheit im selben Raum.

Breiten Zuspruch fand Friedrich für seinen Aufruf an die Kommunalpolitiker, sich aktiv in den Bundestagswahlkampf einzuschalten. Die Pandemie mache es den Kandidatinnen und Kandidaten unmöglich, sich in bewährter Weise den Bürgern in Versammlungen, Diskussionen und Begegnungen vorzustellen. Sie seien auf die Unterstützung der aktiven und bekannten Politiker in den Gemeinden und Städten angewiesen. **TF**

Stadt Garching:

Der Abenteuerspielplatz ist eröffnet!

Klettern, schaukeln, toben und chillen im Bürgerpark

Ein bisschen mussten sich die Garchinger Kinder gedulden und konnten nur sehnsüchtig durch den Bauzaun hindurch auf das Abenteuer- und Kletterland blicken, das sie dahinter erwarten sollte. Jedoch galt es, dem Rasen genügend Zeit zum Anwachsen zu geben. Anfang Mai konnte der Abenteuerspielplatz endlich von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und von Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann offiziell eröffnet werden.

Umgeben von einem grünen Rahmen aus Bäumen und Blumenwiesen, liegt der neue Abenteuerspielplatz im Bürgerpark – individuell, natürlich und modern gestaltet, mit mannigfaltigem und differenziertem Spielangebot. Unterschiedlich dimensionierte Rasenhügel trennen und verbinden zugleich die einzelnen Spielbereiche und verhindern, dass der Spielplatz sofort überblickt werden kann – so lässt sich immer wieder etwas Neues entdecken. Zudem entstehen einzelne Zonen mit unterschiedlichen Spielschwerpunkten, die der jeweiligen Alterszielgruppe angepasst sind.

„Die Möglichkeiten für unsere Kinder, sich draußen zu bewegen und Spaß zu haben, sind seit ei-

nem Jahr extrem eingeschränkt. Es freut mich daher umso mehr, dass wir nun diese riesige Spiellandschaft im Bürgerpark eröffnen können. Ich sehe und höre jetzt schon die vielen Kinder – übrigens auch meine eigenen – vor mir, wie sie toben und spielen. Der Spielplatz wird sicher toll angenommen!“, so Gruchmann zur neuen Spiellandschaft.

Turm als zentrales Element

Der ca. 6,50m hohe Spielurm mit seinen drei ‚gestapelten Kisten‘ stellt dabei das zentrale Element dar und ist schon von weitem als Eye-Catcher sichtbar. Mit Balkengewirr, Kletternetz, senkrechter Kletterwand, Strickleiter und Röhrenwandelrutsche kön-

nen sich die Großen austoben. Eine Pollerstrecke aus Stämmen in unterschiedlichen Höhen führt einen Hügel hinauf zu zwei Hängebäumen, die im Baumschatten zum gemeinsamen Ausruhen, Schaukeln oder Chillen einladen.

Im südlichen Teil, von Hügeln und Bäumen umrahmt, liegt geschützt der Sandbereich mit einem breitgefächerten Spielangebot für die Kleinsten: Wackel- und Federkisten, Kriechtunnel, Motorik-Parcours, Spielhäuschen, Edelstahlrutsche, Sandbaustelle mit Sandaufzug, Rinnen und Sieben u.v.m. Neben dem Sandbereich startet für alle Kindergärten- und Schulkinder ein Motorik-Parcours, der auch einige Hügel in seinen Ablauf integriert. Hier wartet eine Kombination aus Balken, Seilen, Netzen, Brücken und Stegen sowie eine Kletternetz-Kombination aus schrägen Kletternetzen und einem engmaschigen Chillnetz in unterschiedlichen Höhen.

Außerhalb der Laufwege, teils von Hügeln umgeben, befinden sich unterschiedliche Schaukelarten, die räumlich den jeweiligen Alterszonen zugeordnet sind: eine Kombi-Schaukel mit Schaukel- und Kleinkindersitz, eine Vogelneestschaukel und eine Riesen-Doppelschaukel, die auch von den Erwachsenen benutzt werden darf. Von einem Hügel im Sandbereich startet zudem eine 25m lange Seilbahn. Alle verwendeten Robinienhölzer sind natürlich gewachsen, entsplintet, vierkantgesägt und ansonsten völlig naturbelassen. Lediglich einzelne, ausgewählte Elemente sind in unterschiedlichen Grün- und Orangenuancen lasiert. Alle Seile und Netze sind naturfarben. □



Endlich konnte der Abenteuerspielplatz von Sandra Franceschi vom städtischen Umweltreferat und Garchings Erstem Bürgermeister Dietmar Gruchmann eröffnet werden.

Foto: Stadt Garching, Felix Benjamin Brümmer

Die Chefs halten die Stange

Projekt „AB jetzt inklusiv“ läuft auch in der Krise gut

Entlassung ist trotz Pandemie kein Thema bei jenen Firmen, die mit dem Projekt „AB jetzt inklusiv“ der Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach kooperieren. Fast alle Menschen mit Behinderung werden in diesen Betrieben weiterbeschäftigt. „Das ist wirklich bewundernswert“, äußerte Ulrich Brückner von der Sozialverwaltung des Bezirks Unterfranken, der im letzten Sozialausschuss darüber berichtete, wie gut in Unterfranken die Inklusion von Menschen mit Handicap in den Sozialraum gelingt.

Wer früher in einer Werkstatt war, hatte oft das Gefühl, in eine Sackgasse geraten zu sein. Nur selten führte der Weg nach draußen – also dorthin, wo „ganz normale“ Menschen arbeiten.

Dies ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Weshalb der Bezirk 2014 daran ging, Wege in den sogenannten „Sozialraum“ zu öffnen. Menschen mit Behinderung sollen nicht mehr morgens abgeholt und in eine Werkstatt gefahren werden. Sie sollen arbeiten, wo sie wohnen, und dort das tun, was sie interessiert.

Ging man früher oft davon aus, dass mehr als Werkstatt unmöglich zu erreichen ist, stellte sich durch die Bezirksinitiative namens SONI heraus: Es gibt viele Jobs „mitten im Leben“, die auch Menschen machen können, die kognitiv eingeschränkt sind. Mit „AB jetzt inklusiv“ bieten die Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach laut Brückner seit Anfang 2018 Arbeitsplätze am Untermain an: „Aktuell werden 18 Personen fest beschäftigt.“ Zusätzlich seien in den letzten drei Jahren 46 Teilnehmer in einem Praktikum begleitet worden: „Etwa die Hälfte entschied sich im Anschluss für einen inklusiven Arbeitsplatz.“

Zu wissen, wofür man sich morgens aus dem Bett rappelt, ist für die meisten Menschen wichtig. Das Aufstehen fällt umso leichter, je lieber man das tut, was ansteht. Menschen mit Handicap, die dort, wo sie leben, einen Job ergattert haben, sind meist hoch-

motiviert bei der Sache. Davon berichtete am Rande des Sozialausschusses Jutta Oster, die den Fachdienst „AB jetzt inklusiv“ leitet. Eben dies sei auch der Grund, weshalb am Untermain, anders als in anderen Regionen, kaum jemand entlassen wurde. Die betreffenden Mitarbeiter hätten bewiesen, „dass ihre Arbeitskraft und sie als Person in den Betrieben wichtig sind.“

Rettung inklusiver Jobs

Trotz großer Verunsicherung durch die Corona-Krise wäre es für die Firmen „sowohl organisatorisch und wirtschaftlich als auch menschlich“ kaum vertretbar gewesen, Kündigungen auszusprechen. Sie nahmen im Gegenteil oft einen erheblichen Aufwand in Kauf, um die inklusiven Jobs zu retten. Oster: „Viele Arbeitsplätze mussten umorganisiert oder den Covid-19-Infektionsschutzbestimmungen entsprechend nachgerüstet werden.“ Lediglich ein Arbeitgeber sei nicht bereit gewesen, die Veränderungen mitzugehen: „Dieser Arbeitsplatz ging uns leider verloren.“ Ein weiterer Chef konnte den Mitarbeiter aufgrund ausfallender Einnahmen nicht weiterbeschäftigen.

Während junge Leute mit durchschnittlicher Intelligenz die Qual der Wahl haben, was sie einmal werden möchten, ist das Berufsfeld für Menschen mit geistiger Behinderung stark eingeschränkt. Dennoch finden sich Nischen. „Viele unserer Inklusiv-

Mitarbeiter arbeiten in Seniorenheimen oder in der Industrie“, berichtet Jutta Oster. Dass vor allem solche Jobs aufgetan wurden, sei nun ein großes Glück: „Wir haben kaum inklusive Arbeitsplätze in Bereichen, die durch die Pandemie sehr gefährdet waren.“ „AB jetzt inklusiv“ kooperiert derzeit weder mit reinen Gastronomiebetrieben noch mit dem Hotelgewerbe.

Beruf trotz Handicap

Doch ist es nicht wünschenswert, Inklusivprojekte ausgerechnet an eine Werkstatt für behinderte Menschen anzudocken? Dies merkte Christina Feiler, stellvertretende Behindertenbeauftragte des Bezirks, im Sozialausschuss kritisch an: „Der Weg über die Werkstätte bedeutet zunächst Exklusion, bevor es zur Inklusion kommt.“ In anderen Ländern landeten Personen mit Handicap nicht automatisch in einer Sondereinrichtung. Junge Leute mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt könnten sich in Österreich zum Beispiel an Jugendcoaches wenden.

Auch in Schweden sei es leichter, seinen Platz im Beruf trotz Handicap zu behaupten. Der Einstieg gelinge über staatliche Vermittler. Kritisch sieht die Behindertenbeauftragte auch, dass durch die unterfränkischen Inklusivprojekte kaum in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt werde. Was Jutta Oster bestätigt: „Allerdings konnten wir ausgerechnet in diesen turbulenten Zeiten einen Mitarbeiter auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz vermitteln, was für uns 2020 ein Highlight war.“

Leistungsdruck und Handicap, das geht für viele Chefs laut Oster nicht zusammen. „Es scheint den Betrieben leichter zu fallen, zusätzliche, unverbindlichere Stel-

GZ PINOS WELT

„Ich möchte fast sagen, es ist sowas wie ein säkulares Pfingstwunder: Überall bricht sich positiver Optimismus Bahn.“ Der Bürgermeister zog für sich und die Stadt ein insgesamt positives Resümee der Pfingsttage.

Tatsächlich ist, wenn man durch die Stadt streift, deutlich die bessere Grundstimmung der Menschen zu spüren. Der Mix aus sinkenden Inzidenzen, viel mehr Impfungen und nach dem Sinken der Schwellenwerte berechenbaren Lockerungen verbessert die Laune und bringt Stück für Stück Normalität zurück.

Beispiel Reisen. Pfingsten war ja immer eine begehrte Reisezeit. Da man als Katze kaum der Blasphemie geziehen werden kann, würde ich sogar sagen, dass mit Pfingsten der Gründung der Tourismusbranche gedacht wird: Gott sandte die Jünger in alle Länder der bekannten



pfingstliche Gnade, so sinnierte ich, nahe dem Ofen zusammengerollt, über die Situation. Denn so gingen wenigstens nur die ganz Hartgesottener oder die wirklich Überdrüssigen kurz vor die Tür. Kaum auszudenken, was für Massen die Innenstädte oder Ausflugsziele überflutet hätten, wenn korrektes Mai-Wetter geherrscht hätte.

Denn eines ist klar: Trotz immenser Fortschritte bei der Erstimpfung und immer mehr Glücklichen mit Zweitimpfung hängt das Damoklesschwert Covid immer noch über den Menschen. Wobei ich mir manchmal gar nicht sicher bin, ob die Leute richtig realisieren, welches Wunder der Wissenschaft sie bestaunen können, dass es so schnell so wirksame Impfmittel gegen einen solch aggressiven Virus gibt. Wie lange musste früher die Menschheit sich mit ihren Geißeln wie Pocken, Cholera oder Polio arrangieren, bis Impfstoffe gefunden wurden. Jetzt hat es ein schlappes Jährchen gedauert.

Und trotzdem bleibt der Mensch ein mäkeliges Tier. Bin ich froh, dass es bei den empfohlenen Katzen-Impfungen kein solches Prestigedenken gibt. Jeder will hierzulande den BMW unter den Impfstoffen: BioNTech. Der heißeste Scheiß unter den Vakzinen. Dicht gefolgt von Audi, vulgo Moderna. Der Amischlitten von Johnson&Johnson wird kaum beachtet, da traut man der Straßenlage nicht. Und AstraZeneca rangiert in der Opel-Ford-Dacia-Klasse, solide aber nicht sexy. Sagt mal, geht's noch? Wichtig ist doch der Schutz vor dem Virus und die Aussicht auf Reisen, Biergarten und die Wiederöffnung der Beautysalons für Katzen und Hunde – nicht was auf dem Impfdöschchen draufsteht.

Wie geht es weiter? In einem stimme ich dem Bürgermeister voll zu: Jetzt sind erst mal die Jungen dran. Mit Impfen, mit Wiederöffnung von Schulen, Unis, Sportanlagen, Freizeitclubs. Als Individualist bin ich natürlich für Entscheidungsfreiheit.

Die Jugend hat es nach all den Einschränkungen verdient, jetzt an erster Stelle zu kommen, ganz im Sinne Stefan Zweigs: „Was ist Jugend: Die unbändige Lust, die eigenen Gefühle und Ideen noch ganz heiß aus sich herauszustoßen.“

Ihr Pino

Wir brauchen wieder Normalität!

Welt und gab ihnen auch noch Sprachunterricht dazu. Nun gut, das ist etwas albern, aber die Autobahnen waren gut voll und die Flughäfen freuten sich über bescheidene Anstiege der Fluggastzahlen. Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen.

Im Fernsehen waren bemerkenswerte Bilder zu sehen, wie strahlende Menschen bei gefühlten Minustemperaturen dick in Friesennerze und wärmende Funktionsbekleidung eingemummelt an den Stränden von Nord- und Ostsee auf Terrassen saßen. Das zeugt denn doch für eine gehörige Portion Nachholbedarf, ebenso wie das Paar, das im Chiemgau bei einem Schneespaziergang Ende Mai zu sehen war. Keine Klage kam diesen Menschen über die Lippen, kein Verweis auf das Schietwedder, die doch verständlich gewesen wäre.

Aber auch bei uns in der Stadt waren die Tische und Stühle vor den Gaststätten, Cafés und Eisdielen gut besetzt, obwohl ich bei 16 Grad Celsius, kühlem Wind und Nieselregen wahrscheinlich keinen Spaß an einem Eiscafé gehabt hätte – eher am Sahnehäubchen obenauf.

Aber vielleicht war das wechselhafte Wetter auch ein Segen von oben, sozusagen eine

Landkreis Fürth:

Seniorenratgeber in neuer Auflage

Tipps für Generation 60+ und pflegende Angehörige

Der Seniorenratgeber zählt zu den beliebtesten kostenlosen Broschüren des Landkreises Fürth. Nun erscheint der informative Ratgeber in der achten und aktualisierten Auflage. Erhältlich ist das Heft im Landratsamt, in den Rathäusern sowie bei den örtlichen Seniorenvertretungen, den Seniorenkreisen der Kirchen und den Seniorenkreisen der Wohlfahrtsverbände und des VDK. Zusätzlich gibt es eine Online-Version, die über die Homepage des Landkreises abrufbar ist: www.landkreis-fuerth.de.

„Der Seniorenratgeber ist Teil eines Gesamtkonzepts. Alle Maßnahmen und Aktionen haben das Ziel, dass die älter werdende Bevölkerung des Landkreises möglichst lange in der vertrauten Umgebung leben kann. Der Information kommt dabei eine ganz wichtige Rolle zu“, betonte Landrat Matthias Dießl bei der Vorstellung des neuen Seniorenratgebers.

Die Broschüre bietet einen detaillierten Überblick über Angebote und Strukturen im Landkreis Fürth für die Generation 60+. Dem Ratgeber können eine Fülle an Informationen zu vielen Lebensbereichen entnom-

men werden: So etwa eine Vielzahl an geselligen Freizeitangeboten, die von Sport über Kultur bis hin zu sozialen Veranstaltungen reichen, sowie zahlreiche Ansprechpartner. Außerdem sind die Angebote der Seniorenvertretungen und -quartiere vor Ort enthalten, die eigene Freizeit- und Begegnungsangebote anbieten und Nachbarschaftshilfen betreiben.

„So lange wie möglich zu Hause wohnen, ist ein Wunsch von uns allen. Damit dies gelingt, zeigt der Ratgeber vielfältige Unterstützungsangebote auf“, erläuterte der Landrat. Er dankte allen,

die dazu beigetragen haben, den neuen Ratgeber zu ermöglichen. Die Federführung lag bei der Seniorenbeauftragten des Landkreises, Tanja Maier. Aber auch die Seniorenvertretungen haben sich aktiv eingebracht.

Auch für pflegende Angehörige entwickelt

Der Ratgeber richtet sich zudem an pflegende Angehörige. Sie finden darin Anlaufstellen und Informationen rund um die Pflege sowie Wissenswerte und aktuelles zum Thema Demenz. Verschiedene Wohn- und Pflegeformen sowie die entsprechenden Einrichtungen im Landkreis sind in dem Ratgeber ebenso zu finden, wie Informationen zu den Themen Recht, Finanzen und Vorsorge. Dießl zeigte sich davon überzeugt, dass die Neuaufgabe wieder ein voller Erfolg werden wird. **pmw**



Die Verantwortlichen der Aventinus Mittelschule Abensberg freuen sich über vier neue digitale Tafeln: v.l.: Andreas Reichinger, Rektor Wolfgang Brey, die Biburger Bürgermeisterin Bettina Daner, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Konrektor Christian Lanzl und Achim Shaukat.

Foto: Stadt Abensberg

„Stolz auf meine Sprache!“

Projekt „Zweisprachige Bücherbox“ der Bayerischen Integrationsbeauftragten in Bayern SÜD gestartet – Potentiale von Mehrsprachigkeit bei den Kleinsten erkennen

Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, gab bei einem Besuch der Evangelischen Kita Pfarrkirchen den Startschuss Bayern Süd für ihr Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“.

Brendel-Fischer erklärte, es sei für immer mehr Kinder der Normalfall, dass sie mit mehr als einer Sprache aufwachsen: „Mehrsprachigkeit sollten wir nicht als Hemmschuh, sondern als Potential begreifen. Fakt ist, dass Erst- und Zweitsprache nicht unabhängig nebeneinander herlaufen, sondern einander bedingen.“

Kinder, die eine Sprache nicht gut beherrschen, tun sich auch in der anderen Sprache schwer. Die Herkunftssprache darf nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Besuchs haben die Erzieherinnen der evangelischen Kita

gemeinsam mit Kindern die Bücherbox ausgepackt. Zudem wurden Vorlese-Kostproben auf Arabisch, Italienisch und Französisch gegeben. Brendel-Fischer freute sich: „Es ist bereichernd für alle Kinder, den Klang anderer Sprachen zu erleben und der Fantasie freien Lauf zu lassen, wie wohl der Deutsch vorgelesene Beginn der Geschichte weitergehen wird: Zweisprachige Kinder können die Auflösung verraten!“

Die Vorständin des Evangelischen Kita-Verbands Bayern Christiane Münderlein wies auf die psychologische Komponente hin: „Es ist wichtig, die Kinder in

ihrer gesamten Persönlichkeit anzuerkennen. Das heißt auch, ihnen zu zeigen, dass ihre bisherige Sprachentwicklung sehr wohl eine Rolle spielt; auch wenn im Kindergarten hauptsächlich Deutsch gesprochen wird. Ich freue mich, dass die Bayerische Integrationsbeauftragte ihre ‚Zweisprachige Bücherbox‘ in ganz Bayern an Einrichtungen des Evangelischen Kita-Verbands, mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund, schickt. Es ist gut, dass die Herkunftssprache in die Sprachentwicklung einbezogen wird.“

Entwicklung der Muttersprache

Das neue Projekt „Zweisprachige Bücherbox – Stolz auf meine Sprache!“ möchte neben der deutschsprachigen auch die muttersprachliche Entwicklung unterstützen. Für Brendel-Fischer geht es auch um ein Signal der Wertschätzung mit der Botschaft: „Deutsch zu lernen ist für Kinder und Eltern sehr wichtig, aber seid auch auf Eure Familiensprache stolz.“

In ganz Bayern wurden in dieser Woche rund 100 Kitas mit Bücher-Boxen beliefert, in denen sich zweisprachige Vorlesebücher in 9 unterschiedlichen Sprachen befinden. Im Norden Bayerns erfolgte der Startschuss bereits Anfang Mai ebenfalls ohne Öffentlichkeit in einer Kita in Schweinfurt. Die Bayerische Integrationsbeauftragte dankte allen Erzieherinnen und Erziehern sowie den Ehrenamtlichen für ihr Engagement sowie ihrem pädagogischen Ideenreichtum bei diesem mehrsprachigen Projekt! □



Mehrsprachigkeit ist kein Hemmschuh für Bildungserfolg.

Foto: Bayerische Integrationsbeauftragte

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 17. Juni 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Wasser · Abwasser
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GaLaBau

Gemeinsames Engagement für Heimat und Freizeit

Die Stadt Bamberg bekräftigt ihr Engagement in der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Anfang Mai 2021 unterzeichneten der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Oberbürgermeister Andreas Starke zusammen mit dem Zweiten Bürgermeister Bambergs, Jonas Glüsenkamp, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Damit bekräftigten sie ihr gemeinsames Engagement für diese wichtige regionale Allianz. „Gemeinsam und auf Augenhöhe schaffen wir nachhaltiges Wachstum, ausgezeichnete Lebensqualität und eine generationengerechte Zukunft,“ so der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Landrat des Landkreises Bamberg, Johann Kalb.

Die Kernthemen der Metropolregion Nürnberg werden in acht Fachforen bearbeitet, deren Geschäftsstellen über die gesamte Region verteilt sind. So entsteht ein Netzwerk, das die gesamte Region nachhaltig voranbringt.

In den Fachforen tauschen sich insgesamt rund 400 Experten zum jeweiligen Schwerpunktgebiet aus. In Bamberg ist die Geschäftsstelle des Forums „Heimat und Freizeit“ angesiedelt. Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp leitet die Geschäftsstelle, die sich vor allem dem Handlungsfeld der nachhaltigen Lebensqualität in der Metropolregion verschrieben hat.

„Heimat und Freizeit“ und „Fernweh ganz nah“

Unter dem Titel „Heimat und Freizeit“ arbeiten hier Experten aus Tourismus, Wirtschaft, Marketing und aus den Gebietskörperschaften an Ideen zur Förderung des Ausflugs- und Naherholungstourismus in der Metropolregion und stärken so regionale Wirtschaftskreisläufe und regionale Identität.

deckerpäss zu spannenden Ausflügen in die Region auf. Mit ihm kann die ganze Familie Freizeitangebote in der Region erkunden und dabei von umfangreichen Rabatten profitieren.

Klares Signal

Mit dem Heimatlotsen entsteht gerade ein weiteres Instrument, das die Freizeitangebote und Schätze der Region attraktiv zugänglich machen wird. Die Website soll noch im Sommer 2021 an den Start gehen. Mit der Unterzeichnung der Koopera-



V.l.: Bamberger Oberbürgermeister Andreas Starke, der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Landrat Johann Kalb, und Jonas Glüsenkamp, zweiter Bürgermeister der Stadt Bamberg unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bamberg und der Europäischen Metropolregion Nürnberg.

Foto: Landratsamt Bamberg

en umgesetzt. Die Tourismusbehörde präsentiert die Naherholungsschätze der Region auf beliebten Stadtfesten in der Region. Mit dem Slogan „Das Abenteuer wartet vor der Haustür.“ ruft der Ent-

tionsvereinbarung setzt die Stadt Bamberg ein klares Signal, sich weiterhin für Lebensqualität und Tourismusförderung der Metropolregion Nürnberg ins Zeug zu legen. □

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-3

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-3

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
 DSGVO
 BayDSG
 ext. DSB
 ext. ISB
 ISIS12
 Schulungen
 eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.
 Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
 „Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
 Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
 Wolfratshauser Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 eMail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de